Sichert Lohnverzicht Arbeitsplätze? Seite 5

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 3 vom 16. Januar 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM

2. RGO-Kongreß erfolgreich abgeschlossen

Auf zur Großveranstaltung der RGO!

KASSEL/DORTMUND.— Am vergangenen Wochenende wurde der 2. ordentliche Kongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) erfolgreich abgeschlossen. Ein Ereignis, das für jeden revolutionären Gewerkschafter, für die klassenkämpferische Opposition im DGB, von großem Interesse ist. Offizieller Schlußpunkt wird die öffentliche Abschlußveranstaltung des Kongresses sein, die am 18. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle stattfindet.

Nach Auskunft des zentralen RGO-Vorstands nahmen an dem Kongreß rund 200 gewählte Delegierte teil, darunter ein beträchtlicher Teil von Arbeitern aus der Türkei, die in der Bundesrepublik leben. Dem Kongreß lagen ca. 180 Anträge und Entschließungen zur Beratung und Beschlußfassung vor. Desweiteren hatte der Kongreß die Neuwahl des RGO-Vorstandes und des Vorsitzenden der RGO durchzuführen.

Nähere Informationen über den Verlauf und die Beschlüsse des Kongresses lagen uns bis zum Redaktionsschluß noch nicht vor. Der Kongreß mußte die Kampferfahrungen zusammenfassen und nutzbar machen, die die RGO seit ihrer Gründung im November 1978 sammeln konnte. Er stellte sich die Aufgabe, die Arbeit und Schlagkraft der RGO als der organisierten klassenkämpferischen Kraft im DGB und in den Betrieben zu verbessern und darüber hinaus der Gewerkschaftsbewegung unseres Landes konkrete Wege und Kampfziele für den Widerstand gegen Rationalisierung, Arbeitsplatzvernichtung und Reallohnabbau aufzuzeigen.

Diese Aufgabenstellung wird von dem Motto des Kongresses zusammengefaßt: **„Für Arbeiterinteressen und klassenkämpferische Gewerkschaftseinheit! Gegen Bosse und Bonzen!"**

Wie der Kongreß seine Aufgaben angepackt und gelöst hat, wird im einzelnen zum erstenmal auf der Großveranstaltung in Dortmund zu erfahren sein. Dort spricht der neugewählte RGO-Vorsitzende zum Thema: *„Was hat uns der Kongreß gebracht? Die wichtigsten vor uns liegenden Kampfaufgaben."* Außerdem bietet diese Veranstaltung ein vielseitiges, sehr attraktives Programm mit Liedermachern, Kabarett, Folklore usw. Auch eine Diskussionsrunde mit Delegationen revolutionärer gewerkschaftlicher Organisationen aus verschiedenen Ländern Europas und Amerikas wird es geben.

Der internationalistische Charakter des Kampfes der RGO zeigt sich auch daran, daß diese Delegationen, darunter eine Delegation des Gewerkschaftsverbandes der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, als Gäste an den Arbeiten des 2. RGO-Kongresses teilgenommen haben. Alle Delegationen werden auch auf der öffentlichen Abschlußveranstaltung auftreten. Dabei ist anzumerken, daß dies das erste Mal ist, daß der albanische Gewerkschaftsverband eine Delegation in die Bundesrepublik entsandt hat.

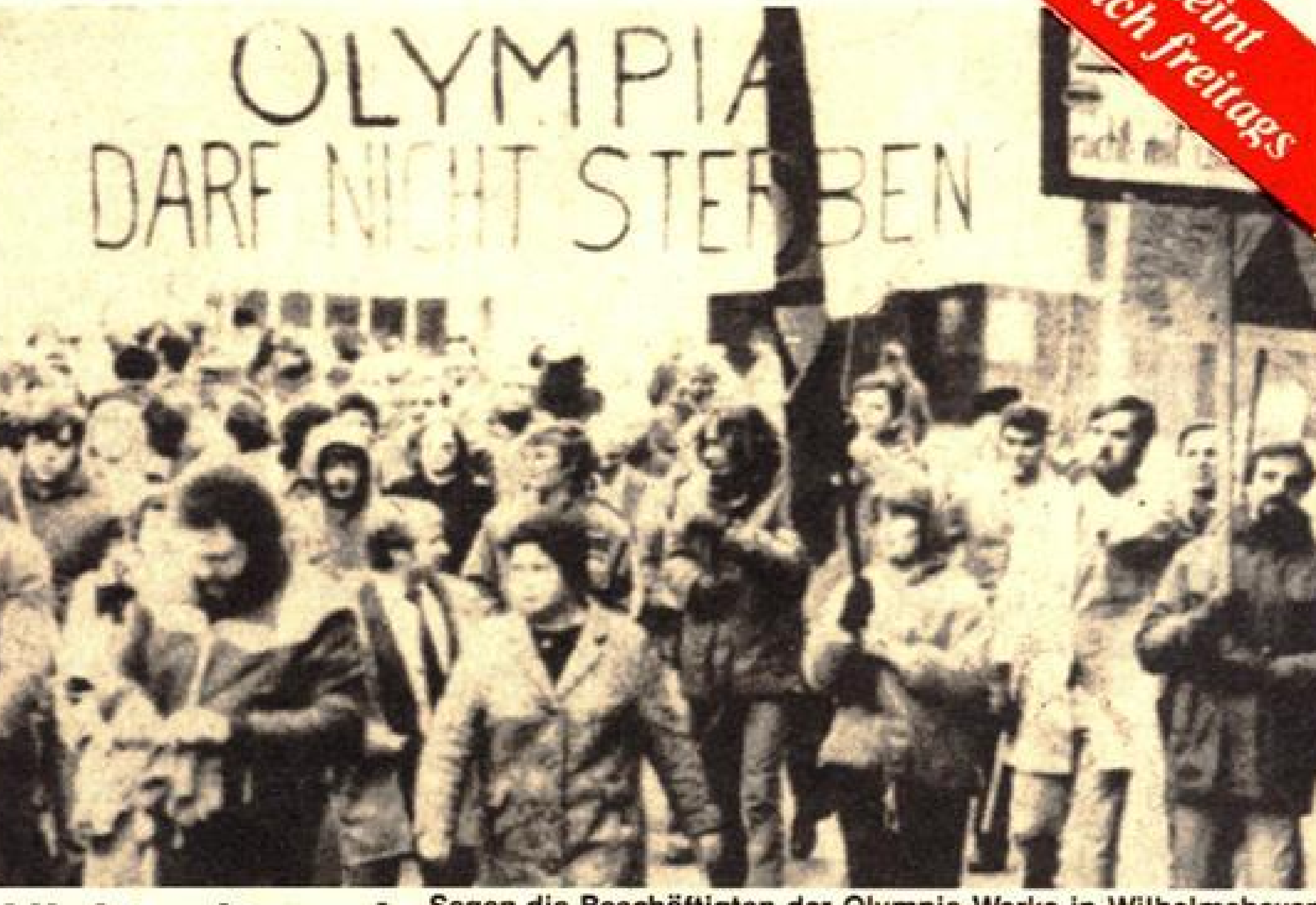
Der „Rote Morgen" ruft seine Leser auf, nach Dortmund zur Großveranstaltung der RGO zu kommen und dabei auch weite Anfahrtswege nicht zu scheuen.

Ölmultis beschleunigen ihren Raubzug!

HAMBURG.— Mit einer Verteuerung von vier Pfennig je Liter Benzin am letzten Montag hat die Esso AG die Vorreiterrolle bei der größten einzelnen Preisanhebung der letzten Jahre getan. Damit kostet ESSO-Super jetzt 1,30 Mark, die Erhöhung der Mineralölsteuer und der Mehrwertsteuer zum 1. April werden diesen Preis auf mindestens 1,40 Mark ansteigen lassen und weitere Anhebungen sind eingeplant bis Juli 81.

Mit einer Unverschämtheit, die ans Bodenlose grenzt, betonen die deutschen Topmanager der Ölmultis, diese Preistreiberei sei nötig, da sie ohnehin fast draufzahlen müßten. Tatsache: Im letzten Jahr wurden abermals Rekordgewinne erzielt. Die British Petroleum beispielsweise erzielte im Jahe 1978 einen Reingewinn von 1,6 Milliarden Mark weltweit, im Jahr 1979 stieg diese Summe auf sage und schreibe 6,5 Milliarden Mark und erreichte 1980 die sagenhafte Höhe von 11 Milliarden Mark. Überboten wurde sie dabei noch sowohl von EXXON als auch von SHELL, die 16 bzw. 13 Milliarden Mark auf der Habenseite verbuchten.

Woher das kommt ist klar: Bei einem Preis von 1,25 Mark im Durchschnitt bei Super kassiert der Staat 44 Pfennig Mineralölsteuer und 15 Pfennig Mehrwertsteuer, den OPEC-Ländern bleiben 14 Pfennig je Liter. 6 Pfennig bekommen angeblich die Tankstellenpächter, wobei es verschiedene Geheimklauseln gibt, die diesen Anteil auf 3 bis 4 Pfennig senken. 7 Pfennig kosten angeblich Transport und Verarbeitung (wobei Schiffe, Treibstoff und Anlagen den Multis selbst gehören) — bleiben allein nach dieser Rechnung, ohne die Einschränkungen 10 Pfennig Gewinn je Liter. Rechnet man diese Einschränkungen zusammen, kommt man auf ungefähr 15 Pfennig je Liter und die neue Verteuerung jetzt kommt in vollem Umfang dazu!



Nicht mit uns! Sagen die Beschäftigten der Olympia-Werke in Wilhelmshaven und in Leer zu den Absichten der Konzernbosse. Die beiden Werke mit über 5 000 Beschäftigten sollen dem „Sanierungsplan" des AEG-Konzerns, zu dem Olympia gehört, zum Opfer fallen. Am Donnerstag vergangener Woche streikten und demonstrierten in Wilhelmshaven 3 500 und in Leer 1 200 Beschäftige gegen die Stillegungspläne. Auch in vielen anderen Unternehmen stehen in diesen Wochen Belegschaften im Kampf gegen Stillegungen und Massenentlassungen (siehe auch Seite 5).

Noch vor Amtsantritt:

US-Außenminister Haig droht Lateinamerika

Bei seiner Anhörung vor dem Washingtoner Parlament hat der neue Außenminister der USA, General Haig, heftige Drohungen gegen die lateinamerikanischen Völker ausgestoßen. Er werde, so Haig wörtlich, für „eine dramatische Wende in der Lateinamerikapolitik sorgen".

Die Regierung Carter, behauptete Haig, habe mit ihrer schwankenden Politik allen chaotischen und umstürzlerischen Kräften des Kontinents Auftrieb gegeben. Vor allem nannte er dabei Nicaragua und El Salvador.

Seine Politik werde dagegen die Stabilität in dieser gesamten Raum einschließlich der Karibik fördern. Stellt man diese Absichtserklärung den Taten der Regierung Carter gegenüber, die ja als zu lasch kritisiert wird, so kann man nur zum Schluß kommen, daß es sich dabei um eine offene Drohung gegen die Völker Lateinamerikas handelt.

Wenn es zu lasch war, in El Salvador einen Bombenkrieg gegen die Bevölkerung zu organisieren, Söldnertruppen hinzuschicken und eine Mörderjunta auszuhalten, dann bleibt als Steigerung eigentlich nur noch der direkte Angriff von Truppen der USA gegen das Land.

Wenn es zu lasch war, in Nicaragua mit Millionenkrediten die bürgerlichen Regierungsparteien zu fördern und, wie im November letzten Jahres mit ihnen zusammen einen Putschversuch zu organisieren, so bleibt als Steigerung hier zunächst nur die Aggression gegen dieses befreite Land.

Und wenn es zu lasch war, mit Millionen und Mördern die Kampagne gegen die Manley-Regierung auf Jamaika zu organisieren, so bleibt als Steigerung nur die Organisierung einer faschistischen Diktatur auch dort. Die Völker Lateinamerikas aber besitzen eine lange Tradition des Kampfes gegen den USA-Imperialismus, sie werden Haigs Drohungen nicht hinnehmen, sondern mit verstärktem Kampf beantworten!

Diese Woche

Sprunghafter Anstieg der Arbeitslosigkeit

1,12 Millionen Arbeitslose registriert!

1981 wird schlimmer als das Krisenjahr 1975

NÜRNBERG.— Alarmsignal aus der Bundesanstalt für Arbeit zum Jahresbeginn: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist in den letzten vier Wochen des alten Jahres um über 150 000 auf 1,12 Millionen in die Höhe geschnellt. Dies ist ein härterer Beschäftigungseinbruch als jener des Novembers 1974, der damals den Ausbruch der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit markierte.

Damals erhöhte sich die Arbeitslosenzahl innerhalb eines Monats um 147 000 auf 1,04 Millionen. Nie mehr hat sich das Kapital von der Krise erholt, die es damals erfaßte. Und jetzt, sechs Jahre danach, ist der Beschäftigungseinbruch noch um einiges heftiger. Gleichzeitig ist auch die wirtschaftliche Ausgangsbasis wesentlich schlechter: Seit sieben Jahren andauernde Massenarbeitslosigkeit.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, erklärte zu dem Anstieg, nun habe die „nachlassende Konjunktur" voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Das ist eine bewußte Verharmlosung der Lage. Nach den eigenen Angaben Stingls sind die Unternehmer 1974/75 immerhin noch stärker auf Kurzarbeit ausgewichen als jetzt. Daraus folgt, daß das Kapital sich heute nicht etwa nur auf ein „Nachlassen der Konjunktur" sondern auf eine schwere wirtschaftliche Rezession einstellt und auf ein generelles weiteres Absinken des Beschäftigungsniveaus auf lange Sicht.



Dieses Foto wurde im Dortmunder Arbeitsamt aufgenommen: Erwerbslose stehen Schlange bei der Arbeitssuche. Im Dezember schnellte die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt von 4,2 auf 4,8 Prozent hinauf. Im größten Industriegebiet der Bundesrepublik, dem Ruhrgebiet, ist die Arbeitslosenquote besonders stark gestiegen. So zum Beispiel in Dortmund, wo sie Ende Dezember bereits bei 7,1 Prozent lag.

Kommentar der Woche

Die Diskussionen, die man in den letzten Tagen selbst führte oder von anderen mitbekam, sie kreisten — wieder einmal — um das Thema Ölpreise. Ein Thema, das in den drei letzten Jahren zum Dauerbrenner geworden ist. Und dies ist kein Wunder: von 1965 bis 1979 dauerte es, bis der Benzinpreis von 57 Pfennig je Liter auf 1 Mark gestiegen war, in 14 Jahren um 33 Pfennig. Mitte 1979 war es soweit. Zwei Jahre später, Mitte 1981, wird die Erhöhung bereits stärker sein als weitere 33 Pfennig.

Bei 1,30 Mark beträgt der OPEC-Anteil, je nach Land zwischen 39 und 43 Pfennig. Als der Preis 57 Pfennig betrug, war der Anteil der Förderländer (damals gab es noch keine OPEC) ziemlich genau bei 10 Pfennig je Liter. Der Anteil der Förderländer hat sich also um 30 Pfennig erhöht, Steuer und Multis tragen weitere 43 Pfennig bei — Staat und Multis kassieren mit anderen Worten ungefähr 90 Pfennig je Liter, 59 Pfennig Steuern, 19 Pfennig Reingewinn und 12 Pfennig Kosten.

Syndikat der Preistreiber

Das einzige Argument, das die Ölmultis immer wieder vortragen — neben der Beschuldigung der OPEC — ist, ihre Industrie sei besonders kapitalaufwendig und risikoreich. „Wer wagt, will auch gewinnen" behauptet Rockefellers Mobil Oil in einer unverschämten Anzeigenkampagne. Wer bei diesem Geschäft etwas wagt, das konnte man im letzten Jahr beim Kentern der Plattform Alexander Kjelland sehen, die da starben waren keine Aktionäre.

Besonders kapitalintensiv? Eine reine Behauptung. Gerade in den Hauptfördergebieten im Nahen Osten trifft dies beispielsweise nicht zu, da dort der natürliche Öldruck so hoch ist, daß mit normalen Pumpen die gesamte Erstförderung eingebracht wird — und die weiteren Förderungsformen werden aus Kostengründen nicht angewandt. Forschungsaufwand? Wo bleibt denn da das Ergebnis? Mit anderen Worten: welche großen Entwicklungen wurden denn erreicht? Wird nicht nahezu der gesamte Absatz mit Benzin, leichtem und schwerem Heizöl und Kerosin gemacht, wie eh und je? Risiko? Fehlbohrungen gibt es heute kaum noch, nur solche Vorkommen, die den Multis nicht genügend Profit einbringen und deshalb nicht genutzt werden.

Nein, alles dies sind lediglich Schutzbehauptungen, mit denen man die Werktätigen für dumm verkaufen will, denn sie sind ja die Leidtragenden.

Mit einer seit langem festgefrorenen Kilometerpauschale von real 8 Pfennig wird für sie die Fahrt zur Arbeit immer teuerer, von dem Wochenendausflug ganz zu schweigen. Wer es nicht von der Steuer absetzen kann ist arm dran, und die arbeitenden Menschen dürfen nun mal ihre Steuer nicht selbst erklären.

Was kann man denn dagegen machen, fragen sich immer mehr Betroffene. Wobei die Antwort meist ist, man könne nichts machen, da der Staat ja auch daran verdiene. Dies stimmt ohne Zweifel. 22 Milliarden Mineralölsteuer und 7 Milliarden Mehrwertsteuer aus Mineralölprodukten plant Bonn für 1981 ein, zusammen 29 Milliarden Mark! Damit reicht man zwar noch nicht an das heran, was Gruppen wie die Rockefellers und die Rothschilds weltweit am Öl verdienen, aber es sind wichtige Gelder. Mit Zuschüssen aus diesen Geldern werden nicht zuletzt die westdeutschen Kapitalisten dafür abgefunden, daß sie den angloamerikanischen Multis das gesamte Ölgeschäft in der Bundesrepublik überlassen mußten.

Aber: daß man nichts dagegen machen kann stimmt deswegen noch lange nicht. Forderungen gegen die Ölpreistreiber, gegen dieses Syndikat von Multis und Staat gibt es seit langem. Das Zentralkomitee unserer Partei hat diese Forderungen vor nunmehr anderthalb Jahren in seiner Erklärung zur Energiepolitik zusammengefaßt.

Dazu gehören eine Erhöhung der Kilometergeldpauschale ebenso wie eine Erhöhung des Zuschusses zur Ölheizung. Dazu gehört aber auch ein konkreter Preisstopp für Ölprodukte, wo die Erfahrung ja zeigt, daß dies, im Gegensatz zu einem allgemeinen Preisstopp machbar ist — wenn genügend Kraft hinter der Forderung steckt. Und hier sind alle gefordert, nicht nur die Kommunisten, sondern vor allem die Gewerkschaftsbewegung.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bonn verstärkt Waffenexport

Deutsche Panzer am Persischen Golf

Ein gewaltiges Waffengeschäft wird gegenwärtig zwischen Bonn und dem saudi-arabischen Regime vorbereitet. Die Saudis wollen große Mengen an Kriegsmaterial aus der Bundesrepublik importieren, von Maschinenpistolen der schwäbischen Waffenschmiede Heckler & Koch bis zu Kampfpanzern des Typs Leopard 2 (Stückpreis: 4,4 Millionen Mark).

Dieses Geschäft ist zur gleichen Zeit bekannt geworden, als die demokratische Öffentlichkeit noch mit Empörung auf einen anderen Waffenhandel reagierte. Wie der „Rote Morgen" berichtete, hatte der Bundessicherheitsrat — also Bundeskanzler und die wichtigsten Minister seines Kabinetts) der Lieferung von zwei U-Booten an das faschistische Regime von Chile zugestimmt. Diese Entscheidung war auf scharfen Widerstand gestoßen, unter anderem bei der IG Metall und auch bei Organisationen der SPD.



Apel bei der Übergabe des ersten Kampfpanzers Leopard 2 an die Bundeswehr.

Unterstützung fand dieses Geschäft mit den chilenischen Mordgenerälen dagegen bei der reaktionären Mehrheit des Betriebsrates von HDW in Kiel, wo die fraglichen U-Boote produziert wurden. Diese Leute gaben als Grund für ihre Haltung die Sorge um die Arbeitsplätze auf der Werft an; was schon deshalb äußerst fadenscheinig ist, weil die beiden U-Boote keineswegs erst gebaut werden müssen. Sie stammen nämlich aus den umfangreichen Bestellungen des gestürzten Schah-Regimes, für die von den HDW-Bossen schon seit langem Abnehmer gesucht werden.

Nach den jüngsten Äußerungen von Mitgliedern der Bonner Regierung soll jetzt offenbar unter dem Druck der Proteste, die Genehmigung für das Chile-Geschäft zurückgezogen werden. Im Windschatten dieses Rückzuges will man aber den Waffenhandel mit dem saudischen Regime, die sich auch hier reichen, gegen alle Widerstände, durchdrücken. Es hat den Anschein, daß dieser Handel schon beim Besuch des saudischen Königs in Bonn vereinbart worden ist. Denn Mitte November empfing Schmidt Riads Außenminister Saud al-Feisal, um Einzelheiten des Geschäfts zu besprechen.

Nach Berichten des Magazins „Spiegel" hat der saudische Minister dabei ein umfangreiches Angebot seiner Regierung vorgelegt, das nicht nur die Kassen der am Waffenhandel beteiligten Rüstungskonzerne zum Klingeln bringen würde. Saudi-Arabien hat sich nach diesen Berichten bereit erklärt, bei Zustandekommen des Waffengeschäfts auch Industrieanlagen in der Bundesrepublik zu kaufen (als Ausgleich für Ölrechnungen); ferner will das Regime von Riad langfristige Kredite mit niedrigen Zinsen gewähren und die finanzielle Beteiligung an westdeutschen Industrieunternehmen prüfen.

Ein Bombengeschäft also! Die Sache hat nur einen Haken: Der mit den Saudis geplante Waffenhandel ist vollkommen illegal. Er verstößt nicht nur gegen einen Kabinettsbeschluß, nach dem der Export von Kriegswaffen außerhalb der NATO „grundsätzlich unterbleiben" soll. er verstößt eindeutig auch gegen einschlägige Gesetze dieses Landes. So ist etwa nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz die Lieferung von Waffen in „Spannungsgebiete" grundsätzlich verboten. Schließlich gibt es auch eindeutige Bestimmungen des Grundgesetzes, wo es unter Artikel 26 heißt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffkrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig."

Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß diese gesetzlichen Bestimmungen auf das Waffengeschäft mit Saudi-Arabien zutreffen. Denn als Spannungsgebiet etwa gilt schon eine Region, in der auch nur die Gefahr von bewaffneten Konflikten besteht. Insofern ist auch Chile ein Spannungsgebiet, weil dessen Regime mit der argentinischen Militärdiktatur im Streit um einige Territorien an der Südspitze des lateinamerikanischen Kontinents steht. (Die vor Jahren schon erfolgte Lieferung von U-Booten nach Argentinien war ebenso illegal, wie es die geplante Lieferung nach Chile gewesen wäre.)

In bezug auf Saudi-Arabien aber sieht die Sache noch ganz anders aus. Am Persischen Golf tobt seit Monaten ein Krieg, mit dem der Iran in die Knie gezwungen werden soll, um dieses Land erneut unter die Kontrolle des amerikanischen Imperialismus zu bringen. An diesem Krieg aber sind auf irakischer Seite einige reaktionäre arabische Regime, namentlich Jordanien und Saudi-Arabien direkt beteiligt: Sie unterstützen die Iraker finanziell und militärisch, stellen ihnen Ausweich- und Nachschubbasen zur Verfügung. Die Lieferung westdeutscher Kriegswaffen an Saudi-Arabien wäre also die unmittelbare Förderung eines Angriffskriegs gegen die Völker des Iran.

Und dazu kommt noch etwas anderes. Die Springer-Presse meldete am Sonntag, zwischen Bonn und Riad sei vereinbart worden, daß die gewünschten Leopard-Panzer zwar geliefert würden. Sie sollten jedoch nicht von Saudis gefahren werden, sondern von „Militärberatern" aus den USA und aus Britannien. Das wäre eine direkte Beteiligung der NATO-Streitkräfte an den Kriegshandlungen am Golf. Und wer will garantieren, daß es sich bei den genannten „Beratern" nicht um Soldaten der Bundeswehr handeln wird?

Die Tatsachen zeigen eindeutig, daß die Bundesregierung bereit ist, sich über alle Gesetze hinwegzusetzen, um den Waffenhandel mit dem saudischen Regime unter Dach und Fach zu bringen. Nicht nur wegen des unmittelbaren Profits für die Rüstungskonzerne. Es geht auch darum, ein reaktionäres, proimperialistisches Regime im Nahen Osten zu stärken, das zu einem Bollwerk der westlichen Raubinteressen in dieser Region ausgebaut werden soll. Und wie schon die Militärhilfe an die faschistische Junta in der Türkei gezeigt hat, spielt in Bonn an der Seite der amerikanischen Supermacht eine immer aggressivere Rolle im Nahen Osten.

Diese Entwicklung darf nicht kampflos hingenommen werden. Es gilt, die Forderungen durchzusetzen, die unsere Partei in ihrem Friedensplan aufgestellt hat: Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.

Stobbe muß Senat umbilden

Regierungskrise in Westberlin

In Westberlin haben sich in den letzten Wochen die Rücktritte von Senatsmitgliedern gehäuft. Die Ursache dafür ist in der öffentlichen Empörung über die sogenannte Garski-Affäre und in den breiten Protesten gegen die katastrophale Wohnungspolitik zu suchen.

Die ersten Regierungsmitglieder, die ihren Hut nehmen mußten, waren Finanzsenator Riebschläger (SPD) und Wirtschaftssenator Lüder (FDP). Sie sind beide Mitglied im Landesbürgschaftsausschuß, der dem Bankrotteur Garski für angebliche Wohnbauprojekte im Nahen Osten einen 128-Millionen-Kredit zugeschanzt hatte, der zu 90 Prozent vom Senat verbürgt wird. Garski, der sich inzwischen abgesetzt hat, ist eine der vielen Figuren, die sich im Westberliner Subventionsdschungel auf Kosten der Steuerzahler mästen.

Er gehört der Partei des Exsenators Lüder an, deren Wohlwollen er sich mit reichlichen Spenden erkaufte. Aber auch zur „Opposition" unterhielt er enge Beziehungen. Westberlins CDU-Parteichef Lorenz stand auf Garskis Gehaltsliste und kassierte jährlich runde 8000 Mark plus Spesen von ihm. Die Aufdeckung der Garski-Affäre fiel zusammen mit den Wohnungskämpfen in Westberlin. Drastisch wurde der menschenfeindliche Charakter der Senatspolitik deutlich. Auf der einen Seite die Millionenkredite für Spekulanten vom Schlage Garskis; und auf der anderen Seite die systematische Vernichtung von billigem Wohnraum — und der Polizeiknüppel für diejenigen, die sich gegen die „Sanierung" wehrten.

Unter diesen Umständen mußte Bürgermeister Stobbe (von dem jetzt gesagt wird, er wäre ebenfalls in die Garski-Affäre verwickelt) einen Senator nach dem anderen opfern. Auch Bausenator Ristock, der unmittelbar Verantwortliche für die Wohnungspolitik, war nicht mehr zu halten. Ändern aber wird sich dadurch in Westberlin nichts. Das zeigt sich schon daran, daß die abgehalfterten Senatoren sofort in neue Führungsposten gerutscht sind. Riebschläger ist neuer Fraktionsvorsitzender der SPD. Und Ristock hat sofort nach seinem Rücktritt erklärt, er wäre „mit Freuden und sofort bereit", das Amt des Landesvorsitzenden dieser Partei zu übernehmen.

Diskussionen um Staatsangehörigkeit

Bonn bekräftigt revanchistische Ansprüche

In einer Rede zum Jahreswechsel hatte SED-Chef Honecker unter anderem auch zu den deutsch-deutschen Beziehungen Stellung genommen und dabei nachdrücklich die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bonner Regierung gefordert. Auf diese Forderung hatten Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien zunächst widersprüchlich reagiert.

Die CDU erklärte sofort nach Honeckers Rede, das von ihm vorgetragene Verlangen werde „ein Wunschtraum Ostberlins" bleiben, auch wenn es ständig wiederholt würde. Von der SPD wurde die Forderung Honeckers ebenfalls zurückgewiesen, wenn auch in einer „gemäßigteren" Tonlage. Demgegenüber erklärte der FDP-Bundestagsabgeordnete Ronneburg: „Wenn es einen Staat DDR gibt, dann gibt es auch eine DDR-Staatsbürgerschaft."

Die Äußerung Ronneburgs, der immerhin Vorsitzender des Innerdeutschen Ausschusses im Bundestag ist, löste nicht nur bei CDU und SPD, sondern auch in seiner eigenen Partei eine Welle von Mißfallensäußerungen aus. Ronneburg machte einen Rückzieher und sein Parteichef Genscher stellte in der vergangenen Woche noch einmal klar, daß auch für die FDP in der Staatsbürgerschaftsfrage alles beim alten bleibe.

Alles beim alten — was heißt das konkret? Die Bundesregierung weigert sich, die Tatsache anzuerkennen, daß es eine eigene Staatsbürgerschaft der DDR gibt. Dem stellt sie gegenüber, es gebe eine „deutsche Staatsbürgerschaft", die für alle in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 lebenden Deutschen auch heute noch gelte. Und faktisch ist diese „deutsche Staatsbürgerschaft" identisch mit der der BRD. Was sich aus diesem Anspruch in der Praxis ergibt, hat sich beispielsweise im vergangenen November gezeigt.

Der Bundesgerichtshof fällte damals ein bezeichnendes Grundsatzurteil gegen zwei ehemalige DDR-Häftlinge, die der Zusammenarbeit mit dem Ostberliner Staatssicherheitsdienst beschuldigt wurden. Der BGH stellte in seinem Urteil heraus, es sei rechtens, daß auch in der DDR begangene Taten nach westdeutschen Strafrecht abgeurteilt werden könnten. Denn seit dem 1972 zwischen den beiden deutschen Staaten abgeschlossenen Grundlagenvertrag werde die DDR zwar nicht mehr als Inland behandelt. Damit habe die BRD aber „keineswegs ihren Anspruch aufgegeben, allen Deutschen, auch soweit sie in der DDR ansässig sind, Schutz zu gewähren."

Hier werden also die Bestimmungen des Strafrechts der BRD unverfroren auf die Staatsbürger der DDR angewandt, eine schwerwiegende Verletzung der Souveränität der DDR. Im erwähnten Grundlagenvertrag heißt es zwar, daß „die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt." Aber diese Vereinbarung wird, wie man sieht, in der Praxis mit Füßen getreten. Daß der Abschluß des Grundlagenvertrags keineswegs die Anerkennung der DDR



Menschen in der DDR — Nach dem Willen Bonns sollen sie keine eigene Staatsbürgerschaft haben.

durch den Bonner Staat bedeutete, hatte sich in aller Deutlichkeit schon ein Jahr nach dem Abschluß herausgestellt. 1973 verhandelte das Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde des Freistaats Bayern gegen diesen Vertrag und stellte in seinem Beschluß heraus: Das Deutsche Reich existiere völkerrechtlich weiter, und zwar in Gestalt der BRD, die für ein fiktives „Gesamtdeutschland" sprechen und handeln könne; folglich sei auch die Grenze zwischen der DDR und der BRD keine Staatsgrenze, sondern eine der Ländergrenzen innerhalb Westdeutschlands entsprechende Linie; schließlich gebe es auch nur eine „deutsche" Staatsangehörigkeit.

Damit hatte das BVG die Politik des Bonner Revanchismus bekräftigt, der sich immer geweigert hat, die DDR als einen souveränen Staat anzuerkennen. Es zeigte sich in aller Klarheit, daß trotz aller Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition der westdeutsche Imperialismus nach wie vor den aggressiven Anspruch nicht aufgegeben hat, auch die DDR seinem Herrschaftsgebiet wieder einzuverleiben. Und es ist dieser Anspruch, den die Politiker aller Bonner Parteien in der Ablehnung der Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft in den letzten Wochen noch einmal bestätigten.

Grußadressen zum 5. Jahrestag der KPD/Sektion DDR

Seit dem Erscheinen des letzten RM haben uns weitere Briefe erreicht, in denen ausländische Bruderparteien ihre Glückwünsche zum 5. Jahrestag der Gründung der Sektion DDR unserer Partei aussprechen. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus diesen Briefen.

Kommunistische Partei Kolumbiens (ML)

„Die Gründung der Sektion DDR hat eine besondere Bedeutung für die Kommunistische Partei Deutschlands und auch für das Proletariat in der DDR, das unter der Herrschaft des raubgierigen sowjetischen Sozialimperialismus steht und einer harten staatlichen Unterdrückung ausgesetzt ist. Der dort von der Partei geführte Kampf sieht sich eine Unmenge von Schwierigkeiten gegenüber. Aber daran erweisen sich die Stärke und die Entschlossenheit der Parteimitglieder, die alle Hindernisse überwinden, um ihre revolutionären Aufgaben durchzuführen.

Wegen der besonderen Erfahrungen, die aus dem Kampf gegen einen kapitalistisch-revisionistischen Staat erwachsen, kommt Eurer revolutionären Arbeit eine besondere Bedeutung für das internationale Proletariat zu. (...) Die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Kolumbiens (ML) kämpfen gegen gemeinsame Feinde und für gleiche revolutionäre Zielsetzungen. Sie setzen sich dafür ein, die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung weiter zu festigen. Wir sind uns vollständig einig im Kampf gegen die sogenannten Mao-Tsetung-Ideen, gegen Revisionismus und Opportunismus aller Schattierungen, in der marxistisch-leninistischen Verteidigung des proletarischen Internationalismus. Auf diesen Grundlagen wird die Einheit zwischen unseren beiden Parteien sich immer weiter vertiefen."

Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs

„Angesichts der aggressiven Raubpolitik der beiden größten Kriegstreiber, des US-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus, die nicht nur die Werktätigen in der DDR, sondern die Völker in der ganzen Welt bedrohen, kann das Proletariat nur unter der Führung einer wahrhaft kommunistischen Partei und geleitet vom Marxismus-Leninismus die Pläne des Imperialismus vereiteln und den Weg zu seiner Befreiung einschlagen.

Diese schwierige aber absolut notwendige Aufgabe zu lösen, sind die in der Kommunistischen Partei Deutschlands/Sektion DDR zusammengeschlossenen Kommunisten angetreten. Die ganze geschichtliche und aktuelle Erfahrung der kommunistischen Bewegung zeigt, daß die Arbeiterklasse ohne ihre kommunistische Partei nicht siegen kann. Daraus erwächst die Bedeutung der Entwicklung wirklich kommunistischer Parteien in den revisionistischen Ländern wie auch in der übrigen Welt.

Der Kampf der Kommunisten in der DDR für den weiteren Aufbau einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei stellt eine neue und wichtige Erfahrung für das Weltproletariat dar in Bezug auf den Kampf gegen den Revisionismus, zum Sturz der revisionistischen Bourgeoisie und die Errichtung des Sozialismus."

Brief eines Rentners

„... wieder ein Schlag ins Gesicht"

In einem lapidaren Interview des Finanzministers Dr. Schmieder wird die gegen alle Vernunft sprechende Anordnung über die Erhöhung des Mindestumtauschsatzes so dargestellt, als ob es eine Lappalie wäre, die die DDR-Bürger kaum berührt.

Wenn dieser Finanz-Schmieder meint, diese Anordnung wäre kein Eingriff in den Besucher- und Reiseverkehr, dann meine ich, er lügt uns da faustdick was vor. Ich frage mich — und mit mir sicherlich viele —, geht es denn wirklich nur um ein paar mehr lumpige Devisen und um einige Schieber, denen man vorgibt, das Handwerk zu legen?

Nach allem, wa sich in den Wochen nach dieser „Glanzleistung" (Erhöhung des Umtauschsatzes) abspielt, was man versucht uns weiszumachen, glaube ich, hatte der Herr Schmieder für seine Parteivorgesetzten die Rolle des „Hannemann — geh' Du voran" übernommen.

Den wahren Hintergrund sehe ich darin, daß der DDR-Spitze der ständige Kontakt vieler DDR-Bürger mit ihren Verwandten aus Westdeutschland und Westberlin ein Dorn im Auge ist, den sie aus gutem Grund einschränken wollen. Die vielleicht vor Jahren gehegte Hoffnung der SED, den „Westbesuchern" einen Sozialismus zu präsentieren, der sich dem westlichen Way of life überlegen erweist, ist doch längst geplatzt.

Ich glaube, ihr Hauptmotiv ist blanke Angst davor, daß das alltägliche Bild des „real existierenden Sozialismus" auch den letzten Gutgläubigen aus dem Westen vor dem Gedanken der Nachahmung zurückschrecken läßt.

Ein Staat, der politisch und wirtschaftlich stabil ist (laut ND ist das ja die DDR), der braucht sich nach außen hin nicht abzudichten — so meine ich jedenfalls.

Und die Schieber und Agenten — von denen man uns zu befreien vorgibt? Einfach lächerlich und nur für „Lieschen Müller" geeignet. Denn wer uns glauben machen will, daß diese Kreise, die noch dazu oft mit „achtbaren Leuten" aus Politik und Wirtschaft der DDR ihre Geschäfte betreiben, wirklich durch 25 bunte Mark (DM) zurückzuhalten sind — über den kann ich ob dieser Zumutung nur den Kopf schütteln.

Und wen trifft dieser ökonomisch verbrämte, jedoch politisch gezielte Hieb nun wirklich? Überwiegend sind es doch Familienbesuche zwischen Arbeitern und Rentnern, die auf der Strecke bleiben. Von der ökonomischen Seite gesehen ist es ein tiefer Griff in die Geldbörse unserer nächsten Angehörigen. Ich habe mal gelernt, daß man einem Dieb das Handwerk legen soll, bzw. ihm anständig auf die Finger klopfen sollte. Mit der Erhöhung des Mindestumtauschsatzes werden alle Bürger über einen Kamm geschoren. Ob Normalverdiener oder Rentner, sie alle zahlen den gleichen Betrag.

Ehemalige Arbeitskollegen und Gewerkschaftler schon aus der Weimarer Zeit, die jetzt in Westberlin wohnen, fragten mich empört, ob sie nicht ein ganzes Arbeiterleben lang von Siemens und Konsorten genug ausgeplündert wurden, ob sich jetzt die DDR-Verantwortlichen daran beteiligen wollen. Nicht die Antwort war für mich das Schmerzliche, sondern die Tatsache, daß es mit der DDR so weit gekommen ist, daß solche Frage zu Recht gestellt werden kann.



Menschlicher Erleichterer

Abschließend gestatte ich mir als DDR-Bürger dem Finanzminister drei Vorschläge zu unterbreiten:

1. Der Herr Minister möge zu der im ND abgedruckten Preisliste einiger ausgewählter Lebensmittel und anderer Dinge einen Nachsatz veröffentlichen, der aussagt, wo man — wohlgemerkt als DDR-Normalverbraucher — einige dieser Dinge zu dem ausgedruckten Preis bekommt.

2. Der Herr Minister möge Maßnahmen einleiten gegen die Währungsspekulationen der Besatzungssoldaten der Westberliner Garnisonen, die sich oft mit ganzer Familie oder „Anhang" ohne Umtauschsatz bei uns ganz schön gesundstoßen.

3. Da in der Begründung zur Anordnung über die Erhöhung des Umtauschsatzes und in weiteren Veröffentlichungen auf die inflationären Tendenzen in der BRD verwiesen wird, schlage ich vor, den Umtauschsatz der DDR-Rentner ebenfalls darauf einzustellen und statt bisher DM 15,— pro Jahr auf mindestens DM 25,— je Rentner zu verändern, der entsprechend den geltenden Bestimmungen Besuchsreisen in die BRD oder nach Westberlin unternimmt.

Ein Berliner Rentner, der mal voll Optimismus für die DDR als Prolet gearbeitet hat.

(ND = „Neues Deutschland")

Schlamperei im Magdeburger Wohnungsbau

Ort: Magdeburg/Nord, Meseberger Weg

Fakt: Neunzig neue Wohnungen sind fertig, stehen aber seit Wochen leer, das heißt, sie können nicht bezogen werden. „Das gibt es doch nicht!" sagen die Magdeburger. — Und doch! Die Schlamperei im Wohnungsbau macht's möglich.

Was ist los? Wettbewerb — Überstunden — Termindruck, das alles wird den Bauarbeitern zugemutet. Und die Verantwortlichen bringen es nicht fertig, für die 90 Wohnungen die Zuleitungen für die Wärmeversorgung heranzubringen.

Folge: Neugebaute Wohnungen ohne Wärme im Winter = frisch verlegter Fußbodenbelag geht hoch, Tapeten bekommen Stockflecken, 90 Familien müssen trotz Terminzusage für November 1980 weiterhin auf ihre neue Wohnung warten.

Unser aller Geld kostet das und keine Aussicht, daß die Schluderei im Magdeburger Bauwesen überwunden wird.

Für die Verantwortlichen stimmt natürlich das Geld. Und ihre Wohnungen haben sie ja, die selbstverständlich in Ordnung sind.

Großveranstaltung am 18. Januar

Der Weg nach Dortmund lohnt sich bestimmt!

Am 18. Januar, einem Sonntag, führt die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) zum ersten Mal seit ihrem Bestehen eine Großveranstaltung auf zentraler Ebene durch. Sie bildet den öffentlichen Abschluß des 2. ordentlichen Kongresses der RGO. Eingeladen ist jeder, der sich für den Kampf und die Ziele der RGO interessiert.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung wird natürlich die Rede des neugewählten *Vorsitzenden der RGO* sein. Thema: *„Was hat uns der Kongreß gebracht. Die wichtigsten vor uns liegenden Aufgaben“.* Das Programm dieses Sonntag nachmittags ist aber mit dieser sicherlich sehr interessanten Rede längst nicht erschöpft. Neben einem weiteren Redebeitrag des *RGO-Betriebsrates Hartmut Siemon* von Hoesch in Dortmund, gibt es noch eine Vielzahl von sowohl informativen als auch künstlerischen Darbietungen.

Gleich zwei Kabarett-Gruppen werden die Lachmuskeln der Besucher strapazieren: *„Zeitzünder“*, sowie *„Ratte und Schmeißfliege“.* Die bekannten Liedermacher *Werner Worschech* („Kohlengräberland“) und *Hans Dinant* werden musikalisch zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung Stellung beziehen. Der Volkssänger *Mehmet Erdoğamus* und der *Chor Hürriyet Tutkusu* aus der *Türkei* werden mit Folklore, Kampfliedern und Volkstanz zur internationalistischen Atmosphäre beitragen. Mit Sicherheit werden — entsprechend der Mitgliederzusammensetzung der RGO — auch sehr viele Arbeiter aus der Türkei die Veranstaltung besuchen.

Einen betont internationalistischen Charakter erhält die Veranstaltung ferner durch die Anwesenheit von Delegationen befreundeter revolutionärer Gewerkschaften bzw. gewerkschaftsoppositioneller Organisationen aus dem Ausland. Solche Delegationen werden erwartet aus *Albanien, Dänemark, Kanada, Spanien* und den *USA*. Dabei wird sicher die Delegation des *Gewerkschaftsverbandes der Sozialistischen Volksrepublik Albanien* auf besonderes Interesse stoßen. Es ist das erste Mal, daß der albanische Gewerkschaftsverband eine Delegation in die Bundesrepublik entsendet!

Das reichhaltige Programm wird zum Teil in dezentralisierter Form ablaufen. Da gibt es eine Liederecke, eine Volkstanz-Folklore-Kabarett-Arena (mit Bücher- und Plattentisch und Theke), eine Filmecke (Video- und 16mm-Filme werden gezeigt), eine Diskussionsrunde und natürlich eine Reihe von Info-Ständen. Die Diskussionsrunde bietet übrigens die einmalige Gelegenheit, mit den revolutionären Gewerkschaftern aus dem Ausland zu diskutieren, natürlich auch mit den Vertretern der albanischen Gewerkschaft.

Dieser Nachmittag in der Dortmunder Westfalenhalle verspricht also zu einem echten Erlebnis für jeden zu werden, der eine positive Beziehung zum Motto des 2. Kongresses der RGO hat: *„Für Arbeiterinteressen und klassenkämpferische Gewerkschaftseinheit! Gegen Bosse und Bonzen!“*

Das wird ein Treffpunkt revolutionärer und oppositioneller Gewerkschafter aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin! Deshalb: Auf nach Dortmund! Auch wenn der Weg weit ist — die Veranstaltung beginnt um 13 Uhr und soll unwiderruflich um 18 Uhr beendet werden.



Für Arbeiterinteressen und klassenkämpferische Gewerkschaftseinheit. Gegen Bosse und Bonzen. Auf dieser Linie arbeitet die RGO in der Gewerkschaft, in den Betrieben, versucht sie im Kampf gegen den Kurs der Sozialpartnerschaft die gewerkschaftliche Kampfkraft und die Einheit der Arbeiterklasse zu fördern.

Start ins neue Jahr mit Stillegungen und Massenentlassungen

Statt „frohes neues Jahr“ Arbeitslosigkeit für Tausende

Spontaner Widerstand vieler Belegschaften

Der Jahreswechsel bedeutet für viele tausend Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik und Westberlin ein bitteres Schicksal: den Weg in die Arbeitslosigkeit! Eine neue Welle von Stillegungen und Massenentlassungen geht durch die Lande und zeugt von der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Aber auch der spontane Widerstand der Belegschaften wächst.

Das Gespenst von Stillegungen, Massenentlassungen und steigender Arbeitslosigkeit bedrückt am Jahreswechsel nicht nur die Stahlarbeiter von Hoesch und die werktätige Bevölkerung in Dortmund. Hiobsbotschaften von Firmenkonkursen, Stillegungen und Massenentlassungen haben sich im Dezember 1980 gehäuft. Im folgenden geben wir darüber einen Überblick, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Mannesmann-Hüttenwerke, Duisburg. Anfang Dezember gab der Betriebsrat der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg eine Pressekonferenz, um die Öffentlichkeit wegen der Rationalisierungskampagne der Mannesmann-Bosse zu alarmieren. 3500 Arbeitsplätze sollen auf den Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen vernichtet werden. Bereits in den letzten Jahren wurden bei Mannesmann 6000 Arbeitsplätze vernichtet. Die neue Rationalisierungswelle, mit der nun die Huckinger Hüttenwerke „durchforstet“ werden soll, bedeutet für die Stahlstadt Duisburg eine alarmierende Zuspitzung der ohnedies schon drückenden Lage in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Denn die Rationalisierungswelle beschränkt sich nicht auf Mannesmann. Auch die anderen beiden großen Stahlkonzerne, die den wirtschaftlichen Puls in Duisburg bestimmen, Thyssen und Krupp, wollen Tausende von Arbeitsplätzen abbauen. Der Mannesmann-Betriebsrat rechnet damit, daß diesen Maßnahmen bis Mitte der 80er Jahre in Duisburg 10000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen. In Duisburg konzentriert sich ca. 50 Prozent der gesamten Rohstahlproduktion der Bundesrepublik. Die totale Abhängigkeit der Stadt von den Stahlbaronen hat ihr schon seit Jahren eine hohe Arbeitslosigkeit und drückende soziale Mißstände eingebracht.

Gorenje Körting Elektronenwerke, Grassau bei Rosenheim (Oberbayern). Die Radiowerke Körting, die seit dem Konkurs im Jahre 1978 von dem jugoslawischen Elektronikkonzern Gorenje übernommen wurden, wollen bis Mitte dieses Jahres 400 Beschäftigte entlassen. Zusätzlich zu den 400 Kündigungen wurde auch für das Jahr 1981 Kurzarbeit beantragt. Die Versicherung der Firmenleitung, durch die 400 Entlassungen würden die restlichen 1000 Arbeitsplätze gesichert, ist nicht glaubwürdig, zumal die Unterhaltungselektronik in einer Überproduktionskrise steckt. Grassau liegt nahe der österreichischen Grenze, einem Gebiet mit hoher Arbeitslosigkeit, wo es praktisch keine Aussichten auf Ersatzarbeitsplätze gibt.

Enka AG, Zweigwerk Kassel-Bettenhausen. Die Belegschaft des Kasseler Enka-Zweigwerkes, das Polyesterfasern und Perlon-Teppichfasern produziert, hält seit dem 14. Dezember den Betrieb besetzt, wobei sie die Produktion weiterführt. Die Belegschaft (810 Beschäftigte) kämpft gegen die geplante Schließung des Betriebes, die die Konzernleitung in Holland (die Enka AG gehört zum holländischen Akzo-Konzern) am 21. Januar endgültig besiegeln will. Durch die Stillegung der Zellstoff-Produktion des Kasseler Zweigwerkes wurden in den vergangenen vier Jahren bereits 1200 Arbeitsplätze vernichtet. Die jetzt von der Schließung bedrohte Belegschaft besteht zu 45 Prozent aus Kollegen über 50 Jahren. Sie haben keine Chance, jemals wieder einen Arbeitsplatz zu finden.

Pongs-Gummiwerke, Aachen. Seit dem 17. Dezember halten die Arbeiter der Pongs-Gummiwerke in Aachen den Betrieb besetzt. Sie kämpfen gegen die Schließung des Werks, das im Oktober Konkurs angemeldet hat. 1300 Beschäftigte würden sonst auf der Straße stehen. Die Arbeiter bewachen die Werkseingänge, um zu verhindern, daß die Besitzer wichtige Maschinenteile abtransportieren. Pongs ist auf Gummiteile für Autos spezialisiert. Der Konkurs wurde durch die Großbanken provoziert, die dem von ihnen abhängigen Unternehmen plötzlich die Kredite sperrten. Dies, obwohl Pongs für 1981 bereits Aufträge über 70 Millionen Mark unter Dach und Fach hat. Die Pongs-Arbeiter haben seit drei Monaten keinen Lohn mehr erhalten. „Die Knochen bei Pongs verschlissen; von Banken und Bossen rausgeschmissen“ — so lautet ein Spruch am Zaun des besetzten Werkes. Nach Auskunft des Aachener Arbeitsamtes würde die Arbeitslosenrate, die im Raum Aachen im November bereits bei 6,1 Prozent lag, durch die Stillegung um ein halbes Prozent steigen.

Eisengießerei Fritz Winter oHG, Stadtallendorf bei Marburg. Die Bosse wollen in diesem Werk 400 Beschäftigte entlassen. 252 Kündigungen wurden bereits ausgesprochen. Wesentliches Auswahlkriterium bei den Entlassungen sind die Krankheitstage der letzten drei Jahre. Viele ausländische Kollegen, die von den Entlassungen betroffen sind, verlieren gleichzeitig Wohnrecht in den firmeneigenen Unterkünften. Als Grund für die Massenentlassungen wird der Konjunktureinbruch in der Auto- und Nutzfahrzeugindustrie angegeben. Um die Belegschaft einzuschüchtern und zu spalten, ließ man im Zusammenhang mit dem Abschluß einer Betriebsvereinbarung, bei der der Betriebsrat den Entlassungen zustimmte, 100 Polizisten mit scharfen Schäferhunden vor den Werkstoren aufmarschieren. Der zuständige Polizeidirektor begründete diese Provokation mit der verlogenen Behauptung, es bestünden Anhaltspunkte, daß entlassene Türken gewaltsame Auseinandersetzungen provozieren wollten. Eine Sprecherin des Marburger DGB bezeichnete den Polizeieinsatz als Angriff auf das Streikrecht.

Hertie Waren- und Kaufhaus-GmbH. Der Hertie-Konzern will vier Kaufhäuser schließen: in Hannover, Emden, Siegen-Hüttental und Neu-Isenburg. Betroffen sind 1623 Beschäftigte, darunter eine erhebliche Anzahl Auszubildender. Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Dieter Steinborn, erklärte, dieser Arbeitsplatzabbau sei bei Hertie nur die Spitze des Eisbergs. Der Konzern wolle in den nächsten zwei Jahren mit einer Rationalisierungskampagne fast 200 Millionen Mark einsparen.

Grundig-Werke in Landau an der Isar und in Ascha. Konsul Max Grundig will diese beiden Werke seines Konzerns bis Ende Juli dieses Jahres stillegen und einen Teil des Hifi-Gerätebaus nach Portugal verlagern. 1050 Beschäftigte verlieren in dem industriearmen Gebiet ihre Arbeitsplätze. Vor 16 Jahren hat Grundig für die Ansiedlung der beiden Betriebe massive staatliche Subventionen erhalten.

Siemens, München. Durch eine Rationalisierungskampagne, bei der die berüchtigte amerikanische Unternehmensberatungsfirma Mckinsey herangezogen werden soll, will Siemens im Werk Hofmannstraße in München 700 Arbeitsplätze vernichten. Allerdings befürchtet die IG Metall, daß diese offiziell genannte Zahl nur die halbe Wahrheit darstellt. Es bestehen begründete Anhaltspunkte, daß in dem 22000 Beschäftigte umfassenden Betrieb im Laufe des Jahres rund 2000 Beschäftigte „abgebaut“ werden sollen. Gleichzeitig vermuten die Gewerkschafter, daß die Gesamtbelegschaft der Siemens-Betriebe in der Bundesrepublik und Westberlin um mindestens 20000 reduziert werden soll. Die Arbeitsplatzvernichtung wird vor allem im Verwaltungsbereich vorangetrieben.

Van Delden, Textil-Konzern, Gronau und Ochtrup (Westfalen). Kurz vor Weihnachten beantragten die Bosse des Textil-Konzerns van Delden den Vergleich für ihren Konzern. 2100 Beschäftigte stehen damit auf der Straße. Ein großer Teil der Kollegen wurde noch vor den Feiertagen arbeitslos. Die Lage in dem ohnedies besonders strukturschwachen Gebiet, wo in den letzten Jahren schon viele tausend Textilarbeiter, nicht zuletzt bei van Delden, arbeitslos wurden, verschärft sich dadurch enorm. Den Todesstoß versetzte dem Unternehmen die Deutsche Bank, die der seit Jahren bankrotten Firma die weitere finanzielle Stützung verweigerte. Seit 1978 hat die Landesregierung in Düsseldorf van Delden Steuergelder in Höhe von 70 Millionen Mark in den Rachen geworfen.

AEG-Werk, Winnenden, (Rems-Murr-Kreis). Aus dem AEG-Werk Winnenden soll die Heimwerkergeräteproduktion in das Esslinger AEG-Werk verlegt werden, während die dortige Motorenproduktion ins Ausland verlagert werden soll. Im Werk Winnenden werden dadurch über 300 Arbeitsplätze vernichtet. Gegen diesen Plan traten am 18. Dezember im Werk Winnenden 1000 Arbeiter von der rund 1900 Beschäftigte zählenden Belegschaft in einen anderthalbstündigen Proteststreik.

AEG-Olympia, Wilhelmshaven/Leer. In den zum AEG-Konzern gehörenden Olympia-Werken in Wilhelmshaven protestierten am Donnerstag vergangener Woche 3500 Beschäftigte mit einem Streik und einer Demonstration gegen die befürchtete Stillegung der Olympia-Werke. Am gleichen Tag streikten und demonstrierten auch im Zweigwerk Leer 1200 Beschäftigte, das ist fast die gesamte Belegschaft des Werkes Leer. In diesem Werk hatten zwei Tage vorher bereits 1000 Kollegen die Arbeit niedergelegt.



Fabrikneue Autos rosten auf den „Autohalden" der großen Automobilkonzerne still vor sich hin. Sie finden keine Käufer, obwohl viele Arbeiter mit alten und oft schon gebraucht erstandenen Autos vorlieb nehmen müssen. Durch Rationalisierung, Massenentlassungen und Reallohnabbau schwächen die Kapitalisten die Massenkaufkraft und verschärfen dadurch die Wirtschaftskrise.

Zur Lohnverzichtspropaganda der Unternehmer

Gefährden Lohnerhöhungen die Arbeitsplätze?

Massiv versucht die kapitalistische Propaganda den Arbeitern einzuhämmern, durch Lohnerhöhungen würden Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit hervorgerufen bzw. sich weiter verschärfen. Hingegen sei der Verzicht auf mehr Lohn (bzw. auf die Verteidigung der Reallöhne) ein Beitrag zu wirtschaftlicher Stabilität und zur Sicherung der Arbeitsplätze. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß diese Propaganda jeder realen Grundlage entbehrt. Sie stellt die Wirklichkeit geradezu auf den Kopf.

Zunächst einmal sei festgestellt, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Rezession und das Hochschnellen der Arbeitslosenzahlen stattfinden, obwohl die Reallöhne der Arbeiter und kleinen Angestellten schon seit mindestens fünf Jahren nicht mehr gestiegen, sondern teilweise sogar gesunken sind. Dieser Abbau der Reallöhne war im Jahr 1980 bereits so deutlich, daß nicht einmal die bürgerliche Statistik ihn mehr vertuschen konnte, obwohl der amtliche Preisindex, mit dem das Wiesbadener statistische Bundesamt die Verteuerung der Lebenshaltungskosten registriert, manipuliert ist: Er beschönigt erheblich das wirkliche Ausmaß der Teuerung.

Start in die Rezession

Nach den amtlichen Angaben lag die Verteuerung der Lebenshaltung im 1. Halbjahr 1980 bei 5,7 Prozent während im gleichen Zeitraum der Anstieg der Nettolohn- und Gehaltssumme pro Beschäftigtem nur bei 4,6 Prozent lag. In diesem Zeitraum sind die Reallöhne demnach um 1,1 Prozent gesunken. Im zweiten Halbjahr 1980 betrug der Anstieg der Nettolöhne- bzw. Gehälter gegenüber dem Vorjahr 5,0 Prozent pro Beschäftigtem, während die Lebenshaltungskosten in diesem Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Prozent gestiegen sind. Das ergibt für diesen Zeitraum ein Sinken der Reallöhne gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent. Wohlgemerkt: die Angaben über die Steigerung der Lebenshaltungskosten, die in dieser Rechnung verwendet sind, verharmlosen das wirkliche Ausmaß dieser Steigerung.

Nach der Logik der Lohnverzichtspropaganda könnte sich unter diesen Voraussetzungen die gegenwärtige wirtschaftliche Rezession und das massive Anwachsen der Arbeitslosigkeit nur dann erklären lassen, wenn trotz der Reallohnsenkung auch der Unternehmerprofit gesunken wäre. Dem ist jedoch keineswegs so. Nach den bürgerlichen Statistiken haben die Unternehmer sogar noch im zweiten Halbjahr 1980, also als die Rezession bereits in voller Entwicklung war, ihre Gewinne beträchtlich steigern können. Und dies, obwohl bereits das Jahr 1979 ein Jahr absoluter Rekordgewinne war! Nach den statistischen Angaben stiegen die Nettoeinkommen aus „Unternehmertätigkeit und Vermögen" 1979 um 12,0 Prozent und kletterten dann 1980 munter weiter: im 1. Halbjahr um 8,7 und im 2. Halbjahr immerhin noch (trotz Rezession) um 4,5 Prozent.

Es ist also eine unbestreitbare Tatsache, daß sich die jetzige Verschärfung der Wirtschaftskrise und das Hochschnellen der Arbeitslosenzahlen von der Ausgangsbasis steil ansteigender Unternehmergewinne und deutlich sinkender Reallöhne her entwickelt hat.

Von der Logik aus gesehen, mit der die Unternehmerpropaganda uns die Notwendigkeit eines Lohnverzichts verkaufen will, müßte die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung aber völlig anders verlaufen: Wir müßten heute ein stabiles Wirtschaftswachstum und ein Abnehmen der Arbeitslosigkeit verzeichnen. Die Tatsachen beweisen somit die völlige Haltlosigkeit der Lohnverzichtspropaganda. **Der Wahrheitsgehalt dieser Propaganda ist gleich Null, auch wenn Dutzende „hochgelehrter" Professoren ihr mit scheinwissenschaftlichen Ergüssen den Anschein von Wahrheit zu verleihen bemüht sind.**

Mehr „verteilt" als produziert?

Die Unternehmerverbände führen ihren Propagandakrieg gegen die Lohnforderungen der Arbeiter unter anderem mit einer Anzeigenkampagne in den regionalen Tageszeitungen. In der Presse des Ruhrgebietes erschien eine Anzeige unter der Überschrift: „Industrie NRW informiert: Thema Konjunktur". Darin heißt es zum Beispiel:

„Wir müssen wieder zurück zu einer Lohnpolitik, die weder Arbeitsplätze gefährdet noch die Inflation anheizt. Eine Lohnpolitik, die nicht mehr verteilt als gemeinsam erarbeitet wird."

Demnach wären also Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Inflation durch die „maßlosen" Lohnerhöhungen verursacht worden, die von den Gewerkschaften angeblich durchgesetzt wurden. Allen Ernstes wollen die Unternehmer uns weismachen, die „hohen" Löhne hätten dazu geführt, daß „mehr verteilt" wurde, als tatsächlich produziert worden ist.

Wie absurd diese Behauptung ist, wird sofort klar, wenn man an die Realität der kapitalistischen Wirtschaftskrise denkt: sich anhäufende Massen an Konsumgütern, für die es an zahlungsfähiger Nachfrage mangelt, zum Beispiel die still vor sich hinrostenden gigantischen Autohalden, oder die Milch- und Weinseen, Butter- und Fleischberge. Der Einzelhandel beklagt, daß die Weihnachtseinkäufe 1980 weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Der Winterschlußverkauf soll in diesem Jahr zeitlich vorverlegt werden, weil sich die überfüllten Warenläger mangels Absatz nicht leeren.

Die Lohnverzichtspropaganda stellt die Realität buchstäblich auf den Kopf. Nicht weil die Arbeiterklasse zuviel von den Produkten oder Werten beansprucht, die sie selbst durch ihre Arbeit schafft, kommt es zur Krise, zu Kurzarbeit, Stillegung und wachsender Massenarbeitslosigkeit. Es ist vielmehr umgekehrt so, daß die produzierten Waren keine zahlungsfähigen Abnehmer finden und sich zu Bergen türmen. **Zwischen der beschränkten Massenkaufkraft einerseits und den immer wieder erweiterten Produktionskapazitäten andererseits klafft ein unüberbrückbares Mißverhältnis.**

Die Wurzeln der Krisen liegen in der kapitalistischen Ausbeutung: Produziert wird nicht für die Befriedigung der Bedürfnisse des arbeitenden Volkes, sondern ausschließlich zum Zweck der Profitmaximierung und der Bereicherung der Ausbeuterklasse. Was gesellschaftlich produziert wird, eignet sich der Kapitalist auf der Grundlage seines Privateigentums an den Produktionsmitteln an. **Der Erzeuger aller Werte, der Arbeiter, kann sich die Früchte seiner Arbeit nicht aneignen, er wird permanent durch das Kapital enteignet. Aus diesem Widerspruch entstehen unweigerlich Überproduktionskrisen und Arbeitslosigkeit.**

Um trotz Krise, trotz stokkendem Absatz, trotz der infolge unausgelasteter, brachliegender Produktionskapazitäten steigenden Produktionskosten seinen Profit zu sichern, gibt es für den Kapitalisten nur einen Weg: Verschärfung der Ausbeutung: aus weniger Arbeitern noch mehr herauszupressen bei gleichzeitiger Senkung der Löhne.

Teufelskreis von Ausbeutung und Krise

Um diese Verschärfung der Ausbeutung zu verschleiern, kommen die Kapitalisten mit Schlagwörtern wie: Lohnerhöhungen dürften den Produktivitätszuwachs des vergangenen Jahres nicht überschreiten, sonst würde die „Substanz unserer Wirtschaft" angegriffen. In Wahrheit aber erhält der Arbeiter bei der heutigen Entwicklung der Produktivkräfte in Form des Lohnes nur einen Bruchteil von dem zurück, was er an Werten bzw. Produkten schafft. Selbst wenn die Reallöhne um 100 Prozent gesteigert würden, würde noch ein Mehrwert produziert.

1980 ist die Produktivität der Arbeit nach offiziellen Angaben um 2,5 Prozent gestiegen. Die Preise für die Waren bzw. Dienstleistungen, die ein Arbeiterhaushalt für die Lebenshaltung benötigt, sind jedoch um real mindestens 8 Prozent gestiegen. Bei Lohnerhöhungen, die den Produktivitätszuwachs nicht überschreiten, würden folglich die Reallöhne mindestens um 5 Prozent sinken. Die Massenkaufkraft würde damit beträchtlich vermindert.

Gleichzeitig aber rationalisieren die Kapitalisten, um die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu senken und somit Lohnkosten einzusparen. Damit vergrößern sie das Arbeitslosenheer und schränken die Massenkaufkraft zusätzlich ein.

Indem die Kapitalisten durch die Verschärfung der Ausbeutung eine Verminderung ihrer Profite verhindern bzw. diese sogar weiter zu erhöhen bestrebt sind, untergraben sie also gleichzeitig die Nachfrage nach Konsumgütern. Damit sorgen sie, ob sie wollen oder nicht, für eine weitere Verschärfung der Gegensätze und Mißverhältnisse, aus denen die kapitalistische Wirtschaftskrise erwächst und sich verschärft.

Die Wurzeln der Krise liegen also im kapitalistischen System selbst, in der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Eine Verschärfung der Ausbeutung, etwa durch Senkung der Reallöhne, kann niemals dazu führen, daß die Krise auf längere Sicht abgemildert oder gar überwunden wird. Im Gegenteil!

Durch freiwilligen Verzicht auf Lohnerhöungen kann sich die Lage der Arbeiterklasse in jeder Hinsicht nur weiter verschlechtern. Die Arbeiterklasse beraubte sich dadurch selbst der Fähigkeit, den Angriffen des Kapitals Widerstand zu leisten, gar nicht zu reden von der Notwendigkeit,eines Tages den Teufelskreis von Ausbeutung, Krise und Arbeitslosigkeit zu sprengen durch die Beseitigung des Ausbeutersystems in der sozialistischen Revolution.

Löhne und Gehälter

Veränderung in Prozenten gegenüber dem Vorjahr

	1978	1979	1. Hj. 80	2. Hj. 80[2]	1981[2]
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 6,4	+ 7,4	+ 8,1	+ 7,0	+ 4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 7,5	+ 7,7	+ 6,1	+ 6,0	+ 4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	+ 6,3	+ 5,8	+ 4,6	+ 5,0	+ 5,0
Lebenshaltung	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,7	+ 5,3[3]	+ 4,0
Reallöhne	+ 3,6	+ 1,7	— 1,1	— 0,3	+ 1,0

2 Schätzung des Herbstgutachtens
3 Schätzung auf Basis von vier Monatsergebnissen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik , 9/80; DIW-Wochenbericht 44—45/80)

Selbst nach der bürgerlichen Statistik errechnet sich ein Sinken der Reallöhne für das Jahr 1980!

Unternehmergewinne

Veränderung in Prozenten gegenüber dem Vorjahr

	1979	1. Hj. 80	2. Hj. 80[2]	1. Hj. 81[2]	2. Hj. 81[2]
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 10,3	+ 6,3	+ 3,5	+ 0,5	+ 6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 12,0	+ 8,7	+ 4,5	— 0,5	+ 6,5

2 Schätzung des Herbstgutachtens
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/80; DIW-Wochenbericht 44—45/80)

Nach dem Rekordjahr 1979 sind die Unternehmergewinne weiterhin gestiegen, auch im 2. Halbjahr 1980, als die wirtschaftliche Rezession zum Durchbruch kam und die Arbeitslosenzahl in die Höhe sprang.

Lohnanteil am Umsatz

Lohnanteil in DM je 100,— DM Umsatz [1]

1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980[2]
25,10	24,70	22,10	22,10	22,30	21,60	19,70

1 Angaben aus: „Gewerkschafter"
2 1980 nur 1. Quartal

Die Unternehmer behaupten, Lohnerhöhungen heizten die Inflation an. Aber seit 1974 ist der Lohnanteil am Umsatz um ein Viertel gesunken!

Professor Sigrist erneut vor Gericht

Endlich erfolgt Beweisaufnahme über die Todesumstände von Günter Routhier

MÜNSTER.— Am 12. Januar beginnt am Landgericht Münster ein erneuter Prozeß gegen den Soziologen Professor Sigrist wegen seiner Äußerungen im Zusammenhang mit dem Tod des kommunistischen Arbeiters Günter Routhier, der durch den brutalen Polizeieinsatz bei einem Arbeitsgerichtsprozeß unseres Genossen Hanfried Brenner gegen Mannesmann im Jahre 1974 verursacht wurde. Dieser vorerst auf zehn Tage angesetzte Prozeß ist nicht einfach einer von vielen „Routhier-Verfahren", von denen in den letzten sechs Jahren mehrere Hunderte eröffnet wurden und die Hunderttausende Mark Geldstrafe für die Betroffenen einbrachten, die den Tod des Genossen Günther als „Polizeimord" gebrandmarkt hatten.

Zum ersten Mal überhaupt wird jetzt auf Verlangen eines Gerichts eine Beweisaufnahme über das Geschehen im Duisburger Arbeitsgericht stattfinden, um anhand von inhaltlichen Gesichtspunkten den Wahrheitsgehalt der gegen die Polizei erhobenen Vorwürfe zu überprüfen.

Dieses Verfahren geht zurück auf das Urteil des Münsteraner Landgerichts vom 19. Mai 1980. Es wurde gesprochen in einem Prozeß gegen Sigrist, der aufgrund seiner Äußerungen bei einer Veranstaltung des Stockholmer Goethe Instituts und des Germanistischen Instituts der Universität Stockholm in Schweden (!) stattfand. Ihr Thema waren die politischen Verhältnisse in der BRD, besonders die Berufsverbote.

Sigrist, in der Bundesrepublik bereits verfolgt und verurteilt wegen seiner Aufklärungsarbeit über einen faschistischen griechischen Professor an der Bochumer Universität und seine Bemühungen, die Öffentlichkeit über die Verbrechen der Duisburger Polizei zu informieren und für eine restlose Aufklärung der Todesumstände Günter Routhiers zu sorgen, widersprach dort einer Darstellung des ebenfalls anwesenden damaligen NRW-Justizministers Posser, der die Zustände in der BRD in rosigen Farben schilderte. Sigrist berichtete von seinen eigenen Erfahrungen. Dabei wurde er von Posser durch einen gezielten Zwischenruf in der eindeutigen Absicht späterer Verfolgung provoziert. Das ergibt sich aus einer Passage des bei Fernsehaufnahmen angefertigten Protokolls:

Sigrist: „Ich habe gesagt, daß die Polizei einen kommunistischen Arbeiter getötet hat."

Posser: „Ermordet, haben Sie gesagt!?"

Sigrist: „Ja, ermordet, und das stimmt auch (...) das (ist) inzwischen auch medizinisch nachgewiesen..."

Im November 1978 wird der Prozeß wegen dieser Äußerung eröffnet. Er führt zu einer Verurteilung von 5 400 Mark Geldstrafe. Die Berufungsverhandlung beginnt am 28.4.1980.

Am 19.5.80 dann das Urteil, das einen Durchbruch, einen bedeutenden Erfolg des jahrelangen Kampfes aller in Routhier-Prozessen angeklagten und verurteilten Menschen bedeutet:

Ein Freispruch oder eine Verurteilung nach § 185 (Beleidigung) kann nicht erfolgen ohne die Durchführung einer Beweisaufnahme über das Geschehen beim Polizeieinsatz 1974 in Duisburg. Die Hauptverhandlung wird ausgesetzt bis Oktober 1980.

Zuvor war in allen Prozessen der Wahrheitsgehalt des Mordvorwurfs für „belanglos" erklärt worden. Was immer auch geschehen sei — die deutsche Polizei mordet nicht! Wer das behauptet, mache sich auf jeden Fall strafbar.

Wenn in dem neuen Verfahren ein Freispruch erreicht werden kann, hat das natürlich Auswirkungen auf alle noch ausstehenden Verfahren (auch die gibt es noch!), eventuell sogar auf die bisher ergangenen Urteile.

Ein weiterer Erfolg ist, daß im Verlauf der Verfolgung Prof. Sigrists die Paragraphen 130 (Volksverhetzung), und 90a (Verächtlichmachung der BRD) als Anklagepunkte fallengelassen werden mußten.



Standhaft vor Gericht: Christian Sigrist

(Zum bisherigen Verfahren gegen Prof. Sigrist siehe auch RM 20/1980, S.7)

Einen für das Verfahren wichtigen Punkt hatte Anwalt Schily in seinem Plädoyer am 8.5.1980 herausgearbeitet: Das Wort „Mord" kann auch im nichtjuristischen Sinne gebraucht werden; ein solcher Gebrauch ist in der deutschen Sprache durchaus üblich. Damit ist die Verwendung dieses Wortes selbst dann nicht immer straffähig, wenn es im streng juristischen Sinne nicht haltbar sein sollte.

An der Universität Münster hat sich ein Solidaritätskomitee gebildet, daß in Anzeigen über den Prozeß informiert und zu Spenden aufruft.

Auch die Rote Hilfe Deutschlands leistet aktive Solidarität. Sie hat Kontakt mit Prof. Sigrist aufgenommen. Sie sammelt Spenden zur Finanzierung der für die Prozeßführung notwendigen Ausgaben.

Wir rufen alle Leser des „Roten Morgens" auf, Spenden in dieser Angelegenheit auf das Konto der RHD zu überweisen. Denn von der RHD wird Geld, das im Falle eines Freispruchs zur Unterstützung nicht mehr gebraucht wird, zur Tilgung der von verschiedenen Personen noch zu zahlenden Prozeßkosten von mehreren zehntausend Mark verwendet. Ohne die Rote Hilfe, das kann man ohne jede Übertreibung sagen, hätten die drastischen Strafen und hohen Gerichtskosten in den bisherigen Prozessen manchen Kollegen finanziell ruiniert.

Professor Christian Sigrist hat sich angesichts der andauernden Verfolgung und eines zur Zeit schwebenden Disziplinarverfahrens eine unbeugsame Haltung gezeigt. Er fühlt sich, wie er selbst sagte, gerade als Wissenschaftler der Wahrheit verpflichtet und betrachtet sich nicht in erster Linie als Staatsdiener — er wolle vielmehr denjenigen dienen, die es ihm ermöglichen, seine Arbeit zu leisten, also den Menschen, vor allem den Arbeitern. Er hat die volle Solidarität unserer Partei.

Wir werden im „Roten Morgen" weiter über den Verlauf des Prozesses berichten. In der nächsten Ausgabe folgt ein Bericht über die Solidaritätsveranstaltung vom 13. Januar.

Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: die Polizei hat mich erschlagen!"

Das forderte Genosse Günther von uns, kurz bevor er seinen Verletzungen erlag. Die Partei hat sich von keinem Polizeiterror davon abhalten lassen, die Ursachen für Günters Tod aufzuzeigen.

Die Polizei hat den Tod Günter Routhiers auf dem Gewissen — diese unumstößliche Tatsache muß jetzt endlich offiziell anerkannt werden!

Die Verfolgung der Menschen, die die Wahrheit verbreiten, muß sofort aufhören!

Die für den Tod Günter Routhiers verantwortlichen Polizisten müssen bestraft werden!

Die Termine im Verfahren gegen Christian Sigrist:
Beginn: Montag, 12. Januar 1981, Landgericht Münster.
Die folgenden neun Termine sind jeweils Dienstags und Donnerstags:
Januar 81: 15.1., 20.1., 22.1., 27.1., 29.1.
Februar 81: 3.2., 5.2., 10.2., 12.2.

Landwirt aus Maschinenpistole beschossen

Knapp am Tod vorbei

Aktuelle Beispiele des Polizeiterrors

WALDECK.— Neue Beispiele für die Gefährdung friedlicher Menschen durch schieß- und prügelwütige Polizisten lieferte die Polizei innerhalb eines Monats gleich zweimal in der Gegend von Niederwaroldern und Korbach. Nur durch Zufall gab es keinen Toten.

In der Nacht zum 3. November 1980 war der Landwirt Reinhard Nagel aus Niederwaroldern mit seinem Trecker auf dem Weg nach Hause, um Drahtseile zur Bergung seines Schleppers zu holen, der auf dem Acker umzukippen drohte. Auf einem Feldweg wurde er von einer Polizeistreife angehalten, die ihn nach dem woher und wohin fragte. Nach kurzer Antwort fuhr Nagel weiter, wurde aber von den Polizisten verfolgt bis auf seinen Hof. Als sein Trecker schon stand und Nagel mit seinem Beifahrer ausstieg, schoß plötzlich ein Polizist eine Salve aus seiner Maschinenpistole ab. Die Kugeln schlugen in Brusthöhe der Männer auf dem Trecker in die Reifen und die Verkleidung des Fahrzeugs ein, ein Geschoß verfehlte Reinhard Nagel nur um zehn Zentimeter. Dann wurde Nagel mit dem Ruf „Hände hoch!" an den Trecker gestellt, mit Handschellen gefesselt, ins Polizeiauto verschleppt. Auf der Wache wurde er, nachdem ihm eine Blutprobe abgenommen worden war, für eine Stunde eingesperrt, danach ohne weitere Erklärung freigelassen.

„Hundertprozentig korrekt" haben sich die Beamten nach den Worten eines Polizeisprechers verhalten — schließlich seien die betreffenden Polizisten durch einen Anruf darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich auf den Äckern „vermutlich Viehdiebe" herumtrieben. Nagel wurde sogar mit einer Anklage wegen Mordversuch gedroht, weil er angeblich auf einen Beamten zugefahren sei, der dann in Notwehr auf die Reifen geschossen habe, um den Trecker im letzten Moment zu stoppen!



Von der Polizei mißhandelt: Günter B.

Im Dezember wurde in Korbach der 44jährige Günter B., Industriemeister bei Conti, in der Dienststelle Hagenstraße von Polizisten schwer mißhandelt. Er hatte dort dagegen protestiert, als angeblich unfallflüchtiger Kraftfahrer festgehalten zu werden. (Er wollte sich den betreffenden Unfall, von dem er in seiner Wohnung gehört hatte, nur mal ansehen und wurde auf der Straße von der Polizei eingefangen). Als er mit der Faust auf den Tisch schlug, wurde er zu Boden geschlagen und mehrmals ins Gesicht und gegen den Körper getreten. Noch am nächsten Tag war sein Gesicht völlig verschwollen, von Wunden entstellt, das rechte Auge geschlossen, ein Arm ebenfalls geschwollen. Nach der Mißhandlung hatte er zu Fuß ins Krankenhaus gehen müssen, wo er eine volle Stunde lang behandelt wurde! Statt einer Bestrafung der verantwortlichen Polizisten steht nun aber ein Verfahren gegen Günter B. bevor — wegen „Körperverletzung und Beleidigung"...

Dies sind zwei Beispiele von vielen. Wer uns die Polizei als Freund und Helfer des Bürgers verkaufen will, der lügt. Sie ist ein Unterdrückungsinstrument, planmäßig zur Volksfeindlichkeit verhetzt und, geschützt durch die Behörden, immer rücksichtsloser im Gebrauch von Schußwaffen.

Carstens nimmt Faschisten in Schutz

„Der Linksextremismus ist gefährlicher..."

Berufsverbot „unverzichtbar"

„Auf lange Sicht gesehen ist der Linksextremismus gefährlicher als der Rechtsextremismus", so tönte Bundespräsident Carstens zum Jahreswechsel in einem Interview mit dem „Rheinischen Merkur — Christ und Welt", unbeirrt durch die kurz zuvor erfolgte Mordtat des Neonazis Schubert an zwei Schweizer Beamten. Nun, für ihn sicher!

Carstens sieht allerdings heute schon die ganze Gesellschaft, den Staatsapparat unterwandert von „linken Systemveränderern". Dagegen muß man sich natürlich wehren! Und deshalb brach Carstens gleich eine Lanze für die strikte Anwendung des Berufsverbots-Erlasses, an dem „ganz unverzichtbar" festzuhalten sei.

Carstens nannte außerdem eine verstärkte Beschäftigung mit der Geschichte als ein besonderes persönliches Anliegen. Dies solle vor allem im Schulunterricht verwirklicht werden, die Zeit des Nationalsozialismus müsse dabei einen Schwerpunkt bilden. Das wäre zu begrüßen. Es fällt allerdings nicht schwer, sich die von Carstens gewünschten Inhalte eines solchen Geschichtsunterrichts vorzustellen. Schließlich will er ja Lehrer, die im antifaschistischen Geist unterrichten, von den Schulen fernhalten. Die Vergangenheitsbewältigung soll sicher so erfolgen, wie Ex-NSDAP-Mann Carstens sie selbst vorexerziert! So erklärte er etwa am 26. Oktober in einem WDR-Interview, für ihn sei es immer um das „Abwenden von Unrecht" gegangen. Frage: „Abwenden von Unrecht — kommt das aus einem Motiv der Religiosität bei ihnen?" Antwort: „Sicherlich auch, ja, aber ich haben den Beruf des Juristen, den ich 1933 ergriffen habe, unter diesem Gesichtspunkt ergriffen und habe mich auch damals bemüht, einen Beitrag dazu zu leisten."

Carstens beließ es zum Jahreswechsel nicht bei einem Zeitungsinterview. Er wandte sich in seiner unvermeidlichen Weihnachtsansprache an das deutsche Volk, um ihm fürs neue Jahr die nötige Ausrichtung zu geben. Er wandte sich in besonderem Maße an die Jugend, die er unter anderem aufrief, „mutig" zu sein „gegenüber ihren Altersgenossen, wenn diese Ihnen ihre Meinung aufzwingen wollen!" — wobei klar sein dürfte, welche Meinung hier gemeint ist. Carstens vergaß auch nicht, den Jugendlichen „unsere Bundeswehr" besonders ans Herz zu legen.

Ein originelles Rezept hat er für die „junge Generation", deren berufliche Zukunft, wie er zugab, ungewiß ist und die es schwer hat, „ihren Standort in unserer sich schnell wandelnden Welt zu finden": „...ich möchte einige ganz praktische Ratschläge geben. Ich möchte allen jungen Menschen zunächst raten, soviel wie möglich für ihre Bildung und Ausbildung zu tun. Eine gute Ausbildung erhöht die beruflichen Chancen beträchtlich". Ach ja? und vielleicht besorgt uns Carstens auch die Lehrstellen? Aber wer wird denn so engstirnig sein und nur ans Geldverdienen denken. „In unserem Lande gibt es ein breites Bildungsangebot, nutzen Sie es! Versuchen Sie, sich auch die musischen Seiten des Lebens zu erschließen: die Dichtung, die Kunst, die Musik!" Und: „Treiben Sie Sport! (...) Üben Sie auch etwas Selbstdisziplin!"

Welch eine Lebensfreude, welcher Lebensmut wird unserer Jugend durch diese herzlichen Worte des Präsidenten gegeben!

Bei soviel Heuchelei und Zynismus kann es einem hochkommen. Der Schreiber dieser Zeilen ist allerdings zuversichtlich, daß die Jugend diesem würdigen Repräsentanten eines unwürdigen Staates noch eine Musik aufspielen wird, daß ihm Hören und Sehen vergeht!

Rote Hilfe in Aktion

In diesen Tagen erscheint ein Faltblatt der Roten Hilfe Deutschlands zu dem Sigrist-Prozeß, in dem auch ein Überblick über alle der RHD bekanntgewordenen Routhier-Verfahren und -Prozesse gegeben wird. In diesen Verfahren ist die Organisation auch helfend tätig geworden.

In 13 Verfahren gegen Teilnehmer am Trauerzug bei Günters Beerdigung gab es zwei Freisprüche. Zweimal wurden Gefängnisstrafen verhängt: — sechs Monate mit Bewährung und vier Wochen Jugendarrest. 4800 Mark an Geldstrafen und 2840 Mark Schadenersatz mußten gezahlt werden.

In 127 Presseverfahren gab es siebenmal Gefängnis: insgesamt 35 Monate mit Bewährung, einmal sieben Monate ohne Bewährung und sechs Tage Jugendarrest. Drei Verfahren wurden eingestellt, bei 24 Verfahren ist der Ausgang der RHD nicht bekannt. Achtmal erfolgte ein Freispruch. 135000 Mark Geldstrafe waren zu zahlen! Dazu kamen 28400 Mark Zivilforderungen und über 100000 Mark Rechtsanwalts- und Gerichtskosten.

In laufenden Verfahren stehen noch 19000 Mark aus.

Durch unermüdlichen Sammeleinsatz der Roten Helfer und zentrale Spendenkampagnen, die von umfassender Aufklärung über den Hintergrund der Verfahren begleitet waren, brachte die RHD die großartige Summe von 101150 Mark zur Unterstützung der Verurteilten auf!

Die Arbeit der RHD war somit die stärkste Unterstützung für die verfolgten Menschen, sie hat es vielen überhaupt nur ermöglicht, die Prozesse durchzustehen. Sie hat bewiesen, daß die Rote Hilfe eine starke Kraft darstellt. Die RHD verdient das Vertrauen und die Unterstützung aller, die mithelfen wollen im Kampf gegen die politische Unterdrückung, bei der die Justiz dieses Staates eine große Rolle spielt.

Spendet deshalb auch in diesem Fall auf das Konto der RHD: 191100-462 PSA Dortmund. Stichwort: Sigrist.

„Asche-Prozeß" in Kiel

Erdrückende Beweise gegen SS-Verbrecher

Beispielhafte Arbeit der Kieler Antifaschisten

KIEL. — Am 5. Januar fand der erste Verhandlungstermin dieses Jahres im Prozeß gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Kurt Asche statt, der mitverantwortlich für die Deportation von über 25000 belgischen Juden ins Vernichtungslager Auschwitz ist. (Über Beginn und Hintergrund des Verfahrens siehe „Roter Morgen" Nr. 49/80.) An diesem und den vorhergegangenen Prozeßtagen wurde die verbrecherische Tätigkeit Asches als „Judenreferent" des SD im besetzten Belgien durch zahlreiche Dokumente und Aussagen belegt. Asche selbst, der seine Verteidigung auf die Behauptung aufbaut, er habe „von nichts gewußt, nichts gesehen, nichst gehört, nichts gemacht" und sei eigentlich die ganze Zeit hindurch mit der Aufarbeitung alter Akten beschäftigt gewesen, verwickelte sich an einigen Punkten in offensichtliche Widersprüche.

Beweise für Asches Schuld ergaben sich unter anderem aus den protokollierten Aussagen inzwischen verstorbener „Mitkämpfer", alter Faschisten, die in früheren Prozessen aussagen mußten, und einiger überlebender Nazis. Obwohl sie auch mit Sicherheit viel verschwiegen, belasteten ihre Ausführungen Asche schwer. Sie bekundeten, daß er Ausschreitungen und Mißhandlungen an Juden nicht nur geduldet, sondern selbst durchgeführt hat. Ebenso wurde bezeugt, daß er „völlig selbständig" und eigenverantwortlich gearbeitet hat und sehr wohl Mitverantwortung für die Deportation trug. Er sei auch über das Schicksal der verschleppten Menschen im Bilde gewesen.

Asches Behauptungen, er hätte selbst kaum mit Juden zu tun gehabt, mußte er bereits am zweiten Verhandlungstag zurücknehmen. Am siebten Tag widersprach er selbst seiner bisherigen Darstellung, er habe nur alte Akten aufgearbeitet: „Nein, da waren auch Besprechungen, möglicherweise über allgemeine Angelegenheiten der Judenverwaltung."

Am 15.12., dem fünften Verhandlungstag, hatten die Vertreter der Nebenkläger, der Ostberliner Anwalt Prof. Friedrich Kaul und der Kieler Anwalt Dr. Jürgen Hacker, einen von Oberstaatsanwalt Horst Richter eingebrachten Antrag auf Haftbefehl gegen Asche energisch befürwortet. Kaul meinte, es sei grundsätzlich unverständlich, daß gegen Angeklagte, denen NS-Gewaltaten vorgeworfen werden, nicht von vornherein von Haftgründen Gebrauch gemacht würde. Dadurch hätten sich inzwischen Hunderte von Naziverbrechern der Strafverfolgung entziehen können, zumal es in ihrem Alter nicht schwer sei, sich in „Haftunfähigkeit" zu versetzen.

Das Gericht wies den Antrag ab. Unter anderem behauptete es, noch nichts Konkretes über die Eigenverantwortlichkeit des Angeklagten bei den ihm zur Last gelegten Taten gehört zu haben. Kaul legte inzwischen Beschwerde ein.

An mehreren Prozeßtagen waren Menschen anwesend, die persönlich unter den Untaten Asches und seiner Komplizen gelitten oder deren Angehörige durch diese Verbrechen zu Tode gekommen waren. Bereits erwähnt wurde die jüdische Delegation. Am 5.1.81 erschien eine Gruppe belgischer Widerstandskämpfer mit ihren Traditionsfahnen im Gerichtssaal. Unter Führung des Belgiers van Hees (auf dem Foto links im Mittelgang stehend) hatten seinerzeit 250 dieser Kämpfer einen aus dem Sammellager Mechelen ab-



gehenden Transportzug überfallen und 100 Juden vor dem Tod in Auschwitz gerettet.

An öffentlichem Interesse herrscht bei diesem Prozeß kein Mangel. Bisher mußten bis auf einen Verhandlungstag zwei Tage vor Weihnachten, immer Menschen draußen bleiben, weil der Saal überfüllt war. Seit dem 15.12. sind ständig Schulklassen im Gericht anwesend!

Erfolgreiche Arbeit der Antifaschisten

Immer weitere Kreise zieht inzwischen die Arbeit des Arbeitskreises Asche-Prozeß, immer mehr Menschen arbeiten dort mit. Mehr als 60 Menschen, teils als Vertreter verschiedener Organisationen, vor allem aber als Einzelpersonen, haben ihre Unterstützung bekundet und arbeiten, ihren Möglichkeiten entsprechend, zum Teil regelmäßig mit.

„Wir appellieren an die verschiedenen Behörden und Lehrer, Vorkehrungen zu treffen, um Schülern den Zugang zu den Gerichtsverhandlungen zu ermöglichen. Die Chance, den Schülern das dunkelste Kapitel ihrer Geschichte gegenwärtig zu machen, sollte diesmal nicht vertan werden." So heißt es in der Presseerklärung der jüdischen Delegation. Auch für die Verwirklichung dieses Appells setzt sich der Arbeitskreis ein, zum Beispiel mit einem Brief an die Lehrer. Kontakte zur GEW wurden aufgenommen. Überhaupt ist der Kreis die Hauptkraft bei der Mobilisierung eines nicht abreißenden Zuschauerstroms.

Und es gibt noch weitere gute und vorbildliche Aktivitäten:

In Dezember wurden zwei Stände durchgeführt, bei denen unter anderem ein Stimmungsbild der Kieler Bevölkerung zum Asche-Prozeß eingeholt wurde. Auf vier Stelltafeln sollten Kieler ihre Meinung sagen, welche Strafe sie für Asche fordern. Es gab die Möglichkeiten: Freispruch; sechs Jahre Haft; 12 Jahre Haft; lebenslänglich. Etwa 150 Menschen gaben ihr Urteil ab. Die überwältigende Mehrheit plädierte für „lebenslänglich"! Weit weniger für 12 Jahre, noch weniger für sechs Jahre, und nur eine Handvoll für Freispruch.

Es werden Briefe geschrieben an die israelische Gruppe, zu der schon Kontakt besteht, und an das belgische Komitee. Die Kieler wollen den Zeugen aus diesen Ländern Übernachtungsmöglichkeiten und Betreuung anbieten, um ihnen die Teilnahme am Prozeß und die Wahrnehmung ihres Rechtes auf Zeugenaussage zu ermöglichen.

Wie berichtet, leistete der Kieler Kreisverband der VOLKSFRONT die Vorarbeit für das Zustandekommen des Arbeitskreises. Die Kieler Antifaschisten geben ein gutes Beispiel für wirksame Volksfront-Arbeit. Es wurde eine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und vielen Unorganisierten erreicht, die für jeden auf den konkreten gemeinsamen Forderungen („Für ein gerechtes Urteil im Asche-Prozeß!" und „Für ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen!") die Möglichkeit zur aktiven Tätigkeit gibt. Diese gemeinsame Arbeit ist die beste Grundlage, um für die Durchsetzung des Volksfront-Gedankens zu werden. „Der AK bietet uns eine gute Möglichkeit, durch unsere Arbeit bei vielen Menschen bekannt zu werden als VOLKSFRONT und durch unsere praktische Tätigkeit zu zeigen, daß wir es ernst meinen mit unseren Zielen, die wir bislang (Wahlkampf) mehr propagandistisch vertreten haben." So heißt es in einem Rundbrief des Kieler Kreisverbandes. Wie die von allen gemeinsam beschlossenen Forderungen zeigen, bietet der im Arbeitskreis erreichte Zusammenschluß die Möglichkeit zur gemeinsamen antifaschistischen Arbeit über den Prozeß hinaus, zum Beispiel für das Verbot der Neonazis eintritt und dazu unter anderem Unterschriften sammelt — das ist eine lebendige Lehre aus den Verbrechen von Asche und Kumpanen.

Auch im Zusammenhang mit dem 30. Januar wird der Arbeitskreis aktiv. Zum einen ist als ein Höhepunkt seiner Arbeit eine Veranstaltung mit dem Ehepaar Klarsfeld vorgesehen, und zum anderen wird er sich sicher an dem geplanten Fackelzug am 30. Januar beteiligen.

Wer weitere oder regelmäßige Informationen über den Asche-Prozeß haben möchte, kann sich an die Kontaktadresse des „arbeitskreises" wenden: Karl-Heinz Eser, Muhliusstraße 36, 2300 Kiel 1.

Dönitz-Beerdigung

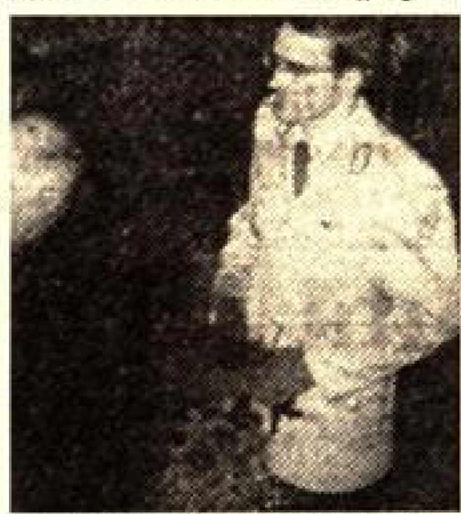
Aufmarsch der finstersten Reaktion

Auch hohe Politiker und Militärs waren dabei

Zu einer Großdemonstration der finstersten faschistischen, revanchistischen Reaktion geriet erwartungsgemäß die Beerdigung des Kriegsverbrechers und Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz in Aumühle, bei Hamburg. Unter den 5000, die an Dönitz' Leiche vorbeizogen, war die „Prominenz" der Hitlerschen Wehrmachtsführung angetan mit faschistischen Orden, Vertreter des immer noch nicht ausgestorbenen deutschen Adels, Neo-Nazi-Terroristen, Vertreter der Bundeswehr und westdeutsche Politiker. Trotz des unter dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit verfügten Uniformverbots für Bundeswehrangehörige waren mindestens zwei Offiziere in voller Montur erschienen.

Dabei waren unter anderem: Nazi-Oberst Rudel, der heute noch einer der aggressivsten Propagandisten des Neofaschismus in Westdeutschland ist. Er verteilte Autogramme auf den Programmzetteln für die Trauerfeier und konnte sich des Andrangs kaum erwehren. Nicht weit von ihm sah man Mitglieder der Gruppe von Michael Kühnen, einer der wenigen Neonaziverbrecher, die zur Zeit im Gefängnis sitzen. Kränze kamen von Soldaten- und Vertriebenenverbänden, die auch ihre Banner mit faschistischen oder kaiserlichen Farben aufpflanzten und ihre revanchistischen Forderungen bekräftigten. Kränze kamen auch von Rudolf Heß aus dem Spandauer Gefängnis, von Nazi-Major Reder, der als Kriegsverbrecher in Italien einsitzt und von der Waffen-SS. Und es kam ein Gebinde des faschistischen Rechtsanwalts Manfred Röder, der zur Zeit untergetaucht ist. Roeder wird unter anderem wegen der Verantwortung für Anschläge auf Ausländer gesucht. Auch Neonazi-Führer Geiss sandte einen Kranz. Es fehlten nicht Kränze von ausländischen faschistischen Organisationen, ebensowenig wie von Hugo Stinnes oder der Fürstin Bismarck.

Zu den anwesenden Politikern gehörten Uwe Barschel (CDU), Innenminister von Schleswig-Holstein und Bundestagsabgeordneter Olaf von Wrangel (CDU). Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Friedrich Zimmermann, sandte ein Telegramm, in dem er Dönitz als einen „tapferen Soldaten" bezeichnete, der „wie Millionen andere in den beiden Weltkriegen seine Pflicht erfüllt" habe!



Bundeswehroffizier bei Dönitz-Begräbnis.

Die Ansprache hielt Konteradmiral a.D. Edward Wegener, ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber für die Ostseezugänge. Er lobte Dönitz als einen großen, verdienstvollen Soldaten. Sein auf soldatischen Tugenden beruhendes Führertum habe aus den U-Boot-Männern eine Gemeinschaft gemacht, „die, stolz im Erfolg, schließlich einen Opfergang gegangen ist, der an antike Vorbilder erinnert".

Dönitz sei einer der Besten gewesen, die aus der alten Marine hervorgegangen seien: „Sein Leben war gegründet auf die Tugenden die zu Unrecht so viel geschmähten kaiserlichen Seeoffizierskorps: Ehrenhaftigkeit, aufopfernde Hingabe an die Aufgabe, Vaterlandsliebe und unwandelbare Treue zur Staatsführung."

Opfergänge waren bekanntlich auch die Spezialität der kaiserlichen Seeoffiziere, die, als der Erste Weltkrieg bereits verloren war, die deutsche Flotte noch in eine aussichtslose Seeschlacht gegen England schikken wollten, um sie „ruhmvoll" untergehen zu lassen. Bekanntlich kamen ihnen damals die Matrosen mit ihrem Aufstand, der die deutsche Revolution von 1918 einleitete, zuvor. **Wäre es doch den deutschen Arbeitern und Soldaten damals gelungen, das ganze Offizierspack und die Gesellschaftsordnung, das diese Menschenfeinde hervorbringt, mit Stumpf und Stiel auszurotten! Viel Leid wäre dem deutschen Volk erspart geblieben.**

Daß heute noch in Westdeutschland ein derartiger Aufmarsch der finstersten Reaktion möglich ist, mit Duldung und unter Beteiligung verantwortlicher Politiker und Militärs, macht uns die Notwendigkeit des kompromißlosen antimilitaristischen und antifaschistischen Kampfes noch deutlicher.

Gesetzesvorlage geht an den Bundestag

Bundesrat einstimmig gegen Asylrecht

Die von langer Hand vorbereiteten neuen Anschläge auf das Grundrecht auf politisches Asyl nehmen immer konkretere Formen an. Auf der Grundlage der Mitte November von den Justizministern der Bundesländer gefaßten Beschlüsse einigte sich der Bundesrat am 19. Dezember auf einen Gesetzentwurf zum Asylrecht, der eine „Beschleunigung der Asylverfahren" zum Ziel hat. Die Justizministerbeschlüsse waren unter anderem von amnesty international als „ein weiterer Schritt zur Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl" bezeichnet worden (vgl. „Roter Morgen" Nr. 50/80). Die Minister wurden aufgefordert, von den getroffenen Vereinbarungen Abstand zu nehmen. Umsonst: Die Entscheidung des Bundesrats wurde einstimmig getroffen.

Dementsprechend wird sich der Bundestag demnächst mit dem Gesetzentwurf zu befassen haben. Hier die vorgesehenen Punkte im Zusammenhang:

Asylbewerber haben sich bei der Ausländerbehörde ihres Einreise- oder Aufenthaltsortes zu melden. Ihr Antrag muß persönlich gestellt und begründet werden. **An das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf (Bayern) gelangt der Antrag nur noch dann, wenn ihn die Ausländerbehörde nicht gleich selbst als „unbeachtlich" einstuft.** „Unbeachtlichkeitsgründe" sind: — vorangegangene Gewährung von Schutz oder Anerkennung als Flüchtling in einem anderen Land —, Verletzung der Mitwirkungspflichten, insbesondere der Pflichten des Bewerbers, sich unverzüglich zu melden —, **offensichtliche Unbegründetheit oder Rechtsmißbräuchlichkeit des Antrages.** Besonders dieser letztgenannte Punkt läßt der Willkür alle Türen offen. Ohne die Chance auf ein ordentliches Verfahren kann der Asylant sofort wieder über die Grenze abgeschoben werden! Da hilft ihm auch das Recht auf Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht kaum — **denn eine solche Klage hat keine aufschiebende Wirkung.**

Kommt es zu einem Verfahren, kann das Verwaltungsgericht statt der bisher vorgesehenen Kammer mit drei Richtern einen Einzelrichter mit dem Fall beauftragen, wenn es diesem „keine grundsätzliche Bedeutung" und „keine besonderen Schwierigkeiten" attestiert. Hier findet also eine Vorausbeurteilung statt. Eine Berufung gegen das Gerichtsurteil soll nur noch zulässig sein, wenn das Gericht selbst sie ausdrücklich zuläßt. Und das soll unter einem Einzelrichter offensichtlich nie der Fall sein, denn einer der Zulassungsgründe ist die „grundsätzliche Bedeutung" der Rechtssache. (Der andere Grund lautet „Abweichung von obergerichtlicher Rechtsprechung".) Die Entscheidung über die Nichtzulassung der Berufung soll unanfechtbar sein.

Nur bei den Verfahren, die über diese Hürden hinweg zum Zirndorfer Bundesamt gelangen, bleibt es bei den drei verwaltungsgerichtlichen Instanzen mit der Möglichkeit zu Berufung und Revision.

Trotz teilweiser Bedenken, die von FDP-Politikern gegen die Machtbefugnis der örtlichen Ausländerbehörden geäußert wurden, ist mit einer Zustimmung des Parlaments zu diesem Gesetz zu rechnen. Die Einschränkung des Asylrechts ist Bestandteil der chauvinistischen, volksfeindlichen Politik der herrschenden Klasse, die sich in den Zeiten der Krise verschärft, aggressiver wird. Sie gehört daus ebenso wie die Ausländerhetze und die offene Zusammenarbeit mit ausländischen faschistischen Regime.

In italienischen Gefängnissen:

Unmenschliche Haftbedingungen

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Ein Korrespondent aus Berlin, Mitarbeiter der „linkskurve", schickte uns ein Schreiben von Franca Rame, Mitverantwortliche des Theaterkollektivs „La Comune" unter Leitung Dario Fos, an amnesty international, in dem sie auf die katastrophalen Verhältnisse in italienischen Gefängnissen hinweist, sowie die Aufzeichnungen einer Unterhaltung mit ihr zu diesem Thema.

Allein im Dezember wurden in Italien zwei Fälle von Selbstmord bekannt — ein Gefangener (Luciano Mioni in Padua) erhängte sich im Gefängnis, ein anderer — Alberto Buonconto — kurz nach der Entlassung (nach vier Jahren in einem Sondergefängnis) in seiner Wohnung. Die Haftbedingungen sind oft unmenschlich und führen bei vielen zu Krankheit und Tod. Gegen diese Umstände kommt es immer wieder zu Revolten.

Unter den Gefangenen sind auch wirkliche (vor allem aber angebliche) Anarchisten und Terroristen. F. Rame schreibt dazu: „Wie kann der italienische Staat für sich in Anspruch nehmen, die Wunde des Terrorismus, die so viele menschliche Leben gekostet hat, abgesehen von welcher Seite, zu heilen, wenn er selbst kriminell und terroristisch ist und als erster die grundlegendsten Menschenrechte vergewaltigt, indem er nicht nur die verfassungsmäßigen Freiheiten mit Füßen tritt, sondern auch jene einfachsten menschlichen Prinzipien und jenen guten Willen, die Stärke einer zivilisierten Menschheit sein sollten?"

Frau Rame fordert die Einrichtung einer internationalen Kommission, die „sich rührt und meine Anklage bestätigt".

Hier nun Auszüge aus dem Gespräch:

Korrespondent (K.): Seit einiger Zeit führt ihr eine Kampagne, die sich das Ziel gesetzt hat, die Zustände in den italienischen Gefängnissen zu verändern.

F. Rame: Wir führen diese Kampagne, die vier Punkte umfaßt, seit November 1980. Wir fordern: 1. Schließung des Asinara-Gefängnis, das ein wirkliches Lager-Gefängnis ist, in dem die Gefangenen in unbeschreiblicher Art und Weise behandelt wurden; 2. **Nein** zur Vorbeugehaft, die, bis der Prozeß geführt wird, in Italien bis zu zwölf Jahren (!) betragen kann; 3. **Ja** zur Verteidigung der Gesundheit in den Gefängnissen; 4. Schließung aller Sondergefängnisse, weil diese Gefängnisse nicht für die Sicherheit des Staates eingerichtet wurden, sondern um die inhaftierten Personen auszurotten.

K.: Wir haben in Deutschland die Erfahrung mit Stammheim gemacht …

F. Rame: Da wir ja bekanntlich voller Erfindungsgeist sind, haben wir jetzt Deutschland sogar übertroffen. In Trani ist eine große Revolte ausgebrochen, die wahnsinnige Sachen mit sich gezogen hat. Seit drei Tagen können die Verwandten nicht ihre Leute sehen. Man weiß, daß es viele Verletzte gegeben hat, die man in Krankenhäuser gebracht hat. Einer, dem beide Hände gebrochen wurden und der 30 Tage im Krankenhaus bleiben sollte, wurde nach zwei Tagen mit eingegipsten Armen ins Gefängnis zurückgebracht.

K.: Welche Wirkung haben diese Kampagnen?

F. Rame: Bei diesen Volkskampagnen haben wir die Möglichkeit, Tausende und Abertausende von Menschen einzubeziehen. Wir haben eine große Glaubwürdigkeit, die wir uns in jahrelanger, ernsthafter Arbeit erobert haben. Diese Kampagnen, die demokratischen Charakter haben, konnten große Erfolge verbuchen. Zum Beispiel ist es uns gelungen, im August, wo alle Menschen ans Meer und in Urlaub fahren, unglaublich viele Unterschriften zu sammeln, daß Oreste Scalzone, der nur noch 42 Kilogramm wog und an der berüchtigten Gefängniskrankheit litt, das heißt, er konnte das Leben im Gefängnis nicht mehr aushalten, zu befreien. Diesem Jungen, der jetzt entlassen ist, gelingt es nicht, sich zu erholen. Sein organischer Verfall scheint unheilbar geworden zu sein (…).



Franca Rame bei einer Theatervorstellung vor einem Fiat-Tor während des Streiks im Herbst 1980.

Wichtig ist noch folgendes zu sagen: Es ist nicht so, daß ich wegen der Tatsache, daß ich mich um die Gefängnisse kümmere, unbedingt die politische Haltung derjenigen, die in den Gefängnissen sitzen, teile. Aber, ich sage folgendes: Ich kann mit der politischen Haltung nicht einverstanden sein, aber bei Gott, ich verteidige zutiefst dein Recht weiterhin ein Mensch zu sein, weil du ja mit dem Gefängnis schon für deine Straftat bezahlst, falls du überhaupt etwas angestellt hast. Da muß man wachsam sein, denn es sitzen in den Gefängnissen mindestens 1 000 bis 1 200 Personen, die nichs gemacht haben. Leute, die wahllos verhaftet wurden, einige haben bis heute noch keinen Richter gesehen.

K.: Das sind diejenigen, die man Unterstützer nennt?

F. Rame: Ja, diejenigen, die man für solche hält. Verstehst du, ich verteidige zutiefst dein Recht auf Leben. Wenn du mit dem Verlust der Freiheit für deine Straftat büßt, falls du sie überhaupt begangen hast, so ist das nicht gerade wenig. Aber es muß dir doch erlaubt werden, am Leben zu bleiben, weil mit dir die ganze Familie ins Gefängnis wandert, du zahlst viel, aber die Familie noch mehr. Es sind Leute, die den Arbeitsplatz verlieren, Leute, die unbeschreibliche Reisen in Kauf nehmen müssen, um ihre Angehörigen in den Gefängnissen zu besuchen, man verwehrt ihnen den Besuch, die Lebensmittelpakete werden zurückgehalten, zerstört oder nach 20 oder 30 Tagen übergeben, wenn der Inhalt schon verdorben ist. Ich meine, man will diese Revolten, man will diese Spannungen erzeugen, weil sie dem Staat dienlich sind, der dann sagen kann: Da seht ihr, wie böse die Terroristen sind, wie böse die Gefangenen sind.

K.: Werden diese Kampagnen die Ihr durchführt, von der Arbeiterklasse, von den Werktätigen mit Interesse verfolgt?

F. Rame: Ich sage Dir, daß die meisten der von mir durchgeführten Kampagnen nicht nur von der Arbeiterklasse verfolgt werden, sondern einige wurden sogar von der Arbeiterklasse durchgeführt. Ich war dann praktisch diejenige, die koordinierte. Aber wenn es notwendig ist, daß, sagen wir zum Beispiel 20 Betriebe sich in einem Komitee zusammenschließen, um die Haftentlassungen einer Person zu fordern, trete ich überhaupt nicht auf, ich übernehme dann höchstens eine Handarbeit. Wenn ich eine Kampagne starte, ist es so, daß die Arbeiter, die in die Vorstellung kommen, sich ihre Unterschriftenlisten abholen, sie in den Betrieb mitnehmen, unterschreiben lassen und mir wieder zurückbringen. Es gibt auch finanzielle Unterstützung. Stelle Dir vor, wenn ich die Briefe öffne, eine Sache, die micht zutiefst bewegt. Du mußt genau verstehen weshalb. Ich öffne die Briefe, die wegen der einen oder anderen Kampagne ankommen und finde 500 Lire drin. Es kommen auch 100000 Lire an, ohne eine Quittung dafür zu verlangen. Die Leute schicken mir 100000 Lire für eine Kampagne und schreiben dazu, ich bin Arzt, Krankenpfleger oder Rechtsanwalt. Aber bei den 500 Lire heißt dies, daß sie sich jemand an den Zigaretten abspart (…). Es ist dieses unglaubliche Vertrauen. Die Leute wenden sich auch wegen der absurdesten Sachen an mich. Zum Beispeil, wenn die Tochter in der Schule nicht versetzt wurde usw. Sie glauben dann, ich könnte etwas unternehmen. In Wirklichkeit sind die Freiräume sehr gering geworden. Ich kann sehr wenig machen. Ich kann gerade noch den einen oder anderen bitten, mir einen Freundschaftsdienst zu erweisen, und den einen oder anderen Brief abzudrucken. Inhalt der Briefe ist dann eine Analyse, ein bescheidener Versuch aufzuzeigen, weshalb es den Terrorismus gibt. Sachen die sich niemand zutraut, zu sagen.

Alle fragen, wie kann man den Terrorismus bekämpfen? Sollen sie doch damit beginnen, soziale Gerechtigkeit einzuführen. Dann verschwindet der Terrorismus. Sollen sie doch die Renten so gestalten, daß man davon leben kann, sollen sie doch eine wirklich kostenlose Schule für alle einführen, anständige Krankenhäuser bauen, Wohnungen, Arbeit, Arbeit! Fiat errichtet in der ganzen Welt neue Fabriken und wir in Italien haben mehr als 1,5 Millionen Arbeitslose. Man weint über das Heroin, die Drogen. Eine andere Wunde, die aber der Staat erlaubt. Denn du kannst mir nichts erzählen, wenn der Staat das Heroin verschwinden lassen möchte, könnte er es innerhalb von einer Viertelstunde. Aber es kann nicht verschwinden, weil das Heroin die Mafia ist und die Mafia ihre Leute im Staatsapparat hat. Es sind doch Milliarden und Milliarden um die es da geht. Laß uns die Renten vergleichen. Warum muß ein General 12 Millionen Lire Pension im Jahr bekommen und ein armer Teufel, der sein ganzes Leben lang geschuftet hat, nur 140000, 200000 oder höchstens 300000 Lire Rente im Jahr? Dies sind also die Fragen die gelöst werden müssen.

K.: Rechnest Du damit, daß Deine Erklärung in der Presse abgedruckt wird?

F. Rame: (…) Wenn ich meine Briefe oder Erklärungen an die Presse der ganzen Welt schicke, interessiert mich vor allen Dingen eine Sache, nämlich, daß die Menschen über den Inhalt reden, damit wir aus diesem Schlamm, aus dieser Nebelwand in der wir uns befinden, herauskommen. Wir haben in Kürze Premiere mit unserem neuen Stück, das heißt, daß täglich 1800 Zuschauer kommen und von diesen mindestens 1000 ihren Namen unter die Unterschriftenlisten setzen, Unterschriftenlisten und Flugblätter mitnehmen, sie in die Betriebe tragen usw. Wichtig ist zu mobilisieren, um das Bewußtsein zu wecken.

3 000 gegen die F.A.G.

Volkskorrespondenz aus Rüsselsheim

Protest erleuchtet die Gassen Flörsheims/Main am 10. 12. 80, nachdem die Bürgerinitiativen samstags zuvor auf einer machtvollen Kundgebung in Rüsselsheim jeden zur Teilnahme aufgerufen hatten.

Mit einem eindrucksvollen Fackelzug durch die Straßen des Untermain-Städtchens tat man seinen Unmut kund, gegen den schmählichen Verrat an der Bewegung der geplante Waldverkauf der Gemeinde an die Flughafengesellschaft Frankfurt — FAG, just bevor die Parlamentarier am nächsten Tag zur Abstimmung antreten werden. 17 Millionen Mark werden bei diesem Kuhhandel für die Gemeinde herausspringen!

3000 Startbahngegner waren dem Ruf der Bürgerinitiativen gefolgt und auch eisiger Wind schreckte sie nicht ab, zu demonstrieren, getrieben von der Hoffnung, an den Verkaufsabsichten der CDU-Mehrheit im Stadtparlament noch was ändern zu können!



Ein Eindruck vom Fackelzug

Das Polizeiaufgebot war „nur" „vorsorglich" — aber sie waren da.

Der Fackelzug endete mit einer Kundgebung und einem Appell an alle Stadtväter, nicht aus der Solidaritätsfront auszubrechen, wie es die Flörsheimer getan haben (inzwischen soll auch der Bürgermeister aus Bischofsheim, Dorr, feste Verkaufsabsichten geäußert haben).

Der in aller Stille mit der FAG ausgehandelte Vertrag wurde von der SPD abegelehnt. Mit schnödem Mammon habe man sich einfangen lassen und obendrein 6,2 Millionen Mark Schmiergeld von der FAG kassiert!

Als sich die Debatte am Donnerstag abend dem Ende neigte, stürmten 100 von 300 Zuhörern die Reihen der Parlamentarier mit Trillerpfeifen. Diese suchten schlagartig das Weite. Tische und Stühle flogen um. Bereitschaftspolizei drang in den Saal. Es kam zu Handgreiflichkeiten. Sanitäter wurden gerufen! Hinter verschlossenen Türen stimmten die CDUler für den Verkauf, während die SPD sich gegen den Verkauf stellte.

Eine RM-Leserin aus Rüsselsheim

Wir danken unserer Leserin für ihren Bericht. Wir bitten sie, sich wegen einer Kritik an der Verwendung eines früheren Leserbriefes nochmals mit uns in Verbindung zu setzen — durch ein Versehen ist der Briefumschlag mit ihrem Absender weggeworfen worden, sodaß wir nicht antworten können!



Polizei in der Stadtverordnetenversammlung

Zur neuen Platte von Wolf Biermann

Sind Kampflieder überflüssig?

„Eins in die Fresse, mein Herzblatt“ hat Biermann seine neue Doppel-LP genannt. Es ist der Mitschnitt eines Konzerts, in der Volksuni Westberlin, das der Liedermacher schon im vergangenen Mai gegeben hat. Die Platte ist jedoch erst im November erschienen. Sicher kein Zufall.

Denn „Eins in die Fresse“ ist Biermanns Beitrag zum Bundestagswahlkampf gewesen. Und offensichtlich hat es seine Plattenfirma CBS vorgezogen, mit der Veröffentlichung bis nach dem 5. Oktober zu warten. Und das ist wahrhaftig nicht wunderlich. Biermann ist heute nicht mehr der von den Medien herumgereichte prominente DDR-Dissident. Er hat sich inzwischen auf die Verhältnisse in diesem Land eingelassen. Und das hat Konsequenzen für ihn gehabt. Die ihm noch vor vier Jahren so überaus wohlgesonnene bürgerliche Presse hat sein Liederprogramm zur Wahl — wo sie es überhaupt zur Kenntnis nahm — mit Schmähungen bedacht. In den Sendern sind die Zeiten vorbei, wo Biermann zur besten Sendezeit präsentiert wurde; jetzt ist er der offenen oder heimtückisch im Verborgenen praktizierten Zensur verfallen — wie viele andere Liedermacher auch.

Gefragt ist eben nur der Dissident Biermann, der die Verhältnisse in dem Staat, der ihn vor die Tür setzte, vom Standpunkt eines fanatischen Antikommunismus aus kritisierte. Biermanns Meinung zu den Problemen seines „Exillandes“ dagegen ist nicht erwünscht. Sicher, er ist der militante Antikommunist (oder „Antistalinist“, wie er selbst es nennt) geblieben. Bei seinem neuen Programm aber schwingt das nur am Rande mit. Im Mittelpunkt steht hier die Kampfansage an die Kandidatur von Strauß.

Der Mitschnitt des Westberliner Konzerts zeigt Biermann als Liedermacher, der sein Handwerk perfekt beherrscht. Was hier beim ersten Zuhören als lässige Spontaneität im Vortrag, im Umgang mit dem Publikum erscheinen mag, ist tatsächlich hart erarbeitet und zur Routine ausgefeilt. Biermann selbst macht daraus übrigens kein Hehl. Im Beiheft zur Platte schreibt er: „Perfektion und Routine im Vortrag sind nötig, damit der Sänger noch Kräfte übrig hat, das Publikum noch heftig auf sich wirken zu lassen. Paradox: Nur solche Routine bewahrt davor, zum Routinier zu werden. Ein festes Programm muß vorbereitet sein, auch, damit man es jederzeit verlassen kann. 40 Prozent Nervenkraft für den Vortrag, den größeren Rest verbrauchen für die Reaktion auf die Leute! Sonst leert sich der Sänger aus.“

Eine für den politischen Künstler an sich vorbildliche Methode, die ihn davor bewahrt, das Publikum von vornherein nur zum passiven Zuhören zu verdammen. Biermann begleitet denn auch seine Lieder und Gedichte mit Kommentaren oder er unterbricht den Vortrag, um auf ein Lachen, auf Zwischenrufe und Pfeifen einzugehen. Bei genauerem Hineinhören in seine Doppel-LP erweist sich allerdings, daß dieser Dialog mit dem Publikum oft nur einen formalen Charakter hat. Biermann erlöst seine Zuhörer zwar aus der Rolle bloßer Konsumenten, billigt ihnen dann aber doch nur die Rolle von Stichwortgebern für seine schon vorbereiteten Beiträge zu.

Strauß — der „Deutsche Winter“

Immerhin macht er, und das ist gut so, von Anfang an die polemische Absicht seines Konzerts deutlich. Um zwei Dinge geht es Biermann dabei vor allem: die richtige Wertung der Strauß-Kandidatur und die Auseinandersetzung mit den Grünen. Beides ist miteinander verbunden, denn der Liedermacher muß ja von der Erfahrung ausgehen, daß die Grünen und ihre Anhänger Strauß und Schmidt unterschiedslos gleichzusetzen pflegen. Die Polemik wird eröffnet mit einem Song voller einfacher und zugleich eindringlicher Bilder vom Wechsel der Jahreszeiten, mit denen Biermann an die vor allem unter Intellektuellen beliebte Metapher vom Deutschen Herbst anknüpft:

„Schmidt, das ist der Deutsche Herbst
Zieht euch warm an, Kinder!
Wenn erst Strauß das Sagen hat,
Kommt der Deutsche Winter.
(...)
und die Grünen grünen grün
sie grünen so grün
und sie grünen schwarz
und sie grünen rosarötlich
und die Gefahr
daß Strauß uns blüht
ist tödlich.“

Schön in ihrer drastischen Bildlichkeit sind auch das Starfighter-Lied über Strauß und das Deutsche Wanderslied, das dem prominentesten Wandersmann in unserem Land zugedacht ist. Gerade in solchen „Hetzliedern“, wie er selbst sie ironisch nennt, ist Biermann am stärksten. Und überzeugend verteidigt er in seinem Kommentar dazu das Recht des Liedermachers, auch mal (beispielsweise mit Tiervergleichen) „unter die Gürtellinie zu schlagen.“ Aber nicht nur der Kandidat und der Präsident bekommen einen kräftigen Schlag, sondern auch der Kanzler. In einem, allerdings insgesamt etwas flacheren Lied, heißt es:

„Schmidt und Strauß, die zwei Athleten
Beide find ich ideal!
In die Wahlarena treten
beide für das Kapital.“

Widerspruch zwischen Liedern und Kommentaren

Ein bemerkenswerter Zug an Biermanns LP ist jedoch die Tatsache, daß die meisten Lieder hinter den in den Kommentaren geäußerten richtigen Ansichten zurückbleiben. So wirft Biermann etwa den Grünen zu Recht vor, daß sie auf die großen sozialen Probleme — zum Beispiel die Arbeitslosigkeit — keine Antwort haben. In seinem Lied „Die rote Anna vom Kinderhaus“ aber, das sich direkt an die zu den Grünen übergelaufenen „Linken“ richtet, bleibt er im sentimentalen Beklagen dieses Überlaufens stecken. Auch in bezug auf den Stahlarbeiterstreik sagt Biermann viele richtige und notwendige Dinge; zur 35-Stunden-Woche, zum Verrat der IGM-Führung, zur hinterhältigen Kaltstellung des Mannesmann-Betriebsrats Knapp usw.

Im Lied „Streik bei Thyssen“ jedoch sind diese richtigen Positionen nicht aufgenommen. Es verliert sich in ein halbherzig ironischen Geplänkel gegen „Umweltfreunde“ (aufgehängt an der Tatsache, daß während des Streiks der Kohlenpott wie ein Luftkurort aussah). Der Streik selbst aber wird nicht als Ausdruck des beeindruckenden und vorbildhaften Kampfes eines Teils der Arbeiterklasse gestaltet, sondern im wesentlichen auf eine Streikposten-Idylle reduziert.

Typisch für Biermann ist es nun, daß er Kritik und Einwände gegen dieses Lied in seinem Konzert selbst aufgreift und gleich mit einem anderen Lied beantwortet. Es ist das „Lied für eine faulen Fan“, dessen erste Strophe lautet:

„Tief bewegt sein ist was Schönes
besser ist: sich selbst bewegen!
Also laß dich hier von mir nicht
an den Liederschnuller legen!
Revolutionäre Stimmung
lutschen bin ich überdrüssig:
kampfbetonte Lieder sind in
echten Kämpfen überflüssig.“

In diesem Lied steckt zugleich Biermanns ästhetisches Konzept, das auf eine konsequente Absage an die revolutionäre oder auch nur kämpferische Kunst hinausläuft. Um dieses Konzept zu begründen, muß er sich allerdings mehrerer demagogischer Tricks bedienen. Zum einen stellt er in seinem Kommentar die Kritiker am Streiklied als Studenten (!) vor, die von ihm verlangt hätten, doch mal ein richtiges schönes Kampflied zu machen, eins das mitreißt und Mut macht. Zum anderen denunziert er diese Kritiker als Leute, die selbst gar nicht kämpfen und einen Ersatz dafür in der Musik suchen würden. Damit ist der scheinbare Widerspruch konstruiert zwischen Kampflied und wirklichem Kämpfen (tief bewegt sein — sich selbst bewegen). Und die Schlußfolgerung ist dann, daß letzteres „kampfbetonte Lieder“ überhaupt überflüssig machen würde. „Menschen, die aus wirklichen Kämpfen kommen“, behauptet Biermann, „haben eine ganz deutliche Vorliebe für stille Lieder, für sanfte, kleine Menschenlieder.“

Falsche Berufung auf Eisler

So offenkundig fadenscheinig Biermanns Argumentation auch ist, in der „linken Szene“ trifft sie auf Stimmungen, die ihr entgegenkommen. So hat zum Beispiel W.F. Haug in der Zeitschrift „konkret“ den Versuch unternommen, Biermanns Konzept theoretisch zu untermauern und den Liedermacher zum legitimen Nachfolger Hanns Eislers auszurufen. Wobei er sich auf dessen Polemik gegen die Dummheit in der Musik beruft, die von Biermann angeblich weitergetrieben und praktisch umgesetzt würde. Aber was hat Eisler tatsächlich gemeint?

Mit der Dummheit in der Musik bezeichnete er eine Haltung, die meint, zur Schaffung proletarischen Liedguts genüge es, revolutionären Texten eine bürgerlich-konventionelle, eingängige Musik überzustülpen. Nun richtete sich diese Polemik aber keineswegs gegen die Massen, die ja sehr wohl — entgegen Biermanns Behauptungen — ihre Kämpfe mit Kampfliedern begleitet haben, deren Melodien sie zumeist aus reaktionärem bürgerlichen Liedgut übernahmen. (Man denke nur an die von den proletarischen Massen selbst geschaffenen Kampflieder aus der Novemberrevolution, die überwiegend auf Weisen von Soldatenliedern aus dem imperialistischen Weltkrieg gesungen wurden. Oder an die — von Intellektuellen vielbespöttelte — Tatsache, daß die Streikenden von 1969 den Schlager „So ein Tag“ zu ihrer Hymne machten.)

Aber darin drückt sich eben einerseits das Bedürfnis nach kollektiv singbaren Kampfliedern aus und andererseits die Unfähigkeit, für solche Lieder auch eine entsprechende revolutionäre Musik zu schaffen. Eislers Polemik ist in erster Linie eine Forderung, solche Kampflieder zu produzieren, bei denen der revolutionäre Inhalt und die Musik sich nicht mehr entgegenstehen, sondern eine Einheit bilden. Er selbst hat diese Forderung ja wie kein anderer eingelöst. Nicht nur mit seinen großen Massenkampfliedern, vom Komintern-Lied bis zu den in der DDR komponierten Liedern für die FDJ, sondern auch in anderen Bereichen der Vokalmusik, etwa der „Mutter“-Kantate nach Gedichten von Brecht.

Das alles hat also rein gar nichts zu tun mit Biermanns genereller Absage an das Kampflied und mit seiner Alternative, dem „stillen, kleinen Menschenlied“ — was immer das auch sein mag. Kommen wir noch einmal auf die von Biermann demagogisch ins Feld geführte „studentische“ Kritik an seinem Streiklied zurück. Gefordert wurden da ja Kampflieder, die mitreißen und Mut machen. Natürlich ist diese Forderung richtig, und es ist auch heute so, daß sie mit vollem Recht gerade von denjenigen gestellt wird, die wirklich im Kampf stehen. Denn sie brauchen solche Lieder. Und das können auch Biermanns Tricks nicht wegdeuten.



Biermann nach seinem Konzert in der Volksuni Westberlin

Verachtung der Massen

„Eins in die Fresse, mein Herzblatt“ macht nun aber klar, daß es Biermann selbst ist, der — bei allem positiven Engagement gegen die Reaktion — kein Verhältnis zum Kampf der Massen hat. Erstaunen muß beispielsweise schon die Tatsache, daß in einem Konzertprogramm, das sich ausdrücklich gegen die Strauß-Kandidatur richtet, all die vielen Kampfaktionen gegen den Kandidaten und dementsprechend auch die Erfahrungen der Anti-Strauß-Bewegung überhaupt keinen künstlerischen Niederschlag finden. Stattdessen aber zieht sich durch das ganze Programm in Liedern, Gedichten und Bemerkungen eine Anklage gegen den „täglichen kleinen Faschismus“, der nach Biermanns Ansicht gefährlicher ist als Strauß. Und das sieht dann so aus: Eine typisch deutsche Stammtischrunde delektiert sich an antisemitischen Späßen; in einem Stadion schreit es, als der Schiedsrichter einen Elfmeter gibt, von den Rängen: „Müller nach Auschwitz“; aus dem Sprechgerät eines Funktaxis quäkt ein dummer Spruch gegen „langhaarige Affen“ usw.

Gewiß ist es für einen fortschrittlichen Liedermacher auch notwendig, reaktionäre Verhaltensweisen bei einfachen Menschen zu kritisieren. In der Häufung aber, in der Biermann solche Haltungen als „täglichen kleinen Faschismus“ vorführt — und das bei gleichzeitigem Verschweigen des wirklichen Kampfes gegen Reaktion und Faschismus — drückt sich eine falsche und gefährliche Anschauung aus. Es ist die bornierte Verachtung der Massen, in denen ein dumpfes Potential für den Faschismus gesehen und denen die Schuld für alle reaktionären Entwicklungen in die Schuhe geschoben wird.

Es liegt auf der Hand, daß auf dem Boden einer solchen Haltung sich auch kein Verständnis für die Notwendigkeit von Kampfliedern entwickeln kann. Man vergleiche nur einmal Biermanns LP mit der letzten Platte von Walter Moßmann, der im musikalischen Ausdruck ja vielleicht die größte Ähnlichkeit mit Biermann hat. Moßmann greift in einigen seiner Balladen auch rückständige Verhaltensweisen bei werktätigen Menschen auf. Aber er denunziert sie nicht, sondern vermittelt ein sehr konkretes Bild der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen solche Verhaltensweisen entstehen können. Und vor allem zeigt er auch (zum Beispiel in „Anna Mack“ und „Jaime“), daß und wie sich in rückschrittlichen Vorstellungen befangene Menschen von ihnen lösen und sich zu Kämpfern entwickeln können. Damit erfüllen diese Lieder eben eine doppelte Funktion: Sie zeigen solchen Menschen, die denen ähneln, die in den Liedern besungen werden, Perspektiven für ihren eigenen Entwicklungsweg. Und den „Linken“ machen sie Mut, indem sie ihr Vertrauen in die Massen stärken und ihnen zeigen, daß sie in ihren Kämpfen nicht alleine stehen.

Biermanns neue Platte dagegen ist, trotz der gelungenen Attacken gegen Strauß, Carstens und Co., letztlich von Pessimismus und Massenfeindlichkeit, vom Mißtrauen in die Möglichkeit eines siegreichen Kampfes gegen die Herrschenden erfüllt. Seinem Publikum hat Biermann übrigens nur einen konkreten Ratschlag gegeben: Trotz alledem — SPD zu wählen.

Detlef Schneider

Trauer und Empörung über Erdal Erens Ermordung

Die Ermordung unseres Genossen Erdal Eren durch die faschistische türkische Junta war für Antifaschisten in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Anlaß, in einer Traueranzeige in der örtlichen Presse ihrem Schmerz und ihrer Empörung Ausdruck zu geben und die Bevölkerung über das wahre Gesicht der von Bonn ausgehenden Banditen in Ankara aufzuklären.
Mehrfach mußten sie allerdings erleben, unter welchem Druck die angeblich freie Presse in Westdeutschland steht und, daß es gar nicht so selbstverständlich ist, eine Todesanzeige unzensiert abdrucken zu lassen.
So schreiben etwa Antifaschisten aus Osnabrück:

„Der Türkische Arbeiterverein Osnabrück und einige Freunde hatten beschlossen, am 20.12. eine Todesanzeige für Erdal Eren in die Zeitung (NOZ) zu bringen. Der Text war folgender:

> **Wir trauern um den türkischen Antifaschisten Erdal Eren 17 Jahre Er wurde am 13. 12. 1980 von der Militärjunta in der Türkei hingerichtet. Sein Andenken wird immer in unseren Herzen bleiben.**

Unterschrieben war die Anzeige vom Türkischen Arbeiterverein und zehn türkischen und deutschen Freunden.

Die Schwierigkeiten entstanden bei der Anzeigenaufgabe. Die Angestellte am Schalter der „Neuen Osnabrücker Zeitung" ging mit dem Text erstmal zum Abteilungsleiter und kam dann mit folgendem zurück: Dieser Text kann nur mit Vorbehalt angenommen werden, weil dort „Antifaschist hingerichtet" drin stände. Es wäre eine ungewöhnliche Anzeige und sie würden für den Druck keine Garantie übernehmen.

Zu diesem Zeitpunkt ließ sich der Anzeigenleiter nicht sprechen, da er angeblich in einer Besprechung sei.

Nach einer kleinen Diskussion und Barzahlung (226 Mark) wurde der Text doch noch aufgenommen. Der Anzeigenleiter wollte uns telefonisch über den weiteren Verlauf informieren.

Nach ungefähr zwei Stunden rief er dann an und kam mit einem neuen Hindernis. An den Tatsachen wollte er nun nichts mehr verändert wissen, doch wollte er von allen zehn Unterzeichnern eine schriftliche Einverständniserklärung haben. Das hätte bedeutet, daß wir den Anzeigenschluß nicht mehr hätten einhalten können. Erst nach längerem Hin und Her ließ er

> In der Nacht von Freitag auf Samstag um 2.50 Uhr wurde der 17jährige türkische Antifaschist
>
> **Erdal Eren**
>
> in Ankara – ohne Rechtsanwalt – gehängt.
>
> Wir trauern um unseren Genossen und werden weiterhin gegen das menschenfeindliche System in der Türkei kämpfen.
>
> **Solidaritätskomitee Reutlingen**
> i. A. Holger Lange

sich überreden, unter dem Vorbehalt, daß die Unterzeichnerin, die die Anzeige aufgegeben hatte, die volle persönliche Haftung für etwaige Folgen übernähme.

So erschien sie dann doch noch. Es war gut, daß Menschen mit den unterschiedlichsten Weltanschauungen gemeinsam diese Sache durchgezogen haben. Es haben sicherlich viele diese Anzeige gelesen. Aus dem Bekanntenkreis wissen wir, daß es viele Menschen gibt, die über die Zustände in der Türkei nicht informiert sind und dadurch zum Nachdenken gekommen sind."

Und Genossen der Ortsgruppe Waiblingen der KPD schrieben:

„Die folgende Todesanzeige ist am 27.12.1980 in den Waiblinger-, Welzheimer-, Winnender- und Schondorfer Zeitung (Zeitungsverbund mit eigenem Lokalteil) erschienen. Es gab zuerst einige Schwierigkeiten, weil erst die Redaktion über die Anzeige beraten mußte. So hat

> Wir trauern um
>
> **Erdal Eren**
>
> 1962–1980
>
> ermordet am Morgen des 13. Dezember 1980 in einem Ankaraer Gefängnis, ermordet von den Putsch-Generälen, mit den Geldern der Nato und der Bundesregierung
>
> Tod dem Faschismus in der Türkei! Freiheit dem Volk!
>
> **KPD (ML)**
> **Rote Garde**
> **Rote Hilfe Deutschlands e.V.**

sich ihr Erscheinen verzögert. Außerdem wollten sie wegen des KPD-Verbots nicht „KPD" drucken, sondern nur „KPD (ML)". Die Anzeige wurde auch nicht im Familienteil bei den anderen Todesanzeigen gebracht, sondern im Geschäftsteil."

Die Redaktion „Roter Morgen" dankt allen Genossen und Antifaschisten, die auf diese Weise und ohne sich abweisen zu lassen zur Aufklärung über den Tod Erdal Erens und zur Wahrung seines Andenkens beigetragen haben.

Solidarität in aller Welt

Die Solidarität mit Erdal Eren war international, wie auch die Unterstützung des Freiheitskampfes der Völker der Türkei in allen Ländern der Erde anhält

Das deutsche Komitee „Rettet das Leben von Erdal Eren" erhielt einen Brief aus Dänemark. Darin heißt es:

„Im Namen des dänischen Komitees und der dänischen Genossen bringe ich unsere tiefe Betroffenheit zum Ausdruck über die Nachricht vom Tode Erdal Erens, den die faschistischen Generale brutal gefoltert und ermordet haben. Dieser junge Mann, der Antifaschist und Revolutionär Erdal Eren, ist nicht umsonst gestorben. Er symbolisiert den erhabenen Kampf der Völker der Türkei. Sein Andenken und das der anderen heldenhaften Antifaschisten, Söhne und Töchter der Völker der Türkei, die im Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit gefallen sind, wird für immer in unseren Herzen leben und gibt uns allen verstärkte Kraft für den zukünftigen Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Faschismus.

Wir versprechen, daß wir Antifaschisten und fortschrittlichen Menschen in Dänemark mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften fortfahren werden, die Wahrheit über die Vorgänge in der Türkei zu verbreiten, um unseren kleinen Beitrag zum Sturz der faschistischen Clique zu leisten. (...) Am 17. Dezember in Kopenhagen und am 20. Dezember in Odense hat das Komitee Demonstrationen gegen die Hinrichtung Erdal Erens und für die Solidarität mit den Völkern der Türkei organisiert."

Über eine ganz außergewöhnliche Aktion von Vertretern aller im portugiesischen Parlament vertretenen politischen Parteien berichteten die Genossen aus Portugal:

90 Abgeordnete der verschiedenen parlamentarischen Fraktionen, die in der Republikanischen Versammlung (Parlament) vertreten sind, haben beschlossen, den folgenden Text zu unterzeichnen:

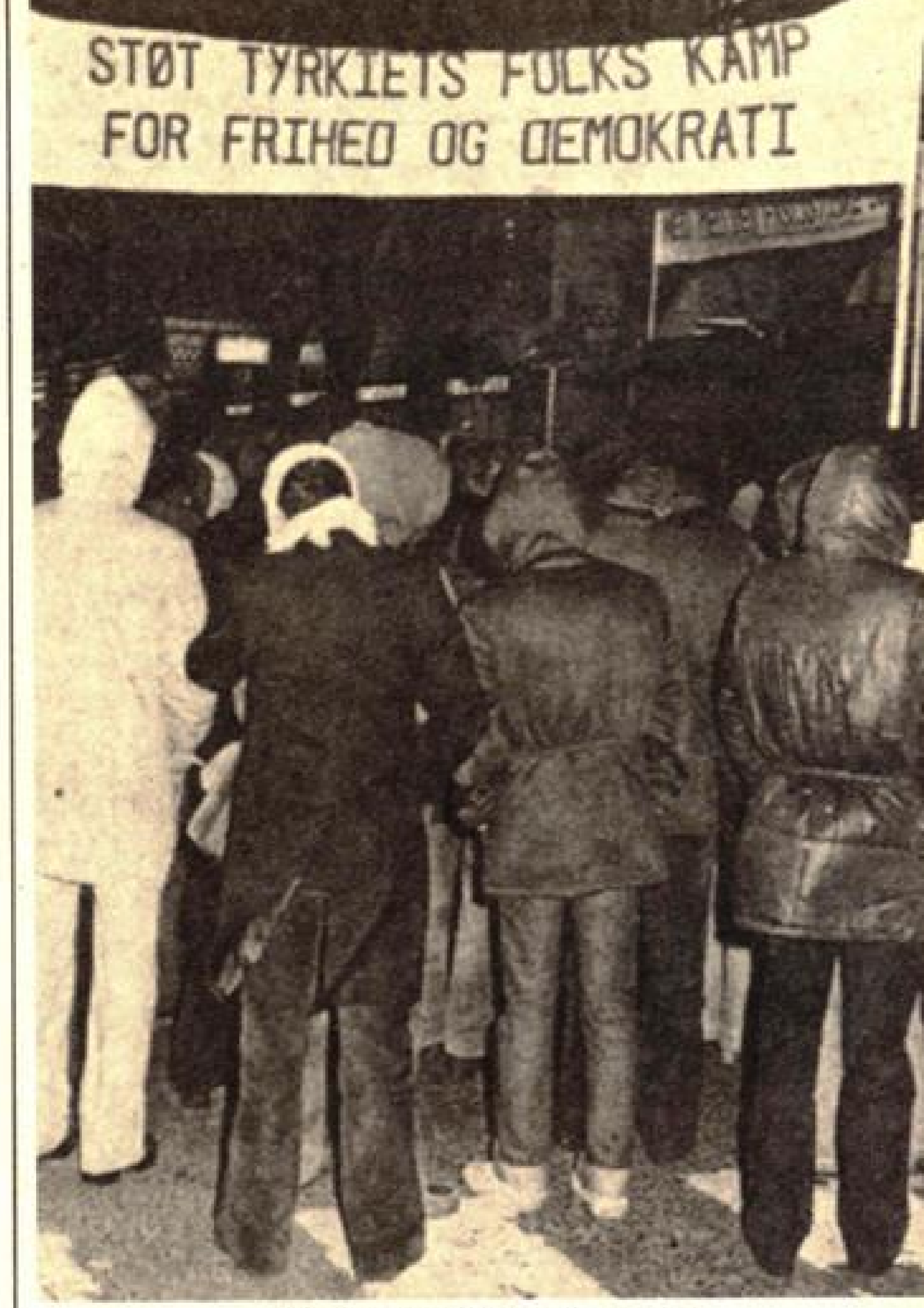
„Erdal Eren, ein Kämpfer der Antifaschistischen und Patriotischen Jugend der Türkei (YGDF) war vor dem Staatsstreich von einem Militärgericht unter der (falschen) Anschuldigung zum Tode verurteilt worden, einen Polizisten ermordet zu haben.

Indessen hatte das Gericht keinerlei Beweise für die Schuld Erdal Erens, der erst 16 Jahre alt war. Nach einer internationalen Solidaritätsbewegung wurde die Strafe aufgehoben.

Nun fordert der Ankläger, das Urteil des Gerichts nicht anzuerkennen und verlangt die Hinrichtung Erdal Erens, indem er darauf hinweist, daß die Entscheidung beim Nationalen Sicherheitsrat liegt, dessen Vorsitz der gegenwärtige, vom Staatsstreich an die Macht gebrachte Präsident der Republik, der General Kenan Evren innehat.

Da es sich um eine schwere Mißachtung der Menschenrechte handelt, fordern wir, die Unterzeichnenden Abgeordneten, daß das frühere Urteil des Gerichts wieder in Kraft gesetzt wird."

Dieser Protest wurde unter anderem unterzeichnet von den Abgeordneten Pedro Roseta und Natalia Correia von der PSD, Lucas Pires und Sanches Osorio der CDS, Manuel Algere und Tito de Morais der PS, Vital Moreira und Maria Odete Santos der PCP, Luis Coimbra und Barrilaro Ruas der PPM, Helena Cidade Moura der MDP, Cesar Oliveira der UEDS, Magalhaes Mota der ASDI und Mario Tome der UDP und von einem Solidaritätskomitee wird den Jugendlichen Erdal Eren der türkischen Botschaft in Lissabon übergeben werden.



Kundgebung in Kopenhagen

Der Hungerstreik weitet sich aus

Die am 24. 12. 1980 von Antifaschisten aus der Türkei und der Bundesrepublik begonnene Hungerstreik-Kampagne, mit der Herausgabe von Informationen über das Schicksal von in der Türkei inhaftierten Antifaschisten und die Entsendung einer unabhängigen Untersuchungskommission aus der BRD in die Türkei als Mindestes, sowie die Durchsetzung einiger anderer Forderungen erreicht werden soll, weitet sich immer mehr aus und umfaßt Städte im gesamten Bundesgebiet und selbst im Ausland.

Der Wille der Hungerstreikenden, ihren Kampf trotz inzwischen spürbarer körperlicher Mangelerscheinungen fortzusetzen, ist ungebrochen. Mehrere mußten wegen Kreislaufversagens bereits in Krankenhäuser eingeliefert werden.

Schweigen in Bonn ...

Von Seiten der Bundesregierung gab es bei Redaktionsschluß aber noch immer keine einzige offizielle Reaktion auf die beiden genannten Forderungen, obwohl man in Bonn weiß, daß ihre Erfüllung allein den Hungerstreik beenden wird, und obwohl man über den schlechten Gesundheitszustand der Betroffenen sicher bestens informiert ist.

Die Bundesregierung muß gezwungen werden, Stellung zu beziehen! Die faschistische Junta muß weltweit isoliert werden!

... Empörung im Ausland

Während sich die Bonner Regierung wieder einmal als der treueste Verbündete der internationalen Reaktion erweist, protestieren inzwischen die Regierungen und einflußreiche politische Kräfte anderer selbst kapitalistischer Länder gegen den zügellosen Terror in der Türkei. Neben der aufsehenerregenden Aktion des portugiesischen Parlaments (siehe Artikel „Solidarität in aller Welt") verurteilte auch die Regierung von Schweden nach der Ermordung von Behcet Dinlerer die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und drohte den Abbruch diplomatischen Beziehungen an. In Dänemark bildete sich eine Kommission, die in der Türkei die Folter untersuchen will; in Paris steht eine solche Kommission vor der Abreise.

Alternative Türkeihilfe

Während die Türkeihilfe der Bundesregierung mit ihren Millionen der Militärjunta in Ankara ihren Terror und ihr Überleben überhaupt erst ermöglicht, dient die alternative Türkeihilfe der Unterstützung des kämpfenden Volkes. Ihr stehen keine Millionen zur Verfügung. Aber die Spenden, die im Geiste des proletarischen Internationalismus, der internationalen Solidarität aller antifaschistischen Menschen, auf ihr Konto eingezahlt werden, kommen direkt der Bevölkerung in der Türkei, den Angehörigen der Folteropfer zugute.

Die alternative Türkeihilfe hat das Konto: Spendenkonto Jürgen Roth, Deutsche Bank, Frankfurt, Bankleitzahl 500 700 10, Kontonummer 401 23 57/01.

In der „Frankfurter Rundschau" berichtete J. Roth am 22.12.1980 über die Folter in der Türkei: „...ein Verhafteter wird nach seiner Verhaftung zuerst in einen Untersuchungsraum geschafft, muß sich nackt ausziehen und wird dann an seinen Armen aufgehängt. Ohne daß ihm Fragen gestellt werden, wird er durch Elektroschocks gequält und 15 Minuten lang geschlagen. Erst dann beginnt die Befragung nach seinem Beruf, seinen Verbindungen, Freunden, Bekannten. Die Folter wird intensiviert, wenn er über politische Verbindungen und Aktivitäten befragt wird..."

Die Bonner Regierung hat durch ihre Finanzierung der Folterknechte eine schwere Blutschuld auf sich geladen. Aufgabe der Demokraten und Antifaschisten in unserem Land ist es, die Bonner Hilfe für das türkische Regime noch entschiedener zu bekämpfen und die fortschrittlichen Kräfte in der Türkei zu unterstützen.

Vorschlag für eine Untersuchungskommission

Am 7. Januar erklärten sich der Schriftsteller Heinrich Böll, die katholische Theologin Dorothee Sölle und der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik bereit, zusammen mit einer Kommission an Ort und Stelle die gegen die türkische Junta wegen der Folterungen an Gefangenen erhobenen Anklagen zu untersuchen, sofern sich die Bundesregierung dahinterstellt.

Bonn hilft türkischer Junta:

Betätigungsverbote und Abschiebungen

Verhindern wir einen neuen Schreibtischmord!

Die Bonner Unterstützung für die faschistische Junta in der Türkei besteht auch in der Verfolgung von Antifaschisten, die in der Bundesrepublik leben. Wir haben im „Roten Morgen" mehrfach über Abschiebungen usw. berichtet. Neue Maßnahmen in dieser Hinsicht sind das Verbot der politischen Betätigung für die Führer der Organisation ATÖF und ATIF (Studenten- und Arbeiterföderation).

Damit will die Bundesregierung Menschen, die bei uns gegen den Faschismus in ihrer Heimat Aufklärung betreiben und — besonders unter ihren Landsleuten — zum Widerstand aufrufen, den Mund verbieten, weil die „auswärtigen Belange" des Bonner Staates „beeinträchtigt" werden. Und natürlich fürchtet sie sich sowieso vor einem wachsenden demokratischen und revolutionären Engagement der ausländischen Arbeiter und Studenten in Westdeutschland. Die Maßnahmen treffen nicht nur die genannten Organisationen. Sie sind ein erster Schritt und sollen eine breite Einschüchterung bewirken.

Im Moment bereiten die westdeutschen Behörden einen weiteren Schreibtischmord vor!

Aus türkischen Zeitungen (keine westdeutsche hatte davon berichtet!) war zu erfahren, daß in der BRD der türkische Antifaschist Şemsi Özkan, der in der Türkei mit Todesschußbefehl gesucht wird, verhaftet wurde. Obwohl klar ist, daß er getötet wird, wenn er der Junta in die Hände fällt, wird zur Zeit seine Abschiebung vorbereitet! Dabei wird strengste Geheimhaltung darüber bewahrt, wann und wo Şemsi Özkan festgenommen wurde und wo er gefangengehalten wird. Damit sollen konkrete Schritte zur Rettung seines Lebens verhindert werden.

Alle Antifaschisten sind aufgerufen, gegen dieses neuerliche Verbrechen, das sich hier anbahnt, Front zu machen! Wir fordern Mitteilung über das Befinden von Şemsi Özkan! Er muß freigelassen und darf nicht den Henkern übergeben werden! Schluß mit der volksfeindlichen Zusammenarbeit der Bundesregierung und der faschistischen Junta!

Sparparolen der polnischen Revisionisten

Polen im Wirtschaftschaos

Ein Sechstel der Bevölkerung lebt in Armut

WARSZAWA.— Das Zentralorgan der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei entwarf in einem Artikel zur sozialen Lage der Bevölkerung zum Jahreswechsel ein wahrhaft düsteres Bild: Höhepunkt der Feststellungen war die Tatsache, daß ein Sechstel der Bevölkerung mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum leben muß. Parteichef Kania hat zur selben Zeit eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen angekündigt.

Wie wenig sozial die angeblich sozialistische Gesellschaft in Polen ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, welche Kreise der Bevölkerung vor allem von der Armut betroffen sind. Es ist nämlich die für eine echt kapitalistische Gesellschaft typische Auswahl von Unterprivilegierten und Ausgestoßenen: Rentner, Behinderte, alleinstehende Mütter und junge Ehepaare.

Auch die Gründe für deren mißliche Lage sind typisch: gerade die alleinstehenden Frauen und die jungen Ehepaare leiden unter den astronomischen Mieten in den polnischen Großstädten. Die Erhöhung der Renten für Arbeiter war ja bereits eine der zentralen Forderungen der großen Streikbewegung im Herbst gewesen, wo verlangt wurde, diese Renten an die der Beamten anzupassen.

Nach 10jähriger Herrschaft der Gierekgruppe, die von Beginn an so groß gefeiert wurde, der noch auf dem letzten Parteitag der polnischen Revisionistenpartei bescheinigt worden war, sie habe die sozialistische Demokratie bereichert, ist die Bilanz klar: Die soziale Lage habe sich verschlechtert, sie habe in „schmerzlichem Gegensatz zu den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit" gestanden.

Jetzt also verurteilen dieselben Leute aus dem Inland und dem sogenannten brüderlichen Ausland Gierek, die ihm noch vor Monaten zujubelten. Gierek und seine engsten Kumpane werden nach und nach aus allen Ämtern ausgeschlossen, selbst einige Prozesse werden vorbereitet. Sogar in den verschiedenen Provinzen werden die Leute ausgewechselt, die die politische Führung ausübten.



Armut in Polen — sechs Millionen Menschen leben in Not

Was es heißt, in Polen unter dem amtlichen Existenzminimum leben zu müssen, kann man sich leicht vorstellen, wenn man berücksichtigt, daß es ja ihre miserable wirtschaftliche Lage war, die die große Mehrheit der polnischen Arbeiter zum Streikkampf brachte, und sie gehören keineswegs zu diesen ärmsten Schichten.

Ein Sechstel der Bevölkerung: das sind rund 6 Millionen Menschen, die in Polen in bitterer Armut leben müssen. Und das 25 Jahre, nachdem die polnischen Revisionisten ihrem Volk das wahrhaft goldene Zeitalter des Gulaschkommunismus versprochen haben!

Die offizielle polnische Statistik zieht gerne den Vergleich mit dem Jahr 1955 heran und beweist daran, wie alles besser wurde, seitdem die „Stalinisten" in der Parteiführung beseitigt wurden. Aber damit täuschen sie nur leichtgläubige Menschen. Im Jahre 1946 war Polen ein von den deutschen Faschisten zerstörtes Land. Nicht nur wirtschaftlich am Boden, sondern auch mit einer dezimierten Bevölkerung und einem ungeheuer hohen Prozentsatz ermordeter Fachkräfte.

In den zehn Jahren bis 1955, als in Polen der sozialistische Weg eingeschlagen worden war, wurden all die nötigen Grundlagen für jene Industrien geschaffen, in denen polnische Produkte heute noch Weltgeltung haben, sei es die Kohleförderung und -verarbeitung, sei es die Werft- oder die Lokomotivindustrie. Diese Reichtümer wurden dem Volk von der herrschenden neuen Kapitalistenklasse geraubt — an ihre Moskauer Oberherren verschachert, auf Kredit nach Westen geliefert oder von den Herrschenden selbst in für Osteuropa einmalig offener Verschwendungssucht verpraßt. Das ist die Ursache für die miserable Lage der polnischen Werktätigen.

Und dies soll sich nicht ändern. Allmählich beginnt die polnische Parteiführung damit, die Zusagen vom Herbst einzuschränken, ihre Erfüllung mit dem Hinweis auf die Lage zu verschieben. So ist auch die Veröffentlichung solcher Artikel wie jetzt in Trybuna Ludu verständlich: sie geschieht keinesfalls aus Gründen der Anteilnahme am schweren Los der Werktätigen. Dies ist Kania ebenso egal wie es Gierek war oder Breshnew ist. Die Lage wird deshalb in ihrem ganzen Ausmaß dargestellt, um die Begründung dafür zu haben, daß die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden können. Wie man es auch aus der Bundesrepublik kennt, soll die wirtschaftliche Lage als Grund für eine weitere Sparpolitik zu Lasten der arbeitenden Menschen dienen.

Und Kania hat auch bereits den Pflock auf das Thema gesetzt: Die Lage der Menschen werde sich 1981, so der neue Revisionistenchef, weiter verschlechtern...

Dokumente vorgelegt

Südafrikanischer Terror gegen Angola

LUANDA.— Die angolanische Regierung legte in den letzten Tagen zahlreiche Dokumente vor, die das ganze Ausmaß des südafrikanischen rassistischen Terrors gegen das Land beweisen.

Durch statistische Zählungen, Fotografien und Aussagen gefangener rassistischer Söldner wurde errechnet, daß innerhalb von zwei Jahren nämlich von 1978 bis 1980 mehr als 1 800 angolanische Bürger von den Rassistentruppen ermordet, 3 000 schwer verletzt und mehrere Hundert verschleppt wurden.

Jeden Tag drei Tote, fünf Verletzte und ein Verschleppter, das ist die Bilanz der ständigen Überfälle Südafrikas auf das Grenzgebiet Angolas mit Namibia, das die Rassisten widerrechtlich besetzt halten.

Ganz ähnlich wie ihre Gesinnungsgenossen, die israelischen Zionisten ihre Überfälle auf den Süden des Libanons begründen, so tun dies auch die südafrikanischen Rassisten mit ihren Überfällen auf den Süden Angolas: Es geschehe „nur" zur Verfolgung von SWAPO-Guerilleros. So dient ihnen also die verbrecherische Besetzung Namibias auch noch als Argument und Entschuldigung für ein weiteres Verbrechen, die Überfälle auf Angola.



Südafrikanische Truppen bei einem Überfall auf Angola

UNO-Soldaten als Zeugen

Israelische Truppen als Leichenschänder!

Rassistische Aktion im Stile der Nazis

BEIRUT.— Am ersten Weihnachtsfeiertag unternahmen die israelischen Zionisten einen weiteren militärischen Überfall auf den Süden des Libanon. Dabei wurden fünf Palästinenser ermordet. Um die Spuren ihres Verbrechens zu verwischen und ihre provokante These aufrechtzuerhalten, es handle sich dabei um sogenannte Strafaktionen gegen bewaffnete Gruppen, griffen die Aggressoren zu einem Mittel aus Hitlers Arsenal: die Leichen wurden in die Luft gesprengt.

Ein israelischer Sprecher dementierte diese Meldung natürlich sofort, aber hatte dieses Mal einen neutralen Zeugen gegen sich: verschiedene Soldaten einer niederländischen UNO-Truppe verfolgten die Ereignisse, hörten die Explosionen längst nach Gefechtsende.

Die Organisation der Palästinenser, die PLO, bezeichnete diesen Vorgang zu Recht als ein ungeheuerliches Verbrechen, „zu dem nur faschistische, rassistische Terroristen fähig sind".

Und in der Tat: Die Verfolgung andersrassiger Menschen bis über den Tod hinaus, die Vernichtung der Leichen von Opfern eigener Gewalttaten war bisher eine Besonderheit der deutschen Nazifaschisten gewesen — in diese Tradition stellen sich nun ausgerechnet einmal mehr die Zionisten, deren Volk unter diesen Methoden am meisten gelitten hat.

Die Leichen wurden mit Flüssigkeit übergossen und angezündet, so daß sie explodierten — nicht nur töten wollen sie, ausrotten, völlig beseitigen, sozusagen eine „Endlösung der Palästinafrage" ist ihr abscheuliches Ziel.

Verschärfte Hetze in Frankreich

Französische Eurokommunisten unterstützen rassistische Aktionen

Revisionistischer Bürgermeister rechtfertigt Rassismus

PARIS.— Die seit langem von verschiedenen offen reaktionären und faschistischen Kreisen geschürte rassistische Kampagne gegen ausländische Arbeiter in Frankreich hat zu Beginn des Jahres einen neuen Höhepunkt gefunden. Im Pariser Vorort Vitry sur Seine stürmten rund 50 Rassenfanatiker ein Afrikanerwohnheim — der Bürgermeister, Mitglied der sogenannten KP Frankreichs, sah bei der Aktion nicht nur zu, er fand auch Worte des Verständnisses.

Schon mehrere Male hatte es in den beiden letzten Jahren Anzeichen dafür gegeben, daß in der revisionistischen KPF, die von der Führung seit langem eingeschlagene nationalistische Linie ihre Früchte auch in einer zunehmend rassistischen Haltung der Partei trägt. Mehrmals hatte die Partei sich geweigert, an antirassistischen Aktionen teilzunehmen, die sich gegen rechte Parteien und die selbsternannten „Philosophen" der Neuen Rechten, die Vordenker des faschistischen Terrors in Frankreich richteten.

Aber so ein Vorgang ist doch neu: Mit Bulldozern ausgerüstet (die der revisionistischen Stadtverwaltung gehören) verbarrikadierten die Rassisten das Wohnheim und schnitten ihm alle Leitungen ab und forderten die sofortige Verlegung der 300 Afrikaner in einen anderen Stadtteil.

Der Hintergrund: Diese ausländischen Arbeiter waren kurz zuvor in diesem Heim einquartiert worden, da ihre vorherige Behausung selbst von den Behörden als menschenunwürdig eingestuft worden war. Der Bürgermeister Paul Mercieca und seine revisionistische Parteifraktion hatten nichts besseres zu tun, als dabei zuzuschauen und entschuldigten diese Aktion mit folgender Ausrede: Die Regierung wolle aus den Verwaltungsdistrikten der KPF offensichtlich Ausländerghettos machen, man habe in Vitry jetzt schon zehn Prozent Ausländer.

Antirassistische Kundgebung in Frankreich

Damit macht sich dieser sogenannte Kommunist die Argumente der Faschisten zueigen, die von jeher behaupten, Frankreich drohe eine Überfremdung durch die vier Millionen ausländische Arbeiter.

Gerade die jetzt Betroffenen, Arbeiter aus der ehemaligen französischen Kolonie Mali, haben wahrlich bisher genug unter der französischen imperialistischen Herrschaft über ihr Land gelitten. Es war Frankreich, das Mali zu einem der Armenhäuser Afrikas heruntergewirtschaftet hat und bis heute haben die französischen Finanzkapitalisten ihre Krallen tief im Heimatland dieser Männer vergraben.

Die französische demokratische Öffentlichkeit hat auf diese erneute Bekundung faschistischen Rassenwahns, der in Frankreich politisch viel offener auftritt als in der Bundesrepublik, zu großen Protestaktionen aufgerufen und harte Kritik an der revisionistischen Partei Georges Marchais' geübt, wegen deren nationalistischer Position. Verschiedene Ausländerorganisationen in Frankreich haben damit begonnen, Verteidigungsorganisationen aufzubauen, wobei sie von fortschrittlichen Franzosen unterstützt werden.

Indira Ghandi auf Polizeistaatskurs

Knüppeleinsätze gegen Blinde

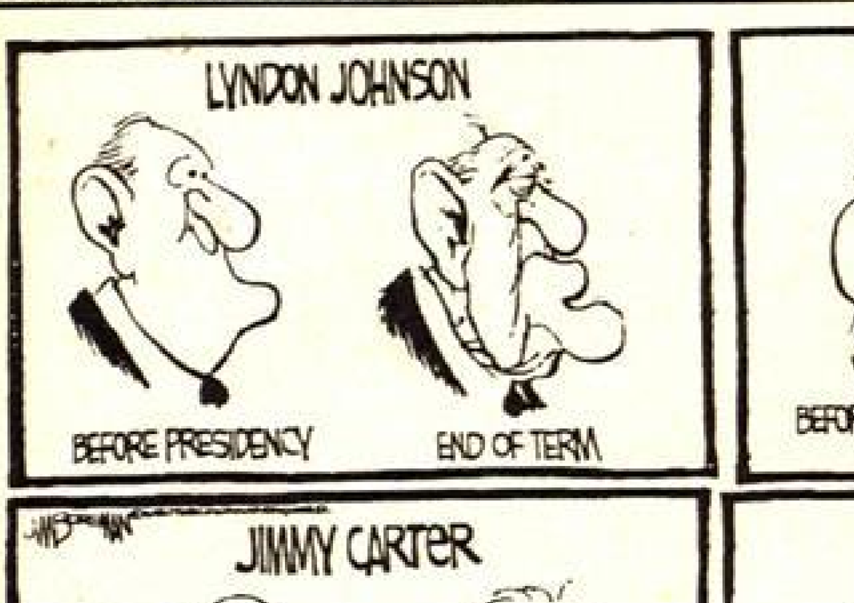
DELHI.— Mit Tränengas, Schlagstöcken und Hunden überfiel die indische Polizei eine Demonstration von blinden Menschen, die vor das Haus der indischen Regierungschefin gezogen waren, um ihre sozialen Forderungen zu vertreten.

Dies ist innerhalb eines halben Jahres bereits das vierte Mal, daß die Herrschenden Indiens gegen soziale Forderungen von körperlich behinderten Menschen Polizeiterror als Antwort einsetzen.

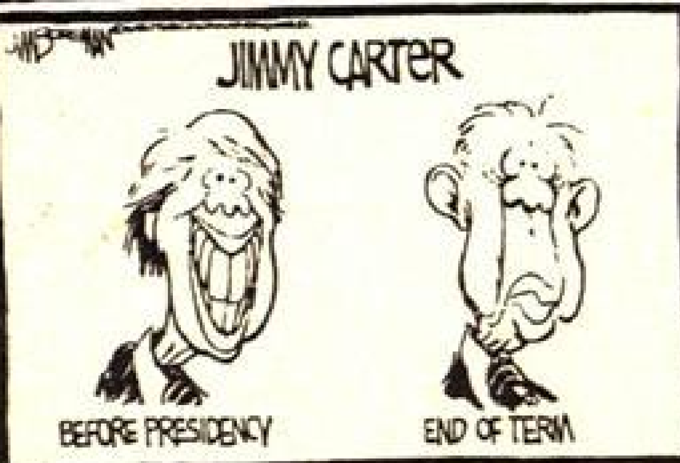
Die Föderation der Blinden hatte vor einiger Zeit mit einer Kampagne begonnen, die zum Ziel hat, die Regierung dazu zu bewegen, im öffentlichen Dienst Arbeitsplätze für Blinde zu schaffen, beziehungsweise in der Industrie die Schaffung solcher Arbeitsplätze anzuregen. Denn bisher gibt es in Indien für diese Menschen keinerlei Möglichkeit zu arbeiten und Geld zu verdienen. Dagegen setzen sie sich jetzt zur Wehr.

Der Protest gegen dieses äußerst schandbare Vorgehen der Ghandi-Polizei hat jetzt breite Teile der Werktätigen erfaßt, einige kleinere Gewerkschaften organisierten Solidaritäts- und Proteststreiks, die Volksunion für Bürgerrechte erstellte eine Dokumentation über Polizeiterror gegen Blinde, die die Propagandalügen der Regierung widerlegt und große Beachtung gefunden hat.

Währenddessen hat die Blindenföderation erklärt, sie werde ihren Kampf fortsetzen bis zur Erfüllung ihrer Forderungen, als nächster Schritt wurde die Besetzung von Eisenbahnlinien vorbereitet.









Amerikanische Präsidenten: Vorher, nachher. Am kommenden Dienstag wird Ronald Reagan sein Amt antreten.

Teurer Rentner Poullain

In der vergangenen Woche begann der Prozeß gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Westdeutschen Landesbank, Ludwig Poullain. Der Exbankboß muß sich wegen Betrugs und Bestechlichkeit verantworten.

Poullain war jahrelang eine der einflußreichsten Figuren des Finanzkapitals. Für die reaktionäre Presse war er ein gesuchter Gesprächspartner, wenn es darum ging, aus dem Mund eines „Fachmanns" die „überzogenen" Forderungen der Gewerkschaften verurteilen zu lassen. Poullain selbst mußte übrigens mit einem bescheidenen Gehalt von etwa 700000 Mark jährlich auskommen. Dazu kamen weitere 300000 Mark, die er als Berater von Konzernen wie VEBA und Mannesmann einstrich. Und Aufwandsentschädigungen machten dann noch einmal einige hunderttausend Mark im Jahr aus.

Verständlich, daß sich der Bankboß da nach Möglichem umsah, sich noch ein Zubrot zu verdienen. Zumindest eine dieser Aktivitäten stand so deutlich außerhalb selbst der bürgerlichen Legalität, daß sie ihn jetzt vor Gericht brachte. Poullain hatte dem Konstanzer Finanzmakler Schmidt mit betrügerischen Tricks Kredite der Landesbank zugeschanzt und dafür eine runde Million Mark in bar kassiert. Als diese Sache aufflog, mußte nicht nur Poullain gehen, sondern auch der Finanzminister von NRW, Halstenberg, der von der Affäre gewußt, den Banker aber trotzdem gedeckt hatte.

Beide Herren aber haben kaum unter den Folgen des Skandals zu leiden gehabt. Halstenberg hat längst einen neuen Job gefunden: Er führt jetzt die Finanzen der SPD. Poullain selbst ist zwar schon seit 1977 zur Untätigkeit verdammt, worüber er sich vor dem Prozeß bitter beklagte: „Ich habe noch nie so lange zinslos herumgesessen." Das Nichtstun wird ihm jedoch mit einer Staatspension versüßt, die jährlich 285000 Mark ausmachen soll. Damit kann der ertappte Betrüger jeden Tag etwa die Summe einstreichen, die ein Durchschnittsrentner im Monat bekommt. Und die Steuerzahler müssen für diese noble Pension aufkommen.

Kein Wunder, daß Poullain bei soviel Entgegenkommen des Staates voller Zuversicht in den Prozeß ging. Er muß übrigens auch nicht auf der Anklagebank sitzen, wie ein normaler Mensch, der vor Gericht kommt. Für Poullain ist ein Platz auf der Verteidigerbank reserviert. Die Kommentatoren im Fernsehen und in der Presse haben ihm schon gute Möglichkeiten ausgerechnet, den Prozeß zu gewinnen. Dann wäre die „zinslose" Zeit für Poullain vorbei und er könnte wieder an das große Geld kommen.



Ex-Bankchef Poullain

„Maria, hättest du abgetrieben..."

... der Papst wäre uns erspart geblieben!" Diesen hier von uns dokumentierten (!!Herr Staatsanwalt!) *) Satz darf niemand in der Bundesrepublik ungestraft schreiben. So steht es im Urteil eines Düsseldorfer Schöffengerichtes. Zwei Vorstandsmitglieder der nordrhein-westfälischen Jungdemokraten wurden zu 300 bzw. 200 Mark verurteilt, weil sie dies in ihrem Mitteilungsblatt „Tendenzen" getan hatten. Straftatbestand: „Religionsbeschimpfung"!

Erstmals aufgetaucht war dieser satirische Satz auf einem Transparent bei einer Frauendemonstration für die Einrichtung eines Schwangerschafts-Konflikt-Zentrums in Essen. (Ob übrigens die Düsseldorfer Richter der Meinung sind, der Papst sei ein weiterer Nachfahre der jungfräulichen Maria, ist uns nicht bekannt.) Dazu muß man die Vorgeschichte kennen: Kurz vorher hatte der Kölner Kardinal Höffner den Schwangerschaftsabbruch erneut scharf verurteilt, sich strikt für die Beibehaltung des Paragraphen 218 ausgesprochen und eine Abtreibung mit den Massenmorden der Nazis in Auschwitz auf eine Stufe gestellt. Das Gerichtsverfahren, das hier ja in Gang gesetzt werden müsse, wäre eines wegen Volksverhetzung und millionenfache Beleidigung gegen diesen Pfaffen gewesen!

Aber doch nicht in der Deutschen Bundesrepublik. Hier gibt es stattdessen einen Paragraphen 166 im Strafgesetzbuch, der den „besonderen Schutz des religiösen Bekenntnisses" verkündet — und atheistische Meinungsäußerungen unter Strafe stellt! Völlig zu Recht nannten die Verurteilten diesen Paragraphen ein „Relikt aus der Inquisitionszeit". Ihre Rechtsanwälte (Budich und Perthes aus Bochum) verteidigten in ihrem Schlußwort vor Gericht nachdrücklich den verfolgten Slogan. Wer wie Hunderttausende von Frauen in der Bundesrepublik von der katholischen Kirche als „Mörderinnen" bezeichnet werde, weil sie aus großer Not eine Schwangerschaft abbrächen, müsse sich wünschen dürfen, daß es diese Kirche nicht gäbe. Sie forderten die Abschaffung des Paragraphen 166 StGB.

Weg mit dem Paragraph 166! Vollständige Trennung von Kirche und Staat!

*) **Anmerkung:** Wir bringen diesen Satz hier als **Zitat** aus dem Urteil. Bitte um **Gottes** Willen nicht als Meinungsäußerung mißverstehen!

„Modell Deutschland"

...diesmal für Argentinien

Das von Kanzler Schmidt oftmals beschworene „Modell Deutschland" wird von einigen wenigen, dafür aber einflußreichen Menschen tatsächlich als solches betrachtet und daher in der einen oder anderen Weise kopiert. Ein neuer würdiger Schüler ist hier der zukünftige Staatschef Argentiniens, General Roberte Viola. Er nahm sich den westdeutschen „Extremistenerlaß" zum Vorbild.

In einem „Gesetz zur Verteidigung der Demokratie", dessen Durchsetzung Viola für die ersten Monate seiner Amtszeit vorgesehen hat, werden verschiedene gesetzliche Bestimmungen aus der Bundesrepublik übernommen. In Argentinien wie in Westdeutschland geht es darum, „Extremisten" — das heißt Antifaschisten und Revolutionäre — aus dem Staatsdienst fernzuhalten. Es gleichen sich dort wie hier auch die offiziellen Begründungen für diese Gesetzesmaßnahmen. „Man verletzt die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit nicht, wenn man Maßnahmen wie Registrierung, Kontrolle und sogar Einspruch und Verbot ergreift, um zu verhindern, daß eben jene Prinzipien zerstört werden", so verkündeten Oberstaatsanwalt Mario J. Lopez bereits im Oktober 1980 in einer Grundsatzrede, die als propagandistische Vorbereitung zu den neuen Maßnahmen gewertet wird. Diese heuchlerischen Worte könnten auch aus dem Munde der meisten Politiker aller Bundestagsparteien stammen.

Daß eine in der Bundesrepublik seit acht Jahren bestehende Regelung von einem lateinamerikanischen Militärregime zur Grundlage der Verschärfung ihrer Unterdrückungsmaßnahmen genommen werden kann, setzt den „Radikalenerlaß" für jeden sichtbar ins rechte Licht. Die argentinischen Militärs verfolgen mit brutalster Gewalt alle Widerstandskämpfer in ihrem Land und gehen mit ebensolcher Brutalität gegen die sogenannten „geistigen Urheber" — denkt man hier nicht sofort an das „Sympathisantenfeld" in der BRD? — vor. Zu den in Argentinien verschleppten Menschen, über deren Schicksal nichts bekannt ist, gehören neben den Arbeiterführern, Studentenführern, Rechtsanwälten und Akademikern auch eine große Zahl Schriftsteller und Journalisten.

Der sogenannte Radikalenerlaß ist eine einzige himmelschreiende Schande für unser Land. Er muß endlich zu Fall gebracht werden!



Nicht nur U-Boote exportiert die argentinische Militärjunta aus der Bundesrepublik, sondern jetzt auch den „Radikalenerlaß".

Hurensohn

Über den künftigen amerikanischen Außenminister Haig ist so viel Schlechtes gesagt worden, daß wir unseren Lesern — im Sinne einer ausgewogenen Berichterstattung — auch ein Lob nicht vorenthalten wollen. Es stammt aus berufenem Munde. Richard Nixon sagte über seinen ehemaligen Stabschef Haig: ***„Der niederträchtigste, rüdeste, ehrgeizigste Hurensohn, dem ich je begegnet bin, aber er wird ein verdammt guter Außenminister sein."***



Reagans Außenminister Haig

Tips

Sonntag, 18. Januar,
10.30 Uhr, ZDF
Kein Grund zum Feiern. Die ZDF-Matinee bringt diese Sendung von Helmut Ruge und Reinhard Hippen zum 80. Jahrestag des deutschen Kabaretts. Mitwirkende sind unter anderem Dieter Hildebrandt und Hanns Dieter Hüsch.

•

Sonntag, 18. Januar,
15.20 Uhr, ZDF
Wem die Sonne lacht. 1953 drehte John Ford diese historische Komödie über einen humanen Richter, der sich mit allerlei Tricks bei seiner Wiederwahl gegen den Konkurrenten, einen scharfen Staatsanwalt, durchsetzt.

•

Dienstag, 20. Januar,
23.15 Uhr, ARD
Tandaradei — oh wei! In der Serie über die Entwicklung des deutschen Kabaretts bringt die ARD heute einen Beitrag über die Jahre 1830 bis 1935. Mit Gerd Vespermann, Henning Venske u.a.

•

Dienstag, 18. Januar,
22.30 Uhr, WDR III
Arbeitsplatz LKW. Der Film von Karl Franken in der Reihe „Medizin im Dritten" untersucht die schwierigen Arbeitsbedingungen von Fernfahrern.

•

Donnerstag, 22. Januar,
22.05 Uhr, ZDF
Behinderte Liebe. Die Schweizer Filmemacherin Marlies Graf hat diesen Film im vorletzten Jahr mit einer Gruppe von Behinderten gedreht, die über ihre Probleme bei der Herstellung von Liebesbeziehungen sprechen.

•

Donnerstag, 22. Januar,
23.00 Uhr, ARD
Anton Sittinger. Rainer Wolffhardt hat diesen Film nach dem gleichnamigen Roman von Oskar Maria Graf gedreht. Es ist eine Satire auf einen bestimmten sozialen Typ: den Kleinbürger, der sich aus allem heraushält und sich allen Verhältnissen anpaßt.

•

Freitag, 23. Januar,
20.15 Uhr, WDR III
Industrie und Terror. Der Film von Jost von Morr berichtet über die Rolle der sogenannten Wirtschaftsführer während des faschistischen Weltkriegs.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird

Zum antifaschistischen Kongreß in Mannheim (III)



Martin Niemöller spricht auf einer Großkundgebung am 10. Mai 1980 in Mannheim.

Im letzten RM haben wir uns mit der von Wolfgang Abendroth auf dem Mannheimer Kongreß vorgetragenen These auseinandergesetzt, von dem faschistischen Potential in der Bundesrepublik gehe ein Druck auf die Unionsparteien aus, der diese Parteien nach rechts dränge und der unter anderem auch eine Ursache für die Kanzlerkandidatur von Strauß gewesen sei. Dem haben wir entgegengestellt, daß die Bourgeoisie und ihre Parteien mit der Verschärfung ihres reaktionären Kurses auf das Anwachsen des Klassenkampfes reagieren. Und auch Strauß ist nicht vom Druck eines faschistischen Potentials an die Spitze der Union gespült worden. Seine Kanzlerkandidatur muß vielmehr gesehen werden als der Versuch der aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals, in die krisenhaften achtziger Jahre mit einem Regime des unverhüllten Angriffs auf die politischen und sozialen Rechte der Werktätigen einzusteigen.

Reinhard Opitz, der neben Reinhard Kühnl das Hauptreferat in Mannheim hielt, trug zum Verhältnis von Strauß und Neofaschismus Überlegungen vor, die zumindest im Kern den Ausführungen Abendroths ähnelten.

„Strauß hat es auf eine rechte Kräftesammlung von solcher Breite abgesehen, daß sie einer autoritären und militanten Politik eine parlamentarische Mehrheitsbasis zu stellen vermag. Man darf aber nicht vergessen, daß der Sinn einer solchen Politik ja gerade vorrangig in der wesentlich rigoroseren Sozialverzichtszumutungen an die Bevölkerung besteht. Und was, wenn über diesen Zumutungen die einmal zusammengebrachte Mehrheitsbasis wieder zerbirst und zur Minderheit zusammenschrumpft? Wo sollen sich die auch von einer Straußschen Kanzlerschaft enttäuschten Wähler dann hinwenden? Zu den Sozialliberalen oder gar zu Linken? Dann also wird eine weitere Auffanglinie benötigt und in Funktion treten müssen, dann ist — will sich die Mehrheit des Kapitals nicht erneut auf die Sozialliberalen besinnen — auch die Situation eingetreten, daß die Kapitalherrschaft sich in wirklicher Legitimationsnot sieht und die terroristische Diktatur, will man keine Redemokratisierung, zum einzigen Weg ihrer Aufrechterhaltung wird, und dies wäre die Stunde des Neonazismus, für die er sich bereithält und in der er erst seine wirkliche Funktion gewänne.“

Wie man sieht, geht auch Opitz davon aus, daß eine offen terroristische Diktatur nur über eine faschistische Massenpartei errichtet werden könnte. Zudem leitet er die Notwendigkeit für das Monopolkapital, zu einer solchen Herrschaftsform überzugehen, ausschließlich ab aus dem Problem, jeweils parlamentarische Mehrheiten für seinen Kurs zu finden. Tatsächlich aber erwächst diese Notwendigkeit, wie oben angesprochen, aus der Entwicklung des Klassenkampfes. Das bedeutet konkret: Wenn es der herrschenden Klasse nicht mehr gelingt, die Arbeiterklasse und die Werktätigen insgesamt an das parlamentarische System zu binden und über die „Sozialpartnerschaft“ zu diskutieren, wenn im Zuge der Verschärfung des Klassenkampfes der kommunistische Einfluß auf die Arbeiterklasse wächst und die Bourgeoisie insgesamt die Grundlagen ihrer Herrschaft gefährdet sieht, dann ist die Situation gekommen, in der die aggressivsten Elemente des Finanzkapitals auf die Errichtung einer offen terroristischen Diktatur orientieren.

Beispiel Türkei

Diese Diktatur muß aber keineswegs gesetzmäßig die Form des Regimes einer faschistischen Massenpartei annehmen. Die bloße Anschauung der nach dem Krieg entstandenen faschistischen Diktaturen widerlegt schon diese Annahme. Sehen wir uns als aktuellstes Beispiel nur die Türkei an. Dort existiert schon seit Jahren die MHP des Obersten Türkes, eine relativ starke faschistische Partei. Die Großbourgeoisie und die hinter ihr stehenden imperialistischen Mächte haben sich bei der Errichtung ihrer terroristischen Diktatur aber nicht auf diese Partei gestützt, sondern auf die Armee. Ja, der Putsch wurde sogar mit der demagogischen Zielsetzung begründet, linke wie rechte „Extremisten“ gleichermaßen zu vernichten, um „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen. Dieser Demagogie entsprechend wurde die MHP offiziell verboten, ihr Führungskader zum Teil verhaftet. Die faschistische Diktatur in der Türkei wurde also auch nicht unter faschistischen Losungen errichtet, sondern unter dem Vorwand, die „Demokratie zu retten“. Bezeichnenderweise steht an der Spitze der Junta auch nicht ein Mann, der aus der faschistischen Bewegung komme, sondern ein General, der seinen Aufstieg an die Führung der Armee dem sozialdemokratischen Parteiführer Ecevit verdankt.


Faschistischer Putsch in Chile

Der Mannheimer Kongreß jedoch hat sich gar nicht der Mühe unterzogen, die verschiedenen Formen der faschistischen Terrorherrschaft konkret zu untersuchen. Nur Professor Abendroth ging kurz auf Chile ein, allerdings um zu behaupten, das wäre ein „Sonderfall“ gewesen. Gerade Chile aber zeigt (ebenso wie zuvor Griechenland), welche reale Bedeutung parlamentarische Mehrheiten tatsächlich haben. Diese Beispiele machen eindringlich deutlich, daß die herrschenden Klassen mittels ihres Gewaltapparates auch gewählte reformistische Regierungen beseitigen, wenn die ihren Interessen nicht mehr vollständig entsprechen und die revolutionäre Bewegung zu stark zu werden droht.

Einschränkung des antifaschistischen Kampfes

Aus den in Mannheim entwickelten Thesen ergibt sich eine unzulässige und in der Konsequenz gefährliche Einschränkung des antifaschistischen Kampfes. Wo nur die Neonazis als mögliche Träger einer terroristischen Diktatur gesehen werden, muß sich der Kampf gegen ein neues '33 naturgemäß im Widerstand gegen das Hochkommen der faschistischen Banden erschöpfen. Wobei einige Redner des Kongresses diesen Banden auch noch eine Eigenständigkeit gegenüber dem Finanzkapital zubilligen, wie das in den Ausführungen von Professor Abendroth zum Ausdruck kam.

Dem muß entgegengehalten werden, daß auch heute noch die Feststellung Dimitroffs gilt, wonach der Faschismus an der Macht „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ ist. Und wenn diese Elemente ihren Kurs innerhalb der herrschenden Klasse durchsetzen und den Übergang zu faschistischen Herrschaftsformen in Angriff nehmen, sind sie keinesfalls notwendigerweise auf die Existenz einer faschistischen Massenpartei vom Schlage etwa der NPD angewiesen.

Wir haben im vergangenen Jahr erlebt wie die reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals innerhalb der Unionsparteien ihren Kandidaten Strauß durchgesetzt und damit auch den Kurs dieser Parteien in ihrem Sinne verschärft haben. Und dieser Prozeß ist keineswegs abgeschlossen oder mit der Wahlniederlage von Strauß gar rückgängig gemacht worden. Es wird eine der wesentlichen politischen Zielsetzungen der hier angesprochenen Teile des Finanzkapitals bleiben, die Union insgesamt oder auch eine mögliche Abspaltung von ihr („Vierte Partei“) zur Trägerin eines Übergangs zu Formen offen terroristischer Herrschaft zu machen.

Einbeziehung der Gewerkschaften

Was ist nach der Meinung des Mannheimer Kongresses im Kampf gegen den Faschismus zu tun? Reinhard Kühnl formulierte in Mannheim einige Aufgaben, die seiner Meinung nach heute anstehen. Vieles davon ist richtig und unbedingt notwendig, zum Beispiel eine breite und intensive Aufklärung über den Faschismus. Richtig ist auch Kühnls Forderung nach einer verstärkten Zusammenarbeit der „beachtlichen demokratischen Potentiale“ in der BRD beim gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus. Befremden muß allerdings, daß Kühnl unter diesen Potentialen zwar die Frauen- und Umweltbewegung aufzählt, nicht aber die Gewerkschaften.



Gewerkschaftliche Massendemonstration gegen den NPD- Parteitag in Augsburg

Natürlich gilt auch heute unvermindert, was wir für die Zeit vor der Machtergreifung Hitlers festgestellt haben: Die Arbeiterklasse ist die Hauptkraft im antifaschistischen Kampf; nur wenn sie sich zur einheitlichen und entschlossenen Tat erhebt, kann den reaktionärsten Kräften des Finanzkapitals der Weg zu einem neuen '33 versperrt werden. Deshalb ist die immer stärkere Einbeziehung der Gewerkschaften in den antifaschistischen Kampf eine Sache von größter Wichtigkeit. (Und Aktionen wie die gegen den NPD-Parteitag in Augsburg zeigen ja, daß hier schon viel erreicht worden ist.) Nun ist es aber eine Tatsache, daß die Gewerkschaften heute wie vor 1933 unter der Führung reaktionärer Elemente stehen, die versuchen, die Arbeiterklasse mit der Sozialpartnerschaftslüge an das kapitalistische System und den bürgerlichen Staat zu binden. Sie tragen selbst aktiv die politische Unterdrückung mit (Beispiel: Unvereinbarkeitsbeschlüsse) und stellen sich dem Kampf gegen Reaktion und Faschismus entgegen. Man denke nur an die Kumpanei Vetter/Strauß und die von verschiedenen DGB-Führungen ausgesprochenen Verbote von gewerkschaftlichen Aktionen gegen Strauß. All das schwächt die Kraft der Arbeiterklasse und der Werktätigen insgesamt in gefährlicher Weise. Es leitet dem Vormarsch der Reaktion Vorschub; und wo es endet, wenn sich eine solche Politik durchsetzt, wissen wir seit 1933. Wenn man also die Gewerkschaften für den antifaschistischen Kampf mobilisieren will, darf man vor der Konfrontation mit den reaktionären Bonzen nicht zurückschrecken. Der Mannheimer Kongreß hat aber zum einen die Bedeutung der Gewerkschaften im antifaschistischen Kampf nahezu vollständig ausgeklammert. Zum anderen hat er nicht nur in der historischen Analyse (wie im letzten RM dargestellt wurde), sondern auch in bezug auf die heutige Situation die notwendige Kritik an der Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Führer ausgeklammert.

Einheit im Kampf gegen den Faschismus

Was die von Kühnl geforderte Einheit im Kampf gegen den Faschismus betrifft, so hat unsere Partei ihren aktiven Willen zu einer solchen Einheit immer wieder unter Beweis gestellt. Wir wissen als Kommunisten — und die geschichtlichen Tatsachen selbst haben uns bestätigt — daß der Faschismus seine Wurzeln im kapitalistischen System hat. Deshalb kann letztlich die faschistische Gefahr nur dadurch ein für allemal aus der Welt geschafft werden, daß man ihre Grundlagen zerstört, indem die sozialistische Revolution den bürgerlichen Staat zerschlägt und das kapitalistische System beseitigt.

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir all denjenigen Organisationen und Initiativen, die die hier angesprochene Notwendigkeit nicht sehen, die Zusammenarbeit verweigern. Im Gegenteil. Wir kämpfen aktiv gegen **jeden** Vorstoß der Reaktion, gegen **jede** Form faschistischer Bestrebungen, wo immer sie auftaucht. Und dabei reichen wir ohne Vorbehalte (was natürlich die solidarisch kritische Auseinandersetzung nicht ausschließt) jedem die Hand, der an welcher Front auch immer den Kampf gegen Reaktion und Faschismus aufnimmt. Mehr noch. Wir sind der Überzeugung, daß ein solcher gemeinsamer Kampf noch wesentlich festere Formen annehmen muß, als sie von Reinhard Kühnl in Mannheim vorgeschlagen wurden. Das ist auch der Grund dafür, daß wir den Aufbau der VOLKSFRONT zu einer wirklichen Massenorganisation unterstützen, in der sich Antifaschisten und Demokraten ungeachtet ihrer Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit zusammenschließen.

Eine letzte Anmerkung noch zum Mannheimer Kongreß, die gerade die Frage der Einheit betrifft. Bei der Vorbereitung und der Durchführung dieses Kongresses wurde die VOLKSFRONT, die sich aktiv daran beteiligen wollte, rigoros ausgeschlossen — offenbar auf Betreiben von Mitgliedern der DKP, die insgesamt den Kongreß stark beeinflußte. So wurde in der Praxis nicht nur der Anspruch des Kongresses selbst offen verhöhnt, „alle antifaschistischen Organisationen und Persönlichkeiten, gleich welcher parteipolitischen oder weltanschaulichen Richtung“ zusammenzurufen. Diese Haltung ist überhaupt ein schwerwiegendes Hindernis auf dem Weg zu einem einheitlichen Kampf, wie es von der überwältigenden Zahl der Antifaschisten und Demokraten in unserem Land gewünscht wird.

(Die Materialien des Mannheimer Kongresses sind unter dem Titel „Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird“ im Röderberg-Verlag, Frankfurt, erschienen)

Detlef Schneider

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 3 16 Ocak 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

2. RGO Kongresi başarıyla kapandı!

RGO büyük tolpantısına katılalım!

KASSEL/DORTMUND.—Geçen hafta sonunda yapılan Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO) 2. Kongresi başarıyla sona erdi. Bu Kongre, tüm devrimci işçiler için, DGB sendikaları içindeki muhalefet için önemli bir başarı oldu. 18 Ocak Pazar günü Dortmund-Westfalenhalle 2'de 2. RGO Kongresi açık kapanış toplantısı yapılacak. Bu toplantıda RGO Kongresinde alınan sonuçlar açıklanacak.

RGO Merkez Yönetim Kurulu'nun bildirdiğine göre, kongreye Batı Almanya çapından yaklaşık 200 delege katıldı. Delegelerin önemli bir bölümünü Batı Almanya ve Batı Berlin'de çalışan Türkiyeli işçiler oluşturmaktadırlar.

Devrimci Sendika Muhalefeti 2. Kongresinde geçmiş dönemdeki çalışmalarını değerlendirdi, önümüzdeki dönemde sınıf mücadelesi içindeki görevlerini tartıştı, yaklaşık 180 öneriyi görüştü, karara bağladı ve yeni RGO Merkez Yönetim Kurulu ve RGO Başkanı'nı seçti. Gazetemiz baskıya verildiği sırada kongrenin gidişatı ve alınan kararlarla ilgili henüz detaylı bilgi alamamıştık.

RGO ikinci kongresi, 1978 yılı Kasım ayında RGO'nun kuruluşundan bu yana mücadele içinde edinmiş olduğu geniş tecrübeleri, bu mücadele içinde eksikliklerini ve yapmış olduğu hatalarını, işyeri işçi temsilciliği ve sendika seçimlerindeki başarılarını ve bu başarıların önümüzdeki seçimlerde daha iyi şekilde nasıl pekiştirileceğini görüşecekti.

Kongre kendisine görev olarak; çeşitli işkollarında, işletmelerde ve DGB sendikaları içinde sınıf mücadeleci bir güç olarak RGO'nun çalışmalarının düzeltilmesini, gücünün artırılmasını tespit etmişti. Ayrıca, kapitalistlerin rasyonalizasyon terörüne, işyerlerinin tahrip edilmesine, toplu işten atmalara ve gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı verilen mücadelede ülkemiz sendikal hareketi için doğru çizgiyi, mücadele hedeflerini ve görevlerini tespit etmeyi koymuştu. Kongre amaçlarını şu şiar altında birleştirmişti: "İşçi sınıfının çıkarları ve sınıf mücadeleci sendika birliği için patronlara ve sendika ağalarına karşı ileri!"

Kongrenin önüne koyduğu görevleri ne biçimde ele aldığı ve çözüme kavuşturduğu ilk olarak Dortmund'daki büyük toplantıda açıklanacak. Bu toplandıda diğer konuşmacıların dışında yeni seçilen RGO Başkanı; "2. RGO Kongresi bize ne getirdi? Önümüzde duran en önemli mücadele görevleri" üzerine konuşacak. Bunun dışında toplantıda zengin bir kültürel program da yer alacak. Halk türküleri, diğer müzikler, kabare, folklor, film vs. Ayrıca, Avrupa ve Amerika'nın çeşitli ülkelerinden gelen devrimci sendika örgütlerinin delegasyonları sendikal konular üzerinde tartışacaklar.

Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti Sendikalar Birliği'nden bir delegasyonun da içinde yer aldığı yabancı sendika delegasyonlarının 2. RGO Kongresi çalışmalarına misafir olarak katılması, RGO mücadelesinin enternasyonal karekterini göstermektedir. Bu delegasyonların hepsi açık kapanış toplantısına da katılacaklar. Burada dikkate değer bir durum, Arnavutluk Sendikalar Birliği'nin Batı Almanya'ya ilk olarak bir delegasyon göndermesidir.

"Roter Morgen" bütün okurlarını RGO'nun büyük toplantısına katılmaya ve daha fazla katılım için seferber olmaya çağırıyor! Uzak bölgelerden olan arkadaşlar bütün zorlukları göz önüne alıp bu toplantıya katılmalıdırlar! RGO'nun bu ilk büyük toplantısının bütün devrimci ve demokrat sendikacılar için, sınıf bilinçli işçiler için büyük bir öneme sahip olduğuna inanıyoruz.

(Auf zur Großveranstaltung der RGO, RM-Nr. 3, S. 1)

2. RGO Kongresi
Büyük kapanış toplantısı



Program: 2. RGO Kongresi Sonuçları, Türküler, halk Oyunları, Konuşmalar, kabare, Tartışma, Film ve...

Toplantının Şiarı:

İşçi sınıfının çıkarları ve sınıf mücadeleci sendika birliği için Patronlara ve sendika ağalarına karşı ileri!

Yer ve Zaman: Dortmund-Westfalenhalle II, 18 Ocak 1981, Saat 13.00
Giriş: 5,- DM



ONBİNLERCE İŞÇİ İŞTEN ATILIYOR!

Wilhelmshaven ve Leer'de AEG tekeline ait Olympia işletmeleri kapatılmak isteniyor. Sonuç: 5000 emekçi sokağa atılacak. Bu iki işletmede çalışan yaklaşık beş bin işçi geçen hafta Perşembe günü yürüyüşler yaparak, işyerlerinin kapatılmasını protesto ettiler. Diğer birçok işletmede de, işçiler işletmelerin kapatılmasına ve işçilerin toptan işten atılmasına karşı mücadele ediyorlar. (Geniş haber 2. sayfada)

ABD Emperyalizmi Latin Amerika halklarını tehdit ediyor

Haig, Carter hükümetinin politikasını pasif buluyor

Yeni ABD Dışişleri Bakanı General Haig, daha göreve başlamadan Beyaz Saray'da yaptığı bir konuşma ile, Latin Amerika halklarına sert tehditlerde bulundu. Aynen şöyle diyordu: "Ben, Latin Amerika politikasında dramatik bir dönüş için çaba harcayacağım."

Haig iddia ettiğine göre, Carter Hükümeti izlediği sallantılı politika sonucu, kıtanın ihtilalci güçlerine cesaret vermiş. Özellikle de Nikaragua ve El Savador'daki ihtilalci güçlere.

Carter Hükümeti'nin cılız politikasına karşın, onun politikası bütün bölgede istikrar getirecek ve burada ABD'nin konumunu sağlamlaştıracaktır. Bu görüşleri alıp, pasiflikle suçlanan Carter Hükümeti'nin politikasiyla karşılaştırdığımızda, daha doğrusu saldırılarıyla karşılaştırdığımızda, ortaya açık olarak şu sonuç çıkacaktır: ABD emperyalizmi Latin Amerika halklarını açıktan açığa tehdit etmektedir. El Salvador halkına karşı bombalı saldırılar örgütleyen, ülkeye paralı asker gönderen ve orada faşist cuntayı ayakta tutan Carter Hükümeti pasif olduğuna göre, geriye tek şey kalıyor: Topuyla, tüfeğiyle ABD birliklerinin El Savador'a karşı doğrudan bir saldırıya geçmesi.

Carter Hükümeti, Nikaragua'da burjuva partilerini güçlendirmek ve ABD emperyalizmi için yeni işbirlikçi sınıflar yaratmak için milyonlarca Dolar kredi verdiği ve geçen yılın Kasım ayında bu partilerle beraber bir cunta girişiminde bulunmasına rağmen, pasiflikle suçlanıyorsa; o zaman bu ülkeyi açıktan açığa işgal etmek geride kalıyor.—öyle ya, aktif olanı bu— Ve Jamaika'da (Amerika'da bir ada) Maley Hükümeti'ni devirmek için harcanan milyonlar ve yapılan katliamlar pasiflik ise, bu ülkede de geride kalan tek şey; faşist diktatörlüğü getirmek için çabaları hızlandırmaktır. Ama, Latin Amerika halkları ABD emperyalizmine karşı verdikleri mücadelede uzun bir geleneğe sahiptirler. Bu halklar Haig'in tehditlerine boyun eğmeyecek. Aksine, bu saldırılara karşı güçlü bir mücadele ile cevap vereceklerdir.

(US-Außenminister Haig droht Lateinamerika, RM-Nr. 3, S. 1)

Aralık'ta 150 bin işsiz kaydedildi

İşsizler sayısı 1,12 milyona çıktı

Yeni yılın daha başlarında Çalışma Dairesi'nden (Arbeitsamt) alarm sinyalleri gelmeye başladı. Geçen yılın son dört haftası içinde işsizler sayısı 150 bin artarak 1,12 milyona ulaştı. Yani dört hafta içinde 150 bin kişi işsizler ordusuna katıldı. Savaş sonrası dönemin en büyük krizinin başlangıcı olan 1974 Kasım ayında bile, bir ay içinde bu kadar işsiz kaydedilmemişti.

1974 Kasım ayında işsizler sayısı 147 bin artmıştı ve işsizler sayısı bununla beraber 1,04 milyona yükselmişti. Bu tarihten sonra kapitalizm, içine düştüğü ekonomik krizden bir daha kurtulamadı. Ve şimdi, bundan altı yıl sonra, işsizler sayısı aynı süre içinde üç bin daha artarak, 150 bin oldu. Bir ay içinde 150 bin işçinin daha işsizler ordusuna katılması, kapitalizmin krizinin gün geçtikçe ne denli derinleştiğini açıkça göstermektedir.

Çalişma Dairesi Başkanı Stingl'in dediğine bakılacak olursa, işsizlik sayısının bu biçimde yükselmesi "ekonomik gelişmedeki hızlanmanın düşmesinden" ileri gelmektedir. Bu, somut durumun hoş gösterilmesinden başka birşey değildir. Bugün ekonomik gelişmede hızlanma diye birşey sözkonusu değildir. Ekonomi derin bir krizin içindedir. Stingl'in bir açıklamasına göre, işverenler 1974/75 yıllarında bugünden daha fazla kısa çalışma (Kurzarbeit) uygulamasına yöneldiler. Bu ge[illegible] de Stingl'in kendisini yalanı.yor. Çünkü, ekonomik bunalımın gittikçe derinleştiğini gören kapitalistler, kısa çalışma yerine toplu işten atmalara başvuruyorlar.

"Alman Ekonomi Araştırma Enstitüsü (DİW)"in en son tahminleri de bu gerçekleri doğrulamaktadir. Bir burjuva kurumu olan bu enstitü, işsizlik sayısındaki ortalamanın 1981 yılında 1,215 milyona çıkacağını beklemektedir.

(1,12 Millionen Arbeitslose registriert, RM-Nr. 3, S. 1)



DORTMUND Çalışma Dairesi'nde kuyrukta bekleyen işsizler. Bu şehirde her yüz kişiden yaklaşık 8'i işsiz. Batı Almanya'da işsizler oranı Aralık ayında yüzde 4,2'den 4,8'e çıktı: Her yüz kişiden 5'i işsiz.

İskencelere karşı açlık grevleri genişliyor

Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerin 24 Aralık'ta başlattıkları işkencelere karşı açlık grevleri, Almanya çapında ve yurtdışında diğer şehirlere de yayılıyor. Grevciler, diğer bazı şeylerin yanında, Türkiye'de tutuklu bulunan anti-faşistlerin ve devrimcilerin akîbeti hakkında bilgi verilmesini ve Federal Almanya'da oluşturulacak bağımsız bir komisyonun işkenceleri araştırmak için Türkiye'ye gönderilmesini talep etmektedirler.



Hamburg'da 24 Aralık'tan beri açlık grevindeki anti-faşistler.

Açlık grevine giden arkadaşların sağlık durumu hissedilir biçimde sarsılmakla beraber, eylemi sürdürmeye kararlıdırlar. Durumu ağırlaşan birkaç kişi hastahaneye kaldırıldılar.

Bonn'daki Suskunluk

Federal Hükümet tarafından yukarıda belirttiğimiz talepler hakkında gazetemiz baskıya verildiği sırada henüz en ufak bir resmi açıklama yapılmamıştı. Bonn, özellikle bu iki talep yerine getirildiği takdirde açlık grevinin sona ereceğini ve greve katılanların sağlık durumlarının kötüye gittiğini çok iyi bilmektedir. Ama, kendi çıkarları gereği suskunluğu tercih etmektedir. Federal Hükümet, işkencelere karşı açlık grevleri ile ilgili görüşlerini açıklamaya zorlanmalıdır. Faşist cunta Dünya çapında teşhir edilmelidir!

F. Almanya dışındaki tepkiler

Federal Hükümet, açlık grevine karşı suskunluk içine girmekle, uluslararası gericiliğin dostu olduğunu bir defa daha göstermek istediği sırada, diğer birçok kapitalist ülkedeki hükümetler ve geniş etki alanına sahip politik güçler Türkiye'deki vahşi terörü


Hannover'de işkencelere karşı yapılan açlık grevi.

ve işkenceleri protesto etmektedirler. Erdal Eren'in yeniden gündeme gelmesiyle Portekiz Parlementosu'unda grubu olan bütün partilerden 90 parlementer, idamın engellenmesi ve idamlara son verilmesi için Ankara'ya protesto telgrafı göndermişlerdi.

İsveç Hükümeti, Behçet Dinlerer'in işkencede katledilmesinden sonra, Türkiye'de insan haklarının ayak altına alınmasını protesto etti ve Ankara ile olan diplomatik ilişkilerini kesmekle tehdit etti. Danimarka'da Türkiye'deki işkenceleri incelemek için bir komisyon oluşturuyor. Paris'te oluşturulan bir komisyon, işkenceleri araştırmak için Türkiye'ye hareket etmek üzere.



Türkiye-Yardımı'na alternatif

Federal Hükümet, Ankara'daki faşist cuntaya yaptığı milyonlarca Marklık yardım ile, cuntanın kendisini ayakta tutmaya ve estirdiği vahşi terörü sürekli kılmaya olanak sağladığı sırada, "Alternatife Türkeihilfe" Türkiye halkının anti-faşist mücadelesini desteklemektedir. Gerçi milyonlarca Marklık bir olanağa sahip değil. Ama, proleter enternasyonalizm ve bütün anti-faşistlerin uluslararası dayanışması anlayışıyla toplanan bu bağışlar, doğrudan doğruya Türkiye halkına, işkencede katledilenlerin yakınlarına yardım olarak gitmektedir.

"Alternative Türkeihilfe"nin kontosu: Spende Konto Jürgen Roth, Deutsche Bank, Frankfurt, Bankleitzahl 500 700 10, Kontonummer 401 2357/01

Jürgen Roth "Frankfurter Rundschau" gazetesinde Türkiye'deki işkencelerle ilgili şunları açıklıyordu:...Tutuklanan bir kişi tutuklamadan hemen sonra ilk olarak sorgulama odasına çekilmekte, sonra elbiseleri soyularak, kollarından asılmaktadırlar. Sorgulama başlamadan evvel tutukluya elektrikle işkence yapılmakta ve 15 dakika aralıksız dövülmektedir. Bundan sonra tutuklunun mesleği, ilişkileri, arkadaşları ve akrabaları ile ilgili sorular sorulmaktadır. Politik ilişkileri ve faaliyetleri ile ilgili soruşturma başladığında, işkence daha da azgınlaştırılmaktadır.

Bonn Hükümeti, Türkiye Yardımı ile işkencelerin ve cellatların Türkiye'de döktükleri kanlara ortak olmaktadır. Ülkemizdeki demokratların ve anti-faşistlerin görevi; Federal Hükümet'in faşist cuntayı finanse etmesine karşı daha da kararlı mücadele etmek ve Türkiye'deki anti-faşist güçleri desteklemektir.

(Der Hungerstreik weitet sich aus, RM-Nr. 3, S. 10)

Federal Meclis oybirliği ile iltica hakkına karşı

İltica hakkını kısıtlayan yasa tasarısı Parlemento'ya gönderildi.

Politik iltica hakkını daha da kısıtlamak için uzun zamandan beri hazırlanan planlar gittikçe somut biçimler alıyor. Geçen yılın Kasım ayı ortalarında adalet bakanları konferansında alınan kararlar temel alınarak hazırlanan ve "iltica davalarını hızlandırma"yı hedefleyen yasa tasarısı 19 Aralık'ta Federal Meclis'te oybirliği ile onaylanarak Federal Parlemento'ya gönderildi. Bakanların almış olduğu kararlar Uluslararası Af Örgütü tarafından, "iltica temel hakkını budamak için atılmış yeni bir adım" olarak tanımlanmıştı.

Uluslararası Af Örgütü o zaman bütün adalet bakanlarına gönderdiği bir mektupta, "alınan kararların gerçekleştirilmesinden uzak durulmasını" talep etmişti. Ama bütün bunlar fayda etmedi. Federal Meclis yasa tasarısını oybirliği ile kabul etti. Ve bu yakında Federal Parlemento'nun gündemine gelecek. Tasarının kapsamına öz olarak şu noktalar girmektedir:

İltica hakkı için başvuruda bulunmak isteyenler, giriş yaptıkları veya kaldıkları yerde derhal yabancılar polisine başvurmak zorundadırlar. Başvuru dilekçeleri kişinin kendisi tarafından verilmek ve gerekçeleri açıklanmak zorundadır. Bir başvuru dilekçesinin Zirndorf'taki Federal Daire'ye (Bundesamt) gönderilebilmesi için, bölgedeki yabancılar polisi tarafından "dikkate alınmamıştır" damgasını yememesi gerekir. "Dikkate alınmama gerekçeleri" şunlar: a) Bir başka ülkede başvuru sonucu iltica hakkı tanınmışsa, b) Başvuruda bulunanların gerekli şartları yerine getirmesi, özellikle iltica için derhal başvurmaları, c) **Verilen dikekçede iltica gerekçeleri somut delillerle ispatlanmamışsa veya iltica hakkı kötüye kullanılmışsa. Özellikle bu sonuncu nokta yabancılar polisının keyfi kararlarına bütün kapıları açık tutmaktadır.** İltica etmek isteyen bir kişiye, normal bir mahkeme şansı tanınmadan gerisin geriye, hemde derhal, sınırdışı edilmektedir.

Yabancılar polisinin verdiği karara karşı idare mahkemesine (Verwaltungsgericht) itiraz etmek de pek fayda getirmeyecektir. Çünkü, itiraz hakkı, mahkeme sonuçlanıncaya kadar Almanya'da kalma hakkını tanımamaktadır. Daha doğrusu; bir kişi itiraz hakkına sahip olsa bile, yurtdışı edilmek zorunda kalacak.

Eğer "esaslı bir önem" ve "dikkate değer bir zorluk" idare mahkemesine gelen itirazda tespit edilemezse — ki bunu idare mahkemesi tespit edecek —, şimdiye kadar üç kişilik bir heyet tarafından incelenen itirazlar, artık tek bir hakim tarafından incelenek ve karara bağlanacak. İdare mahkemesinde alınan karara itiraz edebilmek için, mahkemenin kendisi tarafından izine bağlanması gerekmektedir. Ve tek hakimli bir mahkeme tarafından böyle bir durum zaten sözkonusu değildir. Çünkü, itiraz hakkı tanınabilme nedenlerinden biri de, davanın "esaslı bir öneme" sahip olmasıdır, — ki bunun olmadığı davanın tek hakime gönderilmesiyle daha önceden zaten tespit ediliyor. İtiraz hakkının tanınmaması üzerine alınan karara karşı dava açmak da kesinlikle mümkün değildir.

Sadece bütün bu engelleri aşıp Zirndorf'taki Federal Daire'ye ulaşabilen davalar, reddedildikleri taktirde idare mahkemesi mercilerinde üç defalık itiraz ve temyiz hakkına sahiptirler.

FDP politikacılarının, yerel yabancı polisinin artan yetkilerine kısmen karşı çıkmasına rağmen, yasanın Federal Parlemento tarafından onaylanacağı kesin gibi gözükmektedir. İltica hakkının bu denli kısıtlanması, kriz döneminde daha da artan şövenizmin, egemen sınıfların halk düşmanı politikasının bir parçasıdır. Bu politika yabancı düşmanlığının bir parçası ve faşist rejimler ile ortaklaşa çalışmanın ve onları desteklemenin açık bir ifadesidir.

İlticacılar üzerindeki baskılara son!

(Bundesrat einstimmig gegen Asylrecht RM-Nr. 3, S. 7)

HABERLER

Şemsi Özkan cuntaya teslim edilmek isteniyor

Bonn'un cuntaya yardımları devam ediyor.

Bonn Hükümeti bir taraftan faşist cuntayı ekonomik olarak finanse ederken, diğer taraftan da Türkiyeli anti-faşistleri işkence tezgâhlarına göndermek için kolları sıvamış bulunuyor. Türkiye'de "vur emri" ile aranmakta olan Şemsi Özkan Alman polisi tarafından yakalanmış ve cuntaya teslim edilmek için hazırlıklara başlanmıştır. Şemsi Özkan'ın nerede yakalandığı ve hangi cezaevinde olduğu gizli tutulmaktadır. Gazeteler ve diğer yayın organları bu yakalanma ile ilgili kısa da olsa bir haber yazmadılar.

Bilindiği gibi daha önceden de Levent Beğen Batı Alman devleti tarafından faşizmin zindanlarına teslim edilmişti. Ve bugüne kadar Beğen'in akîbeti hakkında henhangi bir bilgi alınmadı. Dün Levent Beğen'i katletmeye gönderen Alman gericiliği, bugün de Şemsi Özkan'ı göndererek yarın sırayı, burada cuntaya karşı direnişi yükselten Türkiyeli devrimcilere getirme çabasında.

Egemen sınıfların ve onların temsilcisi Bonn Hükümeti'nin Türkiyeli anti-faşistleri cuntaya iade etmesini engelleyelim! Türkiyeli anti-faşistlerle beraber cuntaya karşı mücadeleyi yükseltelim!

Askeri cuntaya karşı yürüyüş yapıldı

Ludwigshafen'da bir önceki Cumartesi günü Türkiye'deki askeri faşist rejimi protesto eden, yaklaşık 300 kişinin katıldığı bir yürüyüş yapıldı. Yürüyüşün sonunda yapılan kapanış mitinginde, cuntanın işkenceleri, katliamları ve idamları protesto edildi. Zindanlara doldurulan devrimcilerin, anti-faşistlerin ve demokratların serbest bırakılması ve işkencelere son verilmesi talep edildi.

Federal Hükümet'in cuntaya yaptığı çok yönlü yardımlarıda teşhir eden yürüyüşçüler, faşist diktatörlüğe verilen bütün ekonomik ve askeri yardımlara son verilmesini istediler.

Hitler'in yerini alan Faşist öldü

Bundan önceki salı günü Hitler faşizminin donanma amirali olan Dönitz için Hamburg yakınlarındaki Aumühle'de cenaze töreni yapıldı. Dönitz, Hitler'in kendini intihar etmesinden sonra, onun yerine Alman faşist devletinin başına getirilmişti. 5 bin kişinin katıldığı bu cenaze töreni, faşist ve gerici güçler tarafından bir gövde gösterisine dönüştürüldü. Bu gösteriye katılanlar sadece çeşitli faşist teör örgütlerinin üyeleri ve sempatızanları değildi, aynı zamanda Federal Ordu'nun generalleri ve CDU-CSU politikacılarıda törene katılanlar arasındaydı.

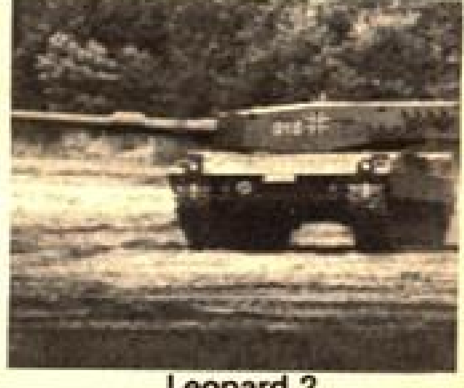

Hitler ve Dönitz, 1942

B. Almanya Sudi Arabistan'a tank satacak

Federal Hükümet, faşist ve gerici rejimlere silah satımını gittikçe genişletiyor. Şili faşist diktatörlüğüne iki denizaltının gönderileceğinin planlandığı, ilk olarak bundan birkaç hafta önce duyulmuştu. Bu haber SPD üyeleri arasında da protestolara yol açmıştı. Son günlerde ise, Federal Hükümet Sudi Arabistan'a geniş ölçüde silah göndermeyi kararlaştırdı. İhraç edilecek silahların arasında "Leopord 2" tipi savaş tankları da yer almaktadır.

Böylece Bonn, Irak ile İran arasındaki savaşa doğrudan karışmış oluyor. Çünkü iki ülke arasındaki savaşta, Sudi Arabistan Irak'a silah göndererek, kendisini desteklemektedir. İran Körfezi'ndeki bu savaşla hedeflenen, özellikle ülkeyi ekonomik ve askeri olarak zayıf düşürmek, İran devrimini boğmak ve İran'da yeniden Amerikan emperyalizminin denetimini sağlamaktır.

Bugün NATO içinde yer alan emperyalist ülkeler Orta-Doğu'daki egemenliklerini daha da pekiştirmek için her tarafta çabalarını artırıyorlar. Bunun en iyi örneklerinden birisi de Türkiye'dir. Batılı emperyalistler, kendi uşağı olan askeri faşist diktatörlüğü güçlü bir biçimde desteklemektedir. Ama Orta-Doğu Halkları emperyalist boyunduruğa boyun eğmeyecek!


Leopard 2

B. Berlin politik bir kriz içinde

Batı Berlin Eyalet Hükümeti bugünlerde derin bir politik kriz içinde bulunmaktadır. Bu hükümetin üç üyesi son günlerde geri çekilmek zorunda kaldılar. Krize meydan veren gerekçeler; inşaat kapitalisti Garski skandalı ve Batı Berlin'deki konut sorunu. Garski, SPD ile beraber hükümette bulunan FDP partisine büyük bağışlarda bulunan bir dolandırıcıdır. Tabii ki, bu bağışlara karşılık olarak da, vergi paralarından birkaç milyon Mark'ı kredi olarak cebine indirmiş.

Batı Berlin'de bu politik krize yolaçan diğer bir sebep ise, eyalet hükümetinin izlediği konut politikasıdır. Geçmiş zamanlarda şehrin birçok mahallelerinde yüzlerce ev yıkıldı ve bu evlerde oturan insanlar keyfi olarak dışarı atıldı. Gerçi yıkılan evlerin yerine yeni evler yapılmaktadır ama bu evlerin kimisi işverenlere büro olarak verilmekte, diğerleri ise kirası çok yüksek olduğundan emekçilerin tutmasına olanak kalmıyor.

Bu politika ile o kadar çok ev yıkıldı ki, bugün Batı Berlin'de binlerce insan evsiz kalmış durumda. Özellikle son evlerin yıkılmasından sonra, büyük yürüyüşler oldu. Protestolar gittikçe yükseldi. Yıkılmak için boşaltılan kimi evler, evsiz kalanlar tarafından işgal edildi. Polis ile işgalciler arasında ağır yaralamalara yolaçan çatışmalar çıktı. Bu yürüyüşlerin ve protestoların baskısı sonucu, şimdi konut politikasıyla sorumlu hükümet üyesi geri çekilmek zorunda kaldı.

KPD ve Almanya'da sınıf mücadelesi (1919-1980)

Özel olarak Türkiyeli okurlarımız için gazetemizin bu sayısından itibaren 1919 yılından bugüne kadar Almanya Komünist Partisi (KPD) ve Almanya'da sınıf mücadelesi tarihi üzerine, altı bölümden oluşan bir yazı dizisi yayınlamaya başlıyoruz. Bunun ile, Türkiyeli yoldaşlar ve arkadaşlar Almanya'da işçi sınıfı hareketini ve devrimci mücadeleyi genel olarak tanıma fırsatını bulmuş olacaklar. Yazımızın bu bölümünde, KPD'nin kuruldugu yıl olan 1919'dan 1956 yılında yasaklanmasına kadarki tarihini kısaca ele alacağız. İkinci bölümde, KPD'nin 1968'in sonunda yeniden kuruluşuna kadar gerçek komünistlerin modern revizyonistlere karşı verdiği mücadelesini anlatacağız. Diğer dört bölümde ise 70'li yıllarda partimizin gelişimine değineceğiz.



1 Mayıs, Berlin 1931. Ernst Thälmann halkı iş, ekmek ve hürriyet mücadelesine çağırıyor.

Devrimci durum ve KPD

1918'de 1. Emperyalist Savaş'in sona ermesiyle beraber Almanya'da devrimci bir durum gelişmeye başladı. Asker olarak cepheye sürülen veya ülke içinde açlık ve sefalet altında inleyen emekçiler ayaklanarak Kayzer'i (imparator) ve feodal toprak beylerini söküp attılar. Bütün ülke çapında iktidarı ele alan işçi ve asker meclisleri kuruldu. Bu şartlarda gericiliğin bütün güçleri, devrimci hareketi bastırabilmek için sosyal demokrat önderleri yardıma çağırıyorlardı. Ve bunu başardılar.

Sosyal demokratların bu gerici çizgisine karşı çıkan ve onu reddeden SPD üyesi devrimciler, SPD'den ayrılarak, Lenin'in politik etkisi altında 31.12.1918'de Almanya Komünist Partisi (KPD)'yi kurdular.

Kuruluşundan birkaç gün sonra iki önderini, Karl Liebnecht ve Rosa Luxemburg'u hunharca katleden gericiliğe karşı, bu genç komünist partisi varlığının ilk gününden itibaren büyük bir mücadele vermek zorundaydı.

Almanya'da devrimci durum 1923 yılına kadar devam etti. KPD'nin önderliğinde komünistlerden, sosyal demokratlardan ve partisiz işçilerden oluşan ve 100 bin savaşçıya sahip olan ordu (Ruhrarmee), 1920 yılında Kapp-Cuntası denilen faşist cuntayı yıktı. Ernst Thälmann'ın önderliğinde Hamburglu işçiler 1923 yılında ayaklandılar. Ama KPD'nin yönetimindeki oportunistlerin ayaklanmayı desteklememeleri üzerine mücadele başarısızlığa uğradı. Böylece Alman işçi sınıfının burjuvazinin iktidarını yıkmak için beş yıllık ilk büyük mücadele fırtınası geri püskürtülmüş oldu.

Hitler faşizmi ve KPD

1925 yılında Ernst Thälmann KPD yönetimini ele geçirdi. Thälmann'ın önderliğindeki parti, Sovyetler Birliği Komünist Partisi'nden sonra Komünist Enternasyonal'in en güçlü kolu oldu. O, kapitalizmin derin krizinin sürdüğü 30'lu yılların başında işçi sınıfının mücadelesinin en ön saflarında yer alıyordu. 1932 yılında 300 000 üye ve 6 milyon seçmene sahip olan KPD, tekelci burjuvaziye iktidarını yokedecek proleter devrimin büyük tehlikesini gösteriyordu. Ve sermaye faşist diktatörlüğü kurdu. Komünistlerin anti-faşist birleşik cepheyi oluşturmak için giriştikleri bütün çabalar, sağcı SPD yönetiminin bölücü politikası tarafından sekteye uğratıldılar.

Faşizm kara bir bulut gibi Almanya üzerine çökmüştü. Bu şartlar altında bile; Dünya üzerinde eşine rastlanmamış en vahşi diktatörlüğün hüküm sürdüğü dönemde, komünistler mücadeleye devam ettiler; sürekli olarak grevler ve anti-faşist eylemler düzenliyorlardı, aynı zamanda Naziler'in emperyalist savaşına karşı amansız bir biçimde mücadele ediyorlardı. 12 yıl süren faşist diktatörlük zamanında, 10 bin KPD görevlisi ile beraber 100 000'nin üzerinde komünist Toplama Kamplarında (KZ), Gizli Devlet Polisi'nin (Gastapo) işkencehanelerinde ve Hitler ordusunun ceza taburlarında (Strafbataillonen) hunharca katledildiler.

Hitler Almanya'sının Anti-faşist İttifak'a karşı yenilgisinden sonra—ki bu Anti-faşist İttifak, 1943'te faşist Hitler ordusunun Stalingrad'da Kızıl Ordu'ya yenilgisinden beri önemini göstermişti—birleşik, anti-faşist ve demokratik bir Almanya için verilen mücadele işçi sınıfı hareketinin en ön saflarında yer alan komünistler idi. Ama bu hedefler sadece Kızıl Ordu tarafından işgal edilen bugünkü Doğu Almanya bölümünde başarıya ulaşabildiler. Almanya'nın bu bölümünde KPD ve SPD'nin Marksist-Leninist bir temelde birleşmesi sonucu, Hitler faşizmi tarafından katledilen Ernst Thälmann'ın mücadele yoldaşı Wilhelm Pieck'in önderliğinde Almanya Sosyalist Birlik Partisi (SED) oluşturulmuştu.

DDR ve BRD'nin kuruluşu

Almanya'nın batı bölümünde ise ABD Emperyalistleri gerici ve anti-komünist bir devletin inşasını örgütlemişlerdi. Bu emperyalistler Alman ulusunu ve ülkesini bölerek, faşizmin eski babaları, tekelci kapitalistlerin iktidarını elinde tuttuğu Federal Almanya Cumhuriyeti'ni kurdular.

Doğu Almanya Cumhuriyeti'nin kuruluşundan sonra da, Doğu Almanya'da SED ve Batı Almanya'da KPD ulusal birlik için, Alman militarizmini yokedecek bir barış anlaşması ve anti-faşist bir düzen için mücadele ettiler.

KPD, savaştan sonra da Federal Almanya'da 1950 yıllarının başına kadar, özellikle büyük işletmelerde geniş bir etki alanına sahip olan önemli bir güç idi. "Adenauer Rejimini Devrimle Yıkmak İçin" isimli programı ile o, CDU gericilerine karşı işçileri mücadeleye seferber ediyordu.

Gericilik, özel yasalar ile, polis katliamları ve yasaklamalar ile KPD'nin mücadelesini ezmeye çalışıyordu. Ve bu defa başardı da. Çünkü, parti içinde, teslimiyet çizgisini savunan, parti programını değiştirmek isteyen ve partiyi yasaklamak isteyen gericiliğe karşı artık kitle eylemleri örgütlemek istemeyen oportunistlerin etkinliği yayılıyordu.

Bu şekilde, KPD 1956 yılında burjuvazi tarafından yasaklandı. Gerçi KPD ilk defa yasaklanmıyordu ama, bu yasaklanma burjuvazinin olduğu gibi oportunistlerin de işine gelmişti. Oportunistler daha sonradan partiyi kendi revizyonist çizgisine çekmek için bu yasaklanmadan yararlandılar



İşçiler, işyerlerinin tahrip edilmesine ve isletmelerin kapatılmasına karşi mücadele ediyor.

Toplu işten atmalar:

Onbinlerce işçi issizler ordusuna katılıyor

Emekçiler işyerlerinin tahrip edilmesine karşı direniyor

Yeni yıl, Batı Almanya'da ve Batı Berlin'de onbinlerce işçi ve memur için acı bir felaket anlamına gelmektedir: İşsizler ordusu gittikçe kabarmakta. İşyeri kapatma ve toplu işten atmaların yeni bir dalgası bütün ülke çapında yükselmekte. Ekonomik kriz gün geçtikçe derinleşiyor. Kapitalistlerin saldırılarına karşı işçilerin ve memurların kendiliğinden direnişi de yükseliyor.

İşyeri kapatmalarının artması, toplu işten atmalar ve yükselen işsizlik yalnızca Dortmund'da Hoesch çelik işçilerini tehdit etmiyor. 28 Kasım'da 70 bin Dortmundlu Hoesch'de işyerlerinin tahrip edilmesine ve 10 bin işçinin işten atılmasına karşı yürümüştü. Son dönemlerde yeni işyeri kapatmaları, firma iflasları ve toplu işten atmalar sık sık gazetelerde ve diğer yayın organlarında yer almaya başladı. Aşağıda verdiğimiz işletmeler sadece bunların bir bölümüdür.

Mannesmann-Hüttenwerke (Duisburg): İşyeri işçi temsilciliği Aralık ayında basına bir açıklama yaparak, Mannesmann kapitalistlerinin 3500 işyerini tahrip edeceklerini kamuoyuna açıkladı. Son birkaç yıl içinde Mannesmann'da 6000'nin üzerinde işyeri rasyonalizasyon sonucu tahrip edilmişti. Rasyonalizasyon dalgası sadece bu firmada değil, aynı zamanda da Duisburg'daki Thyssen ve Krupp işletmelerinde de binlerce işçinin işten atılmasına neden olacak. Mannesmann işyeri temsilciliğinin açıklamasına göre, kapitalistlerin bu önlemleri bu yılın ortalarına kadar Duisburg'da yaklaşık 10 bin işçinin işten atılmasını getirecek.

Gorenje Körting Elektronenwerke (Rosenheim): Radyo firması Körting bu yılın ortalarına kadar 400 işçiyi işten atmak istiyor. Bu işten atılmalara ek olarak da, içinde bulunduğumuz yılda kısa çalışma uygulanacak. Patron, işçilerin direnişini önlemek için, 400 işçinin işten atılmasıyla geriye kalan 1000 işyerinin güvence altına alınacağını söylemektedir. İşsizlik oranın oldukça yüksek olduğu bu yörede, sanayii de oldukça az. Bundan ötürü işten atılan işçilerin yeni bir işyeri bulmalarına olanak kalmıyor.

Enka AG'nin Kassel-Bettenhausen Kolu: Kassel'deki Enka AG kolunda çalışan işçiler—üretimi sürdürdükleri halde—14 Aralık'tan beri fabrikayı işgal etmeye devam ediyorlar. 810 işçi 21 Ocak'ta başka yere taşınması planlanan fabrikanın kapatılmasına karşı mücadele ediyor. Son dört yıl içinde bu işyerinde 1200 işçi işten atıldı. Enka AG'de çalışan işçilerin yüzde 45'i 50 yaşının üzerindedir. İşletme kapatıldığı taktirde, bu işçilerin başka bir işyerinde iş bulması sözkonusu değildir.

Pongs-Gummiwerke (Aachen): Bu işyerinde çalışan işçiler 17 Aralık'tan beri işyerini işgal etmektedirler. İşçiler Ekim ayı içinde iflas ettiği söylenen firmanın kapatılmasına karşı mücadele etmektedirler. Kapitalistler fabrikayı kapattığı halde 1200 işçi sokağa atılmış olacak. Önemli makina parçalarının işverenler tarafından kaçırılmaması için, işçiler sürekli olarak fabrikanın çıkış kapısında nöbet beklemekte. "Bankalar ve patronlar kemiklerimizi Pongs'da çürüttüler, şimdi ise bizi sokağa atmak istiyorlar." Böyle söylüyor Pongs emekçileri. Aachende işsizlik oranı yüzde 6,1 dir. Yani her 100 kişiden altısı işsiz. Bu fabrikanın kapatılması ile işsizlik yüzde 0,5 artacak.

Eisengiesserei Fritz Winter ohg (Marburg): Bu işletmede de patronlar 400 işçiyi işten atmak istiyorlar. Bunlardan 252 kişinin çıkışı onaylanmış durumda. Bu işyerinde en fazla işten atılanlar özellikle yabancı işçi arkadaşlardır. Firmanın evinde oturan bir yabancı işçi, işten atıldığı zaman, evden de çıkmak zorunda kalacak. Bu işyerinde işyeri işçi temsilciliği patronla yaptığı bir işyeri anlaşmasında, işten atılmaları onayladı. İşçileri yıldırmak isteyen 100'e yakın polis, polis köpekleriyle beraber fabrikanın giriş kapısını abluka altına aldı. Buna gerekçe olarak bir polis şefi; işten atılan Türkler'in kavga çıkaracağına dair haberdar edildiklerini söylüyordu. DGB sözcüsü bir kadın arkadaş, polisin bu alarmını grev hakkına yapılmış bir saldırı olarak gösterdi.

Hertie Waren ve Kaufhaus GmbH: Hertie tekeli dört satış mağazasını kapatmak istiyor. Bu işyerlerinin kapatılması sonucu 1623 emekçi sokağa atılmış olacak. İşsiz kalanların büyük bir bölümünü çıraklar oluşturmaktadır. Bu tekel, rasyonlizasyon ile önümüzdeki iki yıl içinde 200 milyon Mark tasarruf etmek arzusundadır.

Grundig-Werke (Landau-Asch): Tekelci kapitalist Konsul Max Grundig, bu iki işletmesini kapatıp Portekiz'e taşımak istiyor. Endüstri bakımından fakir olan bu bölgede kapatılma sonucu 1050 işçi işsiz kalacak. Grundig 16 yıl önce bu işletmeleri kurduğunda, devlet kasasından büyük miktarda yardım almıştı.

Siemens (Münih): Siemens patronları Münih Hoffmannstrasse'deki işletmede 700 işyerini tahrip etme planları içinde. IGM işyeri işçi temsilciliği, resmi olarak verilen bu rakamların gerçek olmadığını ve kapitalistlerin bu sayının iki katı işçiyi işten atmak istediklerini söylemektedir. Diğer taraftan, bütün Almanya çapındaki Siemens işletmelerinde 20 bin işçinin bu yıl içinde işten atılacağı tahmin edilmektedir.

Van Delden (Gronau ve Ochtrup): Bu tekstil işletmesinin patronları fabrikayı iflas etmiş göstererek, kapatmak istiyorlar. Kapatma sonucu 2100 işçi işsiz kalacak. Noel bayramından önce işçilerin büyük bir bölümü zaten işten atılmıştı.

AEG Werk (Winnenden): Winnenden'deki AEG işletmesinde ev eşyaları üretimine son verilecek ve bunların üretimi sözde Eslingende yapılacak. Fabrikada yapılan motor üretimi de yurt dışına nakledilecek. Böylece 300 işyeri tahrip edilmiş olacak. Bunu protesto eden 1000 işçi, 18 Aralık'ta birbuçuk saatlik greve gittiler.

AEG-Olympia (Wilhelmshaven/Leer): Geçen hafta Cumartesi günü AEG'ye ait olan Olympia-Werk'te çalışan 3500 işçi, işletmenin kapatılmasını yaptıkları grev ve yürüyüşle protesto ettiler. Aynı gün işletmenin Leer kolunda çalışan 1200 işçi de işletmenin kapatılması tehditlerine grev ve yürüyüşle cevap verdiler. Bu işletmede iki gün önce de 100 işçi, işi bırakma eylemine katılmıştı.

(Statt „frohes Neues Jahr" Arbeitslosigkeit für tausende, RM-Nr. 3, S. 5)